

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1.30 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.50 M. halbjährlich, 6.50 M. jährlich, frei im Haus.  
 Einzelhefte: 10 Pf. Sonntagshefte: 15 Pf.  
 Abonnement: 1.10 M. pro Monat, eingetragen in die Post-Verzeichnisse.  
 Unter Bezugnahme der Reichs- und Landesgesetzgebung, 2. März, für das übrige Ausland 3 M. pro Monat.  
 Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgezeigte Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schließ-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Woche über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Wittwoch, den 28. November 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Koloniale Schwindelbilanz.

Die kritischen Gesichtspunkte, die wir bei unserer Besprechung der schwindelhaften Kolonialbilanz des neuen Kolonialjahres hervorgehoben haben, sind auch von der bürgerlichen Presse nachträglich als berechtigt anerkannt worden. So hat man ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Rentabilität des fiskalischen Kapitals, das zumeist in Eisenbahnen angelegt ist, nur solange gesichert ist, als militärische Operationen großen Stiles zu unternehmen sind. Des weiteren hat man hervorgehoben, daß von den 142 Millionen gesellschaftlicher Kapitalien sicherlich der größte Teil nur auf dem Papier steht, nicht aber bereits verbrennt angelegt sei. So hat man schließlich auch unser Argument akzeptiert, daß die Berechnung des Kapitalwertes von 616 Millionen Mark durch Kapitalisierung der Exportproduktion ein ganz unmögliches Exempel sei. Stelle diese Exportproduktion doch bereits die Verzinsung des unter den 370 Millionen gebuchten Kapitals dar!

Dieser letztere Schwindel, der gestern noch in der „Norddeutschen Allgem. Ztg.“ offiziös verteidigt wurde, ist selbst dem kolonialfreundlichen Roffe-Blatt zu arg. Das „Berl. Tagebl.“ müht sich vergebens, hinter die Geheimnisse dieser famosen Rentabilitätsberechnung zu kommen. Es drückt den betreffenden Absatz der Denkschrift nach, in dem ausgeführt wird, daß man zu einer Summe von 616 Millionen Mark komme, wenn man die Exportproduktion der Schutzgebiete mit 5 Prozent kapitalisiere und davon 2 Prozent für eigenen Verbrauch und für Verlust von Produkten abziehe. Nehme man als Prozentsatz für die Kapitalisierung nur noch 3 Proz., ziehe man ferner von dem Werte des Exportes alle diejenigen Artikel ab, die nicht durch Produktion, sondern durch Okkupation erworben würden, wie Elfenbein, Felle usw., so ergebe sich der genannte Betrag von 616 Millionen.

Aus diesen Ausführungen ist absolut nicht zu ersehen, ob die 616 Millionen durch Kapitalisierung der Exportproduktion zu 5 oder aber zu 3 Proz. genommen werden. Bei der Kapitalisierung zu 5 Proz. würde die Exportproduktion den zu einem Teil der 616 Millionen, also rund 30 Millionen betragen. Nimmt man die Kapitalisierung von 3 Prozent, so müßte die Exportproduktion auf rund 20 Millionen bewertet worden sein. Nun behauptete aber die „Nordd. Allgem. Ztg.“ in ihrer offiziellen Verteidigung der kolonialen Schwindelrechnung, daß die 616 Millionen nur das Zwösfache der Produktion betragen sollten. Durch diese Darlegung wird die ganze Berechnung nur noch blödsinniger, denn dann müßte ja der Export ein Export von 50 Millionen Mark zugrunde liegen. Das „Berl. Tageblatt“ kann sich so klaren Tatsachen beim besten Willen nicht verschließen. Es erklärt deshalb diese Berechnung in unangebracht höflicher Weise für „irrtümlich“. In Wirklichkeit ist diese Berechnung aber keineswegs irrtümlich, sondern offener Schwindel!

Der ganze Export unserer Kolonien (mit Ausnahme von Staatsbau, das ja auch die Denkschrift selbst aus ihren Berechnungen ausschaltet) betrug 26 Millionen. Vergleichen wir diese Summe nach der Aufweisung der „Nordd. Allgem. Zeitung“, so kommt erst der Betrag von 312 Millionen heraus, also nur die Hälfte der Summe, die die Denkschrift in so mysteriöser Weise herausrechnet. Aber die Berechnung der Denkschrift wird noch rätselhafter, wenn man von diesen 26 Millionen Export alle diejenigen Posten abziehen wollte, die er angeblich nicht mitberechnet haben will: nämlich den Export von Elfenbein, Fellen, Kopal, Kuriositäten, sowie 50 Proz. des Holz- und des Kautschukexportes!

Aber selbst, wenn die aufgemachte Rechnung ebenso richtig wäre, wie sie falsch ist, wäre sie noch immer nichts anderes, als eine Schwindelrechnung unverdrossener Art. Nach der Berechnung der Denkschrift sollen ja 370 Millionen Kapital rentabel angelegt sein; diese Rentabilität müßte doch zur Hauptsache in dem Export zum Ausdruck kommen, so weit wenigstens Farmer-, Plantagen- und zum guten Teil auch das Handelskapital in Frage kommt. Nun soll dieser Export aber noch einmal dazu dienen, um das Vorhandensein eines weiteren Kapitals von 616 Millionen Mark zu beweisen!

Aber noch mehr des ungeheuerlichen Schwindels. Die 26 Millionen Gesamtexport stellen doch keineswegs einen Nettoertrag dar. In ihnen stehen, ganz abgesehen von dem Anlagekapital, doch noch bedeutende Produktionskosten: Arbeitslohn, Transportkosten usw. Zieht man von dem Bruttowert diese Produktionskosten ab, so würde der Nettoertrag schwerlich hinreichen, um auch nur eine winzige Verzinsung der 370 Millionen zu ergeben, die die Denkschrift in ihrem ersten Teil herausrechnet. Dabei soll aber dieser Exportwert nicht nur diese 370 Millionen als rentabel erscheinen lassen, sondern auch noch ein weiteres Kapital von 616 Millionen hervorzaubern!

Veranschaulichen wir die famose Schwindelrechnung der Denkschrift resp. ihrer Verfasser durch ein Beispiel. Nehmen wir an, ein Landgut brächte 10 000 M. Reinertrag, nehmen wir ferner an, die durchschnittliche Verzinsung des

ländlichen Grundbesitzes betrüge 3 1/2 Proz. Das Gut repräsentierte dann also bei Kapitalisierung der 10 000 M. Reinertrag einen Wert von 300 000 M. Die Denkschrift aber würde bei ihrer Methode einen Wert von 1 800 000 M. herausrechnen. Sie würde nämlich außer dem Reinertrage auch noch einmal den Bruttowert der Produktionsertrag von sagen wir 50 000 M. mit 3 1/2 Prozent kapitalisieren, also einen weiteren Wert von 1 750 000 M. hervorzaubern. Das Gut wäre dann also nicht 300 000 M. wert, sondern 1 800 000 M.! So grotesk dies Beispiel sich ausnimmt, so gibt es doch durchaus getreu die koloniale Berechnungsmethode der Denkschrift wieder!

Ähnliche Schwindelmethoden liegen auch den übrigen Berechnungen der Denkschrift zugrunde. Zwar behauptet die „Nordd. Allgem. Ztg.“, daß die 142 Millionen gesellschaftlichen Kapitals wirklich angelegt seien. Allein sie unterläßt es wohlweislich, die Gesellschaften, ihr Kapital und die Art der Anlage dieses Kapitals im einzelnen nachzuweisen. So lange sie das aber nicht tut, ist man nach den sonstigen Ungeheuerlichkeiten der Denkschrift durchaus berechtigt, auch diese Behauptungen für unerwiesene und unerweisliche zu erklären! —

Aber auch die zweite Denkschrift, die einen Vergleich der deutschen Kolonialentwicklung mit der Entwicklung der französischen Kolonie Algier zieht, leidet das Ungeheuerlichste an Entstellung. Welche Abgeschmacktheit ist es zunächst, unsere Fieberkolonien und Sandwüsten mit ihrer ausschließlich eingeborenen Bevölkerung überhaupt in einem Atemzuge mit Algier zu nennen! In unseren Kolonien befinden sich insgesamt 7000 Weiße, wovon wiederum der größte Prozentsatz auf Beamte, Missionare und Mitglieder der Schutztruppe entfällt. Und das nach 30 Jahren Kolonialpolitik! Algier dagegen zählte unter seinen 5 Millionen Einwohnern bereits im Jahre 1901 641 000 Europäer, und bereits vor 40 Jahren, im Jahre 1866, betrug die Zahl der in Algier ansässigen Europäer 112 000. Der Unterschied zwischen unseren Kolonien und Algier erhellt ferner aus der Tatsache, daß es in Algier zwei Städte mit 100 000, eine mit 50 000, zwei mit 40 000, zwei mit 30 000 und zwei mit 20—30 000 Einwohnern gibt, während wir in unseren Kolonien auch nicht einen einzigen Flecken haben, dem überhaupt der Name einer Stadt gebührt!

Doch weiter. Die gesamte Ausfuhr aus unseren Kolonien beträgt 26 Millionen, wovon wiederum nur 17 1/2 Millionen nach Deutschland ausgeführt werden. Die Ausfuhr Algiers dagegen betrug im Jahre 1904 290 Millionen Mark. Die Einfuhr Deutschlands nach seinen Kolonien betrug im Jahre 1905 34 Millionen Mark. Die Ausfuhr nach Südwestafrica partizipiert daran allein mit 18 1/2 Millionen, denn im Jahre 1903 betrug die deutsche Einfuhr nur 4 1/2 Millionen. Unter normalen Verhältnissen hätte also die deutsche Einfuhr 1905 nur etwa 20 Millionen betragen. Dem gegenüber betrug 1904 die Einfuhr Frankreichs nach Algier 160 Millionen Mark! Die gesamte Ein- und Ausfuhr unserer Kolonien beträgt 60 Millionen Mark, während die Ein- und Ausfuhr Algiers einen Wert von 510 Millionen Mark repräsentiert. Aber auch bereits im Jahre 1877, also vor rund 30 Jahren, belief sich der Wert der Ein- und Ausfuhr Algiers auf 280 Millionen Mark. Man sieht also, welche beispiellose Kühnheit dazu gehört, einen Kolonialbesitz wie Algier mit unserem deutschen Kolonialbesitz vergleichen zu wollen!

In einem Punkte allerdings können wir den Ausführungen der Denkschrift durchaus zustimmen. Darin nämlich, daß auch Algier für die französische Nation einen kolonialen Schröpfkopf schlimmster Art darstellt. Aber diese Tatsache hat die Denkschrift nicht erst zu entdecken brauchen, auf sie ist gerade von der Sozialdemokratie wiederholt hingewiesen worden, um die Unsinngigkeit der kapitalistischen Kolonialpolitik, ihre Unverträglichkeit mit einer vernünftigen nationalen Wirtschaftspolitik zu beweisen. Mit Recht hebt die Denkschrift hervor, daß bis zum Jahre 1900 die Ausgaben Frankreichs für Algier die Einnahmen aus dieser Kolonie um 4 1/2 Milliarden überstiegen.

Ob selbst die Ansiedelung von Hunderttausenden von Franzosen in Algier, ob die Anlage eines sich auf Milliarden belaufenden französischen Kapitals in der Kolonie, ob der Gewinn aus den Handelsbeziehungen mit der Kolonie diese fünf Milliarden, die von den französischen Steuerzahlern aufgebracht werden mußten, aufwiegen, ist eine Frage, die wir zu allererst mit ja beantworten möchten!

Aber die Denkschrift des Kolonialamts weist nicht nur nach, daß auch Frankreich Milliarden für Algier verpulvert hat, sondern sie zeigt auch den Weg, wie Deutschlands Kolonialpolitik „lamiert“ werden könne. Man müsse es nur ebenso machen, wie Frankreich mit Algier. Dort habe man nämlich seit 1900 ein Spezialbudget für Algier aufgestellt, aus dem die gesamten Militäraufgaben für die Kolonie sowie die Zahlung der Zinsgarantien bzw. Subventionen der Eisenbahnen in Höhe von 80 Millionen Mark jährlich entfernt worden seien. Diese Ausgaben seien einfach von französischem Staat übernommen worden. Durch diese „Sanierung“ des algerischen Budgets habe man das glänzende Ergebnis gewonnen, daß seit 1900 die Einnahmen die Ausgaben um insgesamt 26 Millionen überstiegen hätten. Man brauche nur ähnlich bei unseren

Kolonien zu verfahren, um auch dort zu einer befriedigenden Bilanz zu gelangen!

Zur Kennzeichnung dieser schwindelhaften kolonialen Bilanz führt die Denkschrift selbst aus, daß im Grunde seit 1900 die Mehrausgaben Frankreichs für Algier von 4 1/2 auf 5 1/2 Milliarden angewachsen seien! Die neue Form der Kolonialbilanz hat also weiter kein Ergebnis gehabt, als die Tatsache zu verschleiern, daß während von 1830 bis 1900 das durchschnittliche Defizit der Kolonie jährlich 60 Millionen betrug, es in den letzten sechs Jahren durchschnittlich mehr als 150 Millionen pro Jahr betragen hat! Wäre diese ideale Form kolonialer Bilanzierung in den letzten Jahren auch für Südwestafrica eingeführt gewesen, so würden sich möglicherweise die Einnahmen und Ausgaben gegenseitig ausgeglichen haben. Die mehr als 300 Millionen Mark, die der Krieg in den letzten Jahren verschlungen hat, wären dann einfach im allgemeinen Reichsetat verrechnet worden. Die Kosten für das deutsche Volk wären also um keinen Pfennig niedriger gewesen, wohl aber hätte der Kolonialdirektor mit behaglichem Schmunkeln auf das „Gedeihen“ unserer herrlichen Kolonie Südwestafrica hinweisen können!

Man sieht, das Kolonialamt gibt in seinen beiden Denkschriften nicht nur ein Musterbeispiel kolonialen Bilanzschwindels, sondern es mutet dem Reichstag obendrein zu, diesem Schwindel dadurch sein Placet aufzudrücken, daß es nach französischem Muster die koloniale Bilanzverschleierung zum System erhebt!

Die morgen beginnende Kolonialdebatte wird ja zeigen, inwieweit sich die bürgerlichen Parteien, speziell das Zentrum, zum Mitschuldigen des kolonialen Schwindels und der kolonialen Volksausplünderung machen wollen!

## Die russische Revolution.

### Zur Frage der Wahlbündnisse.

Der Beschluß der Sozialdemokratie, sich an den Dumawahlen zu beteiligen, hat der Frage über ihre Stellung zu den bürgerlichen Parteien neue Gestalt verliehen. Es spricht sich jetzt auf die Frage der Wahlbündnisse und Wahlabkommen zu. Für die russische Sozialdemokratie ist diese Frage von größerer Wichtigkeit, als sie vielleicht je für eine Partei gewesen ist. Die Gründe dafür sind doppelter Natur. Einerseits liegen sie in der allgemeinen politischen Situation des Augenblicks, andererseits spielt hier das verworrene und verwickelte Wahlsystem mit.

Die allgemeine politische Situation wird vor allem gekennzeichnet durch das Bestreben der Regierung, mit allen, wenn es geht: „gefeglichen“ und wenn es nicht geht: auch ungefeglichen Mitteln eine gehorsame, gefügige Duma zusammenzubringen, die Thron des Zarenpalais nicht nur der Sozialdemokratie und der „Arbeitsgruppe“, sondern auch den Kadetten, ja womöglich sogar den ungeschicklichen „friedlichen Erneuerern“ zu schließen. Der Zweck dieses Vorgehens ist klar: Die gefügige Duma soll Selbstmord begehen, sie soll ihr eigenes Grab schaufeln, sie soll der Regierung helfen, das vor einem Jahre erkämpfte winzige Körnchen Volksvertretung zu vernichten. Gelänge dieser teuflische Plan, dann würde für Rußland — wohlgemerkt unter der Zustimmung und dem Segen der „Volksvertretung“ — eine Periode der Reaktion anbrechen, mit der verglichen die Ära Stolypin im rosigen Lichte erschiene.

Die Sozialdemokratie hat natürlich alle Ursache, zu wünschen und zu erstreben, daß dieser Rückschlag nicht eintritt, daß die Duma eine den Hoffnungen der Regierung entgegengesetzte wird, mit anderen Worten: daß die linken, die revolutionären und oppositionellen Elemente in ihr möglichst stark vertreten sind. Daraus ergibt sich nun, daß der Gedanke an eine gegenseitige Unterstützung zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten aufstehen mußte für Fälle, in denen eine Zerspaltung der Wählerstimmen den Sieg eines reaktionären Kandidaten, eines Oktobermannes oder gar eines „Echt Russischen“ herbeiführen könnte. Selbst die Unterstützung der Kadetten rückt in den Bereich der Erwägungen; denn wie schwankend in der Taktik, wie unzuverlässig und gemäßig ein Kadett auch sein mag, jedenfalls ist er das „kleinere Übel“ im Vergleich mit einem brutalen Reaktionär. Nicht zu vergessen ist auch, daß die russische Sozialdemokratie ja in die Duma geht 1. um sie agitatorisch auszunutzen, 2. um sie zu einem Mittelpunkt der Organisation der Volksmassen zu machen. Daß diese Aufgaben durchaus auf dem Gebiete des Erreichbaren liegen, hat bis zu einem gewissen Grade das Beispiel der alten Duma gezeigt. Aber die unerlässlichen Vorbereitungen sind natürlich ein Vorwiegen der linken und die Zurückdrängung der rechten Elemente.

Die verhältnismäßig leicht zu überblickende Situation wird nun durch das herrschende Wahlsystem ungemein verwirrt: Stadt, Land, Arbeiterschaft, alles wählt durcheinander. Wo soll und darf das Zusammengehen mit den demokratischen bürgerlichen Parteien einsetzen, und wo soll es wegfallen? Zur Beantwortung dieser Frage kann das Vorgehen der Sozialdemokratie in Westeuropa, in den Ländern mit einer längeren parlamentarischen Erfahrung, nicht als Beispiel in Betracht kommen. Da — z. B. in Deutschland — nicht die relative Mehrheit entscheidet, sondern die absolute erforderlich ist, weshalb oft Stimmwahlen stattfinden, so braucht die Sozialdemokratie oft erst in der Stichwahl ihre Entscheidung zu treffen. Im ersten Wahlgang tritt sie selbständig auf. Anders in Rußland, wo in sämtlichen Wahlgängen die einfache Majorität entscheidet und keine Stichwahlen stattfinden! Daher wird die russische Sozialdemokratie wieder mehr als einmal das Rätseln an der Woge







Nur dann würden solche Maßnahmen überhaupt erwogen werden können, wenn der Seuchenstand im Auslande erheblich besser geworden wäre. Das ist aber nicht der Fall.

Dass das nicht der Fall ist, glauben wir gerne. Dem erst kürzlich ist statistisch nachgewiesen worden, daß zum Beispiel in den Niederlanden weniger Seuchen herrschen als in dem für Vieh angeblich so ungefunten Deutschen Reiche. Wenn ein Seuchenstand ein guter ist, oder gar keine nennenswerten Seuchen vorhanden sind, braucht er nicht erst besser zu werden. Doch was kümmern sich die Agrarjuristen um solche Kleinigkeiten. Ihre Viehreligion hat zwei Glaubenssätze: das deutsche Vieh ist gesund und das verfluchte ausländische, das die Preise drücken könnte, ist auf alle Fälle krank. Darum dürfen auch keine Grenzschlachthäuser zur sofortigen Abschachtung ausländischen Viehes zugelassen werden. Dabei kann zwar von einer Seuchengefahr keine Rede sein, aber der wahre Grundzweck der ganzen Chose: die Ausplünderung der Konsumenten könnte dadurch gefährdet werden.

Schließlich wird dem verfluchten ausländischen Vieh die Existenz unterjagt werden müssen, denn es könnte auf allerlei andere Weise das in Gesundheit und unerschwinglichen Preisen schwebende deutsche Vieh schließlich noch anstecken. Gegen keinen Choleraeinbruch, gegen keine Pestgefahr wird der deutsche Untertan so sorgsam geschützt wie sein Vieh gegen die (meist nicht vorhandene) Seucheneinschleppung. Wenn man nicht Steuern zu zahlen und die Agrarier auszuhalten hätte, möchte man bald königlich preussisches Vieh werden, mit einem Gesundheitsattest vom neuen Landwirtschaftsminister.

Was an dem ganzen Seuchengetriebe dran ist, offenbart dieselbe „Deutsche Tageszeitung“ in demselben Artikel. Sie behauptet nämlich, daß in den Niederlanden die Schweinpest so groß ist, daß in manchen Gegenden eine wirkliche Strömung herrscht und daß von einem Export gar keine Rede sein könne. Trotzdem muß natürlich das deutsche Vieh gegen das ausländische, das angeblich für den Export gar nicht in Frage kommt, geschützt werden!

Was für Maßnahmen die Regierung nun aber treffen wird, das wird kurz und bündig ausgedrückt in dem Satze:

„Aus all diesen Gründen wird voraussichtlich die Regierung sich darauf beschränken, Maßnahmen durchzuführen und vorzuschlagen, die eine Verbilligung des Fleisches auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten zu bewirken geeignet sind.“

Die Massen werden inzwischen, ehe dieses mysteriöse und rein demagogische Rezept probiert wird, dafür zu sorgen wissen, daß die Regierung die Maßnahmen trifft, die den Reuegeiz des deutschen Volkes, die die gesamte Arbeiterschaft geschlossen fordert und denen sie nachdruck zu verleihen wissen wird. —

### Die Fleischnot.

Die Agrarier sind angeführt der Protestbewegung gegen die Fleischsteuerung nicht untätig. Alle möglichen agrarischen Körperschaften fassen Resolutionen gegen die Deffnung der Grenzen und reichen Eingaben in diesem Sinne bei den Regierungen und beim Reichstage ein.

So beschloß der Vorstand der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Kassel, bei dem Reichskanzler und dem Landwirtschaftsminister zu beantragen, dem erneuten Ersuchen der Städte und sonstigen Korporationen wegen Deffnung der Landesgrenzen zur Einfuhr lebenden Schlachtviehes die Zustimmung versagen zu wollen.

Und der Landeskulturrat des Königreichs Sachsen hat gleichfalls an die sächsische Regierung Vorstellungen gegen die Grenzöffnung gerichtet und gefordert, daß von Staatswegen nur der Verteuerung des Fleisches „auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten“ entgegengetreten werde, da sonst die Gefahr einer Verfeuerung des inländischen Viehes herbeigeführt werde.

Erstlich als diese Argumentation des sächsischen Landeskulturrats ist die des heffischen Bauernbündlers und Landtagsabgeordneten Köhler-Langsdorf. In einem Antrage, den er in der Zweiten heffischen Kammer eingebracht hat, fordert er die heffische Regierung auf, im Bundesrat für die „Weibehaltung und Herbeiführung des Grenzschlusses“ mit allem Nachdruck einzutreten, da es sich bei der Grenzsperrung um eine Maßregel handelt, die der Landwirtschaft einen „entsprechenden“ Lohn durch „Preiserhöhung ihrer Erzeugnisse“ sichern soll. Der „Grenzschluß“ sei bestimmt, „für angemessene Viehpreise Gewähr zu bieten“.

Die Agrarier werden sich vor diesem onkant terriblen bekreuzen und im übrigen weiter die Grenzsperrung für eine Maßregel zum Schutze der Vieh- und Volksgesundheit erklären. Versieht sich — vor der Deffentlichkeit!

Unter den Maßnahmen, die jetzt von den Regierungen verlangt werden, findet sich auch die Festsetzung der Einfuhrquoten des Fleisches. In welchem Maße diese Maßregel zur Fleischversorgung beitragen könnte, zeigt die folgende Statistik. Aus Argentinien ist gefrorenes Fleisch exportiert worden:

Jahr	ganze Hammel	Rinderquartel
1899	zirka 2 480 000 Stk.	zirka 118 490 Stk.
1900	2 385 000	265 970
1901	2 728 000	498 370
1902	3 429 000	880 210
1903	3 382 000	926 090
1904	3 674 000	1 209 990
1905	3 468 000	1 688 900
1906 Jan./Sept.	2 390 000	Jan./Sept. 1 554 750

Der Hauptexport betrug sich nach England, wo dieses Fleisch von Jahr zu Jahr sich größerer Beliebtheit erfreut.

Die augenblicklichen Preise betragen für gefrorenes Ochsenfleisch zirka 35 Pf. pro engl. Pfund, gefrorenes Hammelfleisch zirka 45 Pf. pro engl. Pfund, während wir in Deutschland zurzeit 90 Pf. bis 1 M. pro deutsches Pfund zahlen müssen!

Das ist ein erheblicher Preisunterschied, selbst wenn man in Betracht zieht, daß das englische Pfund 47 Gramm weniger hat als das deutsche und daß das gefrorene Fleisch von geringerm Wohlgeschmack ist als das nichtgefrorene.

Die Einfuhr gefrorenen Fleisches, wofür übrigens neben Argentinien auch Australien in Frage kommt, wäre demnach sehr wohl geeignet, die Fleischnot zu lindern. Natürlich fällt deswegen die Dringlichkeit der Aufhebung der Grenzsperrung für lebendes Vieh und der Einfuhrerleichterung für frisches Fleisch nicht fort! —

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet heute, daß man „in den maßgebenden Kreisen“ vollkommen davon abgesehen sei, irgendwelche Abwägungen des Grenzschlusses einzuführen. Man stehe auf dem Standpunkte, daß Schutzmaßnahmen lediglich im Interesse der Gesundheit des heimischen Viehstandes getroffen worden sind und getroffen werden müßten, und daß deshalb die Marktfrage und die Preisbewegung keine Veranlassung geben können, Abwägungsmassnahmen durchzuführen.

Wenn das Blatt der Agrarier recht berichtet ist, so würde also so gut wie nichts gegen die Fleischnot geschehen! Ist eine schärfere Forderung des Volkes denkbar?

Die Protestbewegung gegen den Lebensmittelschwarz.  
Protestversammlungen fanden statt in Schweidnitz (über 400 Personen, darunter viele Frauen), in Dausig (über

füllt), in Frankenberg (Sachsen) (600 Personen, darunter viele Frauen), in Orlau in Schlesien (300 Personen). —

Die Poleninterpellationen sollen am nächsten Dienstag im Reichstag verhandelt werden. Es verlautet nach der „Germania“, daß der Staatssekretär Dr. Lieberding sie beantworten werde. — Das wäre ein Novum, da die Reichsregierung bisher alle polnischen Angelegenheiten als in die Kompetenz des preussischen Abgeordnetenhauses fallend erklärt hat.

Die Abgeordnetenwahlen im Großherzogtum Sachsen. Die Wahlen haben am Montag ihren Anfang genommen. Bei den Wahlen des ersten Tages wurden nur Bürgerliche gewählt. Die Sozialdemokratie verlor das Mandat für Zimenau an die Nationalliberalen. Der Genosse Hanwede, der den Wahlkreis bis jetzt vertrat, wurde ein Opfer der neuen Wahlkreisgeometrie.

In Zimenau stimmten 16 sozialdemokratische Wahlmänner und 27 Bürgerliche, in Eisenach, wo die Nationalliberalen sich behaupteten, 40 sozialdemokratische und 48 nationalliberale Wahlmänner.

Ueber die Wahlen vom Dienstag meldet uns ein Privattelegramm:

Heute wurden Baudert in Apolda mit 39 von 55 Stimmen wieder, Leber-Zena in Ruhla mit 20 von 35 Stimmen neu gewählt. Damit ist der Verlust von Zimenau ausgeglichen. In Blankenhain und Weida erzielten die sozialdemokratischen Kandidaten starke Stimmengahlen.

### Die Partei der Beter.

Auf dem Parteitag der westfälischen Zentrumspartei, der am Sonntag in Hagen stattfand, ersuchte einer der Redner, der Abgeordnete v. Savigny, die Versammlung die Wähler, die Vertreter der Partei in ihrer schwierigen Arbeit auch mit Gebet zu unterstützen; es würde vieles besser im Deutschen Reiche stehen, wenn mehr gebetet würde.

Glauben die Abgeordneten des Zentrums in der Verteuerung der Lebensmittel und dem Willigen der Heeres- und Flottenvorlagen noch nicht genug getan zu haben, daß sie das Bedürfnis empfinden, ihre „Arbeit“ durch das Gebet ihrer Wähler erleichtert zu sehen? Und sollte der Herrgott wirklich Gefallen finden an einem katholischen Arbeiter, der ihn darum bittet, daß er der Brotwucherpartei seine Hilfe gewähre? —

Der Reichstagswahlkreis Mannheim, der nun durch den Tod des Genossen Dreesbach vor einer Nachwahl steht, wurde im Jahre 1890 zum erstenmal von der Sozialdemokratie erobert, ging 1893 wieder verloren und verblieb seit 1898 wieder der Sozialdemokratie.

Das Resultat der Wahlen seit 1890 war:

Jahr	Soziald.	Kath.	Wolfspart.	Ref.-Part.	Zentr.
1890	8 701	9 872	7 705	—	—
Engere Wahl 1890	14 550	12 094	—	—	—
1893	10 114	10 779	7 263	815	—
Engere Wahl 1893	13 062	15 465	—	—	—
1898	15 244	8 747	2 919	2 097	4 667
Engere Wahl 1898	19 052	14 369	—	—	—
1903	20 087	12 250	2 163	—	7 104
Engere Wahl 1903	23 182	17 573	—	—	—

### Schmerz „Arbeitgeber-Zeitung“.

Das Organ des rücksichtslossten Scharfschertums polemisiert in seiner letzten Nummer, wie üblich, gegen die Sozialdemokratie. In entrüsteten Tönen erklärt dasselbe es für eine Verleumdung des Unternehmertums, wenn man ihm imputiere, es betrachte den selbständigen Kampf der Arbeiter nicht für notwendig und segensreich. Von der stolzen Warte der unbestechlichen Objektivität urteilt das Blatt:

„Besser noch als die weisen Könige wissen die Arbeitgeber, daß es nichts taugt, über Sklaven zu herrschen, daß nur die Arbeit freier und selbstbewahrter Männer zu wirklicher, bleibender Wohlfahrt beiführt. Kampf soll sein! Auch die Arbeiter sollen um ihr Recht, um ihr materielles und ihr ideelles Recht kämpfen, denn glaubt man im Lager der Sozialdemokratie wirklich, daß unter den Arbeitgebern jede Einsicht dafür fehlt, wie diejenigen Vorteile, die der eine Arbeitgeber fruchtig und aus freien Stücken seiner Arbeiterschaft gewähren möchte, an anderer, weniger weitfichtiger Stelle erst durch Kampf errungen werden müssen? Aber selbst von der Notwendigkeit eines solchen Ausgleiches abgesehen, soll und darf nicht gelehrt werden, daß auch im Arbeitsverhältnis ein Kampf, der sich in den Formen der Gerechtigkeit und Ordnung abspielt, unter Umständen ebenfalls ein willkommenes Mittel zum Fortschritt und zur Förderung der Gesamtinteressen bedeuten kann. Oder sollte der Kampf, den das englische Proletariat zur Abschaffung einer über alle Maßen grausamen Kinderarbeit geführt hat, nicht der Industrie der ganzen Welt und in gleichem Maße dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft zugute gekommen sein?“

Aber die Einsicht, daß die Arbeiter kämpfen müssen und daß ihre Kämpfe die Kultur befruchtet haben, hält bei dem Organ nicht lange vor. In demselben Artikel hat es auch noch eine andere Meinung. Gegen Kaustky polemisiert es folgendermaßen:

„Wie darf man zugeben, daß von den Unternehmern irgend etwas ohne Kampf erreicht werden könne, obwohl gerade die größten Segnungen, welche die Arbeiterschaft erhalten hat, dieser ohne Kampf, ja sogar häufig gegen ihren eigenen Willen zuteil geworden sind, eine Last, die in diesen Tagen des Wohlstandes der kaiserlichen Hofstadt nicht oft genug betont werden kann!“

Punktum! Die „Arbeitgeber-Zig.“ schreibt links, sie schreibt rechts, wie's gerade trifft. —

Eine liberale Sezession in Württemberg. In Wadnang hat sich, veranlaßt durch die reaktionäre Politik der deutschen Partei, ein neuer liberaler Verein gebildet, der sich mit den liberalen Vereinen in Heilbronn, Nürtingen, Tübingen und Stuttgart zu einem Verband zusammengeschlossen hat. Dem Verein sind eine Reihe von bisherigen Mitgliedern der deutschen Partei beigetreten, nachdem diese aus ihrer bisherigen Partei ausgetreten sind. Der „Redakteur“ zufolge sieht der Ausschluß weiterer liberaler Vereine in anderen Städten bevor. Man wird abwarten müssen, wie stark der Liberalismus dieser mißvergnügten Nationalliberalen ist. —

Ein Amnestiegesetz ist in Sachsen erlassen worden. Aus Dresden wird gemeldet: Aus Anlaß des Einzuges des Prinzen und der Prinzessin Johann Georg (der Prinz hat geheiratet) hat der König nach dem Vorschlage des Justizministeriums etwa 120 Personen, die wegen eines in Not begangenen Vergehens gegen die Vermögensordnung zu Freiheits- oder Geldstrafen verurteilt waren, die Strafen im ganzen oder zum Teil erlassen. Streik- und Preßsünder sind also vor Amnestierung bewahrt. —

### Gemeinschaft der Zigarettensteuer zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 25. v. M., wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, beschlossen, dem am 11. Juli 1906 auf Grund des § 32 Absatz 2 des Zigarettensteuergesetzes getroffenen Abkommens über Einführung einer Gemeinschaft der Zigarettensteuer zwischen dem Deutschen Reiche und dem Großherzogtum Luxemburg die Zustimmung zu erteilen.

Nach diesem Abkommen soll die Gemeinschaft der Zigarettensteuer vom 1. Juli 1906 ab eintreten. Für der Zigarettensteuer unterliegende Waren, die ordnungsmäßig mit dem vorgeschriebenen Steuerzeichen versehen sind, besteht zwischen dem Deutschen Reiche und Luxemburg völlige Freiheit des Verkehrs. Die Verladung von solchen Waren aus dem Deutschen Reiche in den freien Verkehr Luxemburgs und umgekehrt gilt nicht als Ausfuhr. Für die so verladenen Waren der bezeichneter Art darf in Verladungsländern Steuerbefreiung nicht gewährt werden. —

In ein Erholungsheim mußte sich Abgeordneter Dr. Müller-Sagan, wie wir dem „Berl. Tagebl.“ entnehmen, wegen Ueberarbeitung für einige Wochen zurückziehen. —

### Ausland.

#### Frankreich.

Die Abschaffung der Todesstrafe ist von der Justizkommission der Kammer mit 8 gegen 2 Stimmen beschlossen worden! —

#### Belgien.

##### Die Kongoischmach.

Brüssel, 27. November. Vor der heutigen Sitzung der Kammer hielten die Abgeordneten der Rechten eine Versammlung ab. Mitglieder der Regierung erläuterten die Lage des Kongoostaates vom internationalen Standpunkte aus. Sie brachten die Ausübung des Rechtes der Besitzergreifung des Kongoostaates durch Belgien zur Sprache und forderten als vorbereitende Maßregeln die Uebernahme des Freibriefes der Kolonie und die Unterzeichnung des Ueberlassungsvertrages. Einige Mitglieder wiesen darauf hin, daß die bevorstehende Befragung der Kongoangelegenheit in der Kammer von großer Bedeutung sein werde. Es sei nötig, zunächst die Souveränitätsrechte des Kongoostaates festzustellen, da die eventuelle zukünftige Souveränität Belgiens nur eine Fortsetzung der Souveränität des Kongoostaates darstellen werde.

(Deputiertenkammer.) Alle Tribünen sind dicht besetzt, fast sämtliche Mitglieder des diplomatischen Korps sind anwesend. In Antwort einer früher gestellten Anfrage Paul Janjans erklärt der Minister des Aeußeren Voron de Favereau, daß die belgische Regierung habe von der englischen Regierung keine Mitteilung betreffend die Beziehungen zwischen Belgien und dem Kongostaat erhalten. Die belgische Regierung werde im Bewußtsein ihrer Rechte und der Rechte des unabhängigen Kongoostaates bei völliger uneingeschränkter Freiheit des Handels der Richtlinie folgen, welche ihr die bestehende Interessen vorschreiben. (Sehr gut! rechts und auf den Händen der Liberalen.) — Die Kammer ging hierauf zur Prüfung der Deputiertenwahl in Courtrai über, nach deren Erledigung die Kongoangelegenheit weiter beraten werden soll.

#### Italien.

##### „Generalstreik“.

Der „Lag“ meldet: Rom, 27. November. Infolge der unerträglichen Zustände im Eisenbahnverkehr wurden heute in Genua, Savona, Spezia, Livorno und Civitavecchia alle Arbeiten in den Häfen, den industriellen Etablissements, Kontoren und Lagerräumen eingestellt. Nur Neapel scheint sich bis jetzt von dieser Bewegung ausschließen zu wollen. Doch genügt schon der Zustand in Savona und in Genua, um den Transport von Rohmaterialien und Kohlen in den Industriebezirken zu unterbinden. In Genua fehlen täglich 1200 Wagen, und die ausländische Handelswelt droht, zu schärferen Agitationsmitteln überzugehen, falls nicht Abhilfe geschaffen wird.

Der Verkehr wird dadurch noch erschwert, daß die Zollbeamten von Mailand, Rom und Neapel sich der Obstruktion angeschlossen haben sollen, wie seit einigen Tagen bereits von ihren Genossen Kollegen eingeleitet ist. Die Obstruktion wird — wie die der italienischen Eisenbahner bereits — durch buchstäbliche Erfüllung der Dienstvorschriften betrieben. —

#### Dänemark.

##### Wahlrechtsreform und Sozialistenfurcht.

Die Reform des Kommunalwahlrechts, die nun, wie man hoffen kann, auch die Zustimmung des Landstings finden wird, entspricht den von der Sozialdemokratie gestellten Forderungen, mit Ausnahme von zwei Punkten: der Streichung der Steuerklasse und der Herabsetzung des Wahlrechtsalters. Im übrigen bietet der Regierungsvorschlag gegenüber dem geltenden Wahlrecht so viele Vorteile, daß seine Annahme als ein schöner Sieg der Sozialdemokratie anzusehen ist. Die seit dem Jahre 1895 der Kampf für das allgemeine gleiche Kommunalwahlrecht mit besonders großem Eifer führt.

Jetzt besteht das gleiche Kommunalwahlrecht nur in Kopenhagen, aber wahlberechtigt ist nur, wer mindestens 1000 Kronen Einkommen versteuert. In den übrigen Stadt- und Landgemeinden ist das Wahlrecht wohl allgemein für die steuerzahlenden Männer, jedoch bestehen zwei Klassen von Wählern: die allgemeine und die höherversteuerte. Nun sollen alle Steuerzahler vom 25. Lebensjahre ab das gleiche Kommunalwahlrecht erhalten, auch die Frauen, die verheirateten sowohl wie die ledigen, und ebenso die Dienstleute, Knechte und Kägde, denen die Verfassung und die Gesetzgebung bisher das kommunale sowie das politische Wahlrecht vorenthält.

Ob nun diese Wahlrechtsreform wirklich binnen kurzer Zeit unterzeichnet zustande kommt, ist allerdings noch nicht sicher. Ueber den Entwurf wird demnächst in einem gemeinsamen Ausschusse des Reichstings und des Landstings beraten werden. Hier liegt die Gefahr vor, daß die Regierungsliberalen Verrat üben und mit den Konservativen Kompromisse schließen. Nur die Furcht vor der Sozialdemokratie ist es, die einen Teil der bürgerlichen Abgeordneten der Reform geneigt gemacht hat, auf andere aber gerade die entgegengesetzte Wirkung ausübt. Das zeigte sich recht deutlich im Landsting. Der Minister Berg empfahl den Entwurf, „um den Sozialdemokraten einen Agitationsstoff zu nehmen“, wie er ausdrücklich erklärte. Der konservative Wortführer Tage warnte vor der radikalen Reform, „weil die Kommunen dadurch dem Sozialismus ausgeliefert werden“, erklärte sich aber bereit, zu verhandeln. —

### Gewerkschaftliches.

#### Die gelbe Garde

hat sich als segensreich erwiesen — für das Unternehmertum! Im offiziellen Jahresbericht der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Augsburg-Nürnberg wird konstatiert, daß der Verein der Nichtorganisierten im Werk Augsburg, der zurzeit 2100 Mitglieder zählt, sich als sehr segensreich erwiesen habe. Der Betrieb wurde durch keinerlei Lohnbewegungen der Arbeiter gestört. Man hat der gelben Garde 100000 M. Almosen geschenkt und nun einen Reingewinn von über 2 Millionen Mark erzielt. An Dividenden werden 17 1/2 Prozent verteilt. Die gelbe Garde hat sich also in der Tat als sehr segensreich erwiesen!

#### Berlin und Umgegend.

##### Der Streit in den Siemenswerken

nimmt seinen regulären Fortgang. Wie jetzt einwandfrei festgestellt worden ist, sind in den Werken auch bei weitem nicht so viele Arbeitswillige beschäftigt, als die Firma in der Unternehmerrpresse bisher angegeben hat. Der größte Teil der durch den Streik leergerworfenen Plätze, so lich sie hochmütig verkündet, sei bereits durch „anderweitige“ Arbeitskräfte besetzt, und nur ein geringer Teil der Streikenden würde selbst bei schleuniger Beendigung des Ausstandes Aussicht auf Wiedereinstellung in dem Eldorado des Siemenskongerns haben. In Wirklichkeit aber stehen die Dinge so, daß rund 2500 Arbeiter streifen und nur höchstens 600 Arbeitswillige vorhanden sind. Wichtig ist nicht der „größte Teil“ der Plätze, sondern etwa der vierte Teil derselben besetzt. Mehr Arbeitswillige aus den Herbergen zur Feimad oder aus dem Asyl für Obdachlose kann die Firma aber auch gar nicht gebrauchen, weil diese Leute in der Mehrzahl jetzt schon tat-



fächlich als überflüssiger Ballast in dem Werk herumstehen und nicht wissen, was sie machen sollen. Gerade diejenigen Arbeiter, auf deren Fertigkeit es der Firma in erster Linie ankommt, kann sie den ungelerten und ungelerten Arbeitwilligen nicht anvertrauen, weil letztere lediglich nur zu nebenfälligen Handlungen, keineswegs aber zu qualifizierten Arbeiten zu gebrauchen sind. Deshalb wimmelt die Firma auch bereits nach Kräften die sich meldenden ungelerten Arbeitwilligen ab. An den 800 Statisten und Büchsenhütern hat sie schon vollauf genug. Was der Firma fehlt, das sind tüchtige und leistungsfähige Werkzeugmacher, Dreher und Mechaniker usw. Diejenigen, die sie bisher hatte, freilen zur Mehrzahl, und diejenigen, die sie jetzt so gern haben möchte, bekommt sie nicht, weil einmal überall in der Metallindustrie eine gute Konjunktur herrscht und deshalb tüchtige Arbeiter dieser Art gegenwärtig knapp sind, dann aber auch, weil die Arbeiter der genannten Kategorien in ihrer Mehrheit überall der Organisation angehören und deswegen schon aus Solidarität mit ihren streikenden Kollegen die Streikbrecherdienste bei der Firma Siemens, als ihrer unwürdig, ganz von selbst ablehnen. Bei der Berliner Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes gehen tagtäglich Zuschriften von den Organisationsleitungen fast aller europäischen und außereuropäischen Kulturländer ein, in denen ihr Nachsicht gegeben wird von den enormen Anstrengungen der Firma Siemens, die so schneidrig gewinnstochernden Arbeitkräfte nach Berlin zu locken. Tausende von Mark muß die Firma auf solche Weise für Inserate der internationalen Presse und für Agenten ausgeben. Doch die internationale Solidarität der aufgestellten Arbeiter ist größer als der Geldbeutel der Weltfirma Siemens. Eine gestern im „Roabiter Gesellschaftshaus“ abgehaltene, vollzählig besuchte Versammlung der Ausständigen hat angesichts dieser Sachlage die Taktik der Streikleitung rückhaltlos gebilligt. Freilich waren sich die Streikenden auch darüber klar, daß ein Kampf gegen eine solche Millionenfirma nicht von heute auf morgen mit Erfolg zu Ende geführt werden kann, sondern daß wohl noch diverse Wochen vergehen werden, ehe die Leitung der Siemenswerke sich zu einer Verständigung bequemt. Aus diesen Gründen hielten es die Ausständigen auch für ganz selbstverständlich, den Streik in aller Ruhe weiter zu führen.

Das gegenwärtige schlechte Wetter scheint jetzt auch den bisher so außerordentlich markant betätigten Dienstleister der Charlottenburger und Spandauer Polizei etwas abgekühlt zu haben. Die Beamten stehen jetzt in den „sibirischen“ Feldern mit hochgeschlagenem Mantelkragen und bilden um so mahnender drein, als die Firma ja schon selbst den Streikposten die Arbeit erleichtert, indem sie die „gewöhnlichen“ Arbeitwilligen vor dem Robellor wieder abweisen läßt. Immerhin dürfte es interessieren, daß bereits über 200 polizeiliche Strafmandate an Streikposten ergangen sind, weil sie sich den Anordnungen der Schupleute oder Gendarmen „betreffs“ oder „behufs“ der Aufrechterhaltung der Sicherheit“ oder „des Verkehrs“ usw. nicht sofort gefügt haben sollen.

Für die Metallarbeiter allerorten heißt es: Haltet den Zugzug fern!

#### Achtung! Metallarbeiter!

Die Differenzen bei der Firma „Lilpop“, Pankstraße, sind durch Verhandlungen beigelegt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der technischen Hartgummiarbeiter dauert ununterbrochen fort. Bis jetzt haben vier Firmen bewilligt, darunter diejenige, deren Inhaber bis vor kurzem die übrigen Arbeitgeber anführte, die Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen zurückzugeben. Von denjenigen Fabrikanten, die noch nicht bewilligt haben, ist jetzt eine Arbeitgebervereinbarung der technischen Hartgummiarbeiter gebildet worden. Diese sieben Herren hatten jüngst selbst einen Lohnzettel ausgearbeitet, den sie den Streikenden zur Annahme vorlegten. Der „Tarif“ wurde in der Streikversammlung jedoch kurzerhand abgelehnt.

#### Die „gelben“ Wäcker

haben gestern bei den Wahlen in der „Germania“-Zinnung eine schwere Niederlage davongetragen. Bei der Wahl der Schiedsgerichtsmitglieder, die per Affirmation stattfand, erklärten sich für die Vertretung der „Gelben“ nur etwa 15-20 Mann. Mehr Hoffnung machten sich die Meister für ihre Schützlinge bei der Wahl des Gesellenausschusses, die per Stimmzettel vorgenommen wurde. Aber auch diese brachte ihnen einen fürchterlichen Reinfall: die Liste der „Meistertreuen“ erhielt nur 87-100 Stimmen, die des Zentralverbandes dagegen 235-241. — Die Herren Innungsmeister mußten so ihre beste Stütze im Kampfe gegen die Gefällenschafter als morsch erkennen.

#### Tariffbewegung der Brauereiarbeiter.

Die im Zentralverband der Brauereiarbeiter organisierten Brauer nahmen in einer überaus stark besuchten Versammlung Stellung zu der Tariffbewegung. Hiedbei berichtete über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Auf die seitens des Verbandes eingereichten Hauptforderungen: neunstündige Arbeitszeit am Tage, achtfünftägige bei Nacht, Minimallohn für gelehrte und ungelernete Arbeitnehmer im „inneren Betriebe“ 36 M., wurden seitens der Unternehmer Gegenforderungen gemacht, die den Unwillen aller Beteiligten hervorgerufen. Trotz der momentan herrschenden Teuerung glaubte man genug getan zu haben, wenn der Lohn um 2 M. pro Woche erhöht wird. Eine Verkürzung der Arbeitszeit und gleiche Bezahlung der ungelerten Arbeiter mit den gelehrten wurde abgelehnt. Dieser ablehnende Standpunkt wurde begründet einerseits damit, daß bei der jetzt vorherrschenden Teuerung der Rohmaterialien infolge der Zölle, ferner infolge der Brausteuer die Rentabilität der Unternehmen in Frage gestellt sei, andererseits mit der bevorstehenden neuen Reichsfinanzreform, bei welcher man tatsächlich wieder auf die Brausteuer zurückkommen werde! Seitens der Organisationsvertreter wurde den Unternehmern entgegengehalten, daß unter der Teuerung die Arbeiter am meisten zu leiden hätten, und eine entsprechende Lohnerböschung, verbunden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit eintreten müsse. In den beiden Tarifverhandlungen am 1. und 6. November wurde man sich einig, auf folgender Grundlage mit den Auftraggebern in Verbindung zu treten: Minimallohn 35 M. für Brauer, von den Arbeitgeberern wurde eine 9½stündige Arbeitszeit bei Tage, innerhalb 11 Stunden, bei Nacht eine 8stündige, innerhalb 10 Stunden, in Vorschlag gebracht, während von den Organisationsvertretern durchweg die 9stündige Arbeitszeit gefordert wurde. Urlaub nach 2 Jahren 2 Tage, pro Jahr ein Tag Urlaub mehr bis nach 6 Jahren und darüber eine Woche, Tarifdauer drei Jahre. In der Frage der Ablösung des nicht getrunkenen Freibieres verlagte das Verständnis der Unternehmer hierfür vollständig; doch soll diese Frage nochmals seitens der Unternehmer behandelt werden. Die Freigabe des 1. Mai und Aufnahme dieser Bestimmungen in den Tarif wurde seitens der Unternehmer als völlig un diskutabel bezeichnet.

In der Diskussion über diese Verhandlungen wurde die ablehnende Haltung der Unternehmer auf das heftigste angegriffen. Obgleich seit 16 Jahren der Lohn der Brauer nur um 2 M. pro Woche erhöht wurde, und obgleich die Brauereien die neue Brausteuer nicht selbst tragen, sondern auf die Konsumenten abwälzen haben, lassen sich die Unternehmer einzig und allein aus Besorgnis um die Rentabilität ihrer Unternehmungen zu keinen zufriedensstellenden Zugeständnissen herbei. Der Geist, der die Versammlung befeuerte, fand seinen Niederschlag in der Annahme folgender Resolution:

„Die heute im Gewerkschaftshaus tagende, äußerst stark besuchte Versammlung des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter, Zweigverein Berlin I, nimmt mit Entrüstung Kennt-

nis von dem Mangel an sozialpolitischem Verständnis der Brauereiarbeiter in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit und Bezahlung des Freibieres. Die Versammelten sind der Ansicht, daß jede nennenswerte Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage dem Unternehmertum abgerungen werden muß, und verpflichten sich, für Ausbreitung der Organisation tätig zu sein.

Die Kommission wird beauftragt, so viel wie möglich auf die Verkürzung der Arbeitszeit in der von der Kommission vorgeschlagenen Form hinzuwirken.“

Zum Schluß richtete der Vorsitzende Sobapp noch einen kräftigen Appell an die Versammelten, im Sinne der Resolution für die Stärkung des Verbandes tätig zu sein, und forderte zum Abonnement der Parteipresse und zum Eintritt in die politische Organisation auf.

Die Berliner Gutmacher befinden sich in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Nachdem dieselben am Sonntag, den 11. November, ihre Forderungen festgelegt haben, fanden eine Reihe von Werkstattbesprechungen statt, die der Propaganda für die Idee des Neunstundentages dienten. Eine heute stattfindende Gutmacherversammlung wird die Forderungen endgültig festlegen.

#### Deutsches Reich.

##### Die Scharfmacher gegen alle (!) Gewerkschaften!

„Ob Sozialdemokrat, ob kritischer Arbeiter, ob Anhänger der Hirsch-Dunerschen Richtung, sie alle finden sich auf dem Boden eines wirtschaftsrevolutionären Programms zusammen und die Gemeinsamkeit der Gegner zeigt die Notwendigkeit, auch gemeinsam gegen alle Gewerkschaften Front zu machen.“

„Arbeitgeber-Zeitung“, 25. November 1906.

Die schon kurz gemeldet, bereitet sich in Steele ein großer Streik der Glashüttenarbeiter vor. Die bei der Firma Wischhoff u. Co. beschäftigten 200 Glashäuser gehören samt und sonders der dortigen Zweigstelle des christlichen Keramarbeiterverbandes an, deren vor 1½ Jahren erfolgter Gründung von der Verleitung einzelner Schwergelerten entgegengesetzt wurden. Nun hat aber der Generaldirektor August Wischhoff am 1. Oktober die Leitung des Werkes niedergelegt. An seine Stelle trat der Sohn des 1884 verstorbenen Besitzers des Werkes, Herr Fernando Wischhoff. Außer den auf dem Werk beschäftigten Tagelöhnern und Hilfsarbeitern hatten sich in letzter Zeit auch viele der in der Hütte mit dem Einbinden und Verpacken der dort hergestellten Flaschen, meist Medizingläser, beschäftigten Mädchen dem Keramarbeiterverbande angeschlossen. Einem der Mädchen wurde plötzlich gekündigt, angeblich, weil es gegen einen Meister „frech“ gewesen sei, nach Ansicht der Arbeiter aber nur, weil es für den Verband agitiert haben soll. Um die Wahrheit wegen der Kündigung festzustellen, wurde der Vorsitzende der Ortsgruppe des Verbandes bei der Verkleitung vorgeführt. Er hatte aber nur den Erfolg, daß er, der vierundzwanzig Jahre lang in Diensten der Firma gestanden, plötzlich die Abfuhr erhielt mit der Weisung, sofort die Hütte zu verlassen und sie nie wieder zu betreten, anderenfalls werde man ihn wegen Hausfriedensbruchs belangen! Drei Kameraden, die daraufhin vorkünftig werden wollten, erhielten ebenfalls die Kündigung, noch ehe sie zum Kontor gelangten. Durch einen Anschlag in der Hütte wurde den Arbeitern die Wahl gestellt, entweder aus dem Werke auszuschleichen oder das Arbeitsverhältnis zu kündigen. Ingleich wurde noch einigen Arbeitern gekündigt, insgesamt sind zwölf Arbeiter und zwei Mädchen, die als Funktionäre des Verbandes oder sonst agitatorisch tätig gewesen, auf solche Weise gemahregelt. Die Arbeiter, die tagtäglich zwei Versammlungen abhielten, je eine für die Tages- und die Nachtschicht, beschloßen in einer Urabstimmung, sämtlich am heutigen Tage die Kündigung einzureichen. Sie eruchten jedoch den Vilar Rieken-Steels, den Amtmann von Königsteele, Herrn Vod v. Wältingen, und den Gewerberat von Hagen um Vermittelung, da ihrerseits angebahnte Einigungsversuche an der starren Haltung der Verkleitung gescheitert waren. Nachdem die beiden letztgenannten Herren bei der Verkleitung vorgelegt geworden waren, wurde der oben erwähnte Anschlag zurückgezogen. Vorgestern fand eine öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte. Nach ausführlichen Referaten der Herren Bezirksleiter Porz-Steels und Gewerkschaftssekretär Wiffels-Effen gelangte folgende Entschliebung zu einstimmiger Annahme:

„Die vom christlichen Gewerkschaftskartell einberufene, von 700 bis 800 Personen besuchte Versammlung erklärt sich nach Anhörung der beiden Medner mit dem Vorhaben der auf der Königsteeleer Glashütte beschäftigten organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen einverstanden. Die Versammlung bedauert und verurteilt es aufs tiefste, daß, obgleich Herr Generaldirektor Wischhoff sich vor wenigen Monaten noch lobend über die Tätigkeit und die Bestrebungen der Organisation ausgesprochen, diese scharfen Maßregeln vorgekommen sind. Die Versammlung erwartet auf das bestimmteste, daß die Fabrikleitung, so wie sie den Anschlag betr. Verbot der Koalition durch Vermittelung des Herrn Amtmanns Vod v. Wältingen und des Herrn Gewerberats Klausen aus Hagen zurückgenommen hat, auch die Entlassung bezw. Kündigung der Arbeiter und Arbeiterinnen zurücknimmt. Sollte die Fabrikleitung wider Erwarten von ihrem Vorhaben nicht Abstand nehmen, so sind die Arbeiter zu ihrem Bedauern gezwungen von ihrem gesetzlich gewährleisteten Recht der Arbeitsniederlegung Gebrauch zu machen. An die gesamte Arbeiter- und Bürgerchaft der Stadt Steele und des Amtes Königsteele richtet die Versammlung den Appell, die Glasarbeiter in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen.“

In Anbetracht der durch Zurücknahme des Hüttenanlasses veränderten Situation beschloßen die Arbeiter der Glashütte, noch einige Tage mit der Einreichung der Kündigung zu warten. Man erhofft von der vermittelnden Tätigkeit der obgenannten Herren, daß die Verkleitung die Maßregelungen rückgängig mache. Geschicht das aber nicht, ist der Ausstand unvermeidlich.

Der Zentralverband der Salzarbeiter Deutschlands veröffentlicht in seinem kürzlich erschienenen Almanach für 1907 auch eine Uebersicht der Erfolge der von ihm im Jahre 1905 geführten Lohnbewegungen. Es fanden im ganzen fast 940 Bewegungen, an denen insgesamt 55 312 Personen beteiligt waren. Davon waren 278 Angriffstreiks mit 14 501 Beteiligten, 4503 Kollegen, die ihre Forderungen ohne Arbeitseinstellung bewilligt erhielten, 144 Abwehrstreiks mit 3172 Beteiligten, 81 Ausperrungen mit 11 522 Beteiligten und 487 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 21 614 Beteiligten. Von den mit Arbeitsniederlegung verbundenen Bewegungen waren erfolgreich 64 Proz. der Bewegungen mit 56 Proz. der Beteiligten, teilweise erfolgreich 16 Proz. der Bewegungen mit 22 Proz. der Beteiligten und erfolglos 20 Proz. der Bewegungen mit 22 Proz. der Beteiligten. 14 Kämpfe waren am Jahreschlusse noch nicht beendet.

Errungen wurde in diesen Kämpfen: für 25 455 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 2,4 Stunden pro Woche und für 32 708 Personen eine Lohnerböschung von durchschnittlich 1,62 M. pro Woche; insgesamt also eine Lohnerböschung von 2 758 086 M. pro Jahr! Eine gewaltige Summe! Außerdem wurden noch andere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen durchgesetzt. — Die Kosten sämtlicher Streiks und Ausperrungen (Streik- und Reiseunterstützungen, Rechtschutz, Agitation und Verwaltung) beliefen sich auf 1 176 006 M. Wie man jedoch sieht, wurden diese nicht geringen Ausgaben allein durch die errungenen pekuniären Erfolge bereits im ersten Jahre um mehr als das Doppelte wieder hereingebracht.

#### Ausland.

##### Die gewerkschaftliche Bewegung in Moskau.

Nach dem Grade der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung rangiert Moskau an zweiter Stelle hinter Petersburg.

In den „Tagen der Freiheit“ begonnen, dehnt sich die gewerkschaftliche Bewegung immer weiter aus und umfaßt bereits nicht nur Moskau allein, sondern auch viele benachbarte Städte. Im Gegensatz zu den Petersburger Verbänden, deren Tätigkeit fast ausschließlich nur den Petersburger Arbeitern gewidmet ist, überschreiten einige unter den Moskauer Verbänden die Grenzen der Stadt, ja selbst des Gouvernements, und umfassen das ganze Moskauer Industriegebiet. Zurzeit zählt man in Moskau 33 gewerkschaftliche Verbände.

Gleich den Petersburger Verbänden sind auch die Moskauer augenblicklich stark den Verfolgungen seitens der Administration ausgesetzt, und so manches Mal haben sie Schweres zu erdulden, aber dennoch vermögen alle Widerwärtigkeiten nicht sie zu entmutigen. Nach der Auflösung der Duma wurde im Juli der bedeutendste Moskauer Verband, der Druckereiarbeiterverband, vom Stadthauptmann geschlossen. Aber die Arbeiter, die diesem Verbande angehörten, gründeten einen neuen unter dem Namen „Verband der Arbeiter der graphischen Kunst“. So wurde nur der Name des Verbandes geändert, während er selber seinem Wesen nach der gleiche blieb. Zurzeit zählt der Verband bereits etwa 8000 Mitglieder. Eine Frage, welche den Verband unaufhörlich beschäftigt, ist die Einberufung einer allrussischen Konferenz der Druckereiarbeiter behufs Bildung eines allrussischen Verbandes. Zu diesem Zwecke bildete sich auf Ansuchen des Moskauer Verbandes ein Bureau zur Organisation eines allrussischen Verbandes der Druckereiarbeiter, welchem die Vertreter der Verbände von Petersburg und Moskau beigetreten sind. Dieses Bureau ist jetzt mit den Vorarbeiten zur Einberufung der allrussischen Konferenz der Druckereiarbeiter beschäftigt. Der Moskauer Verband der Arbeiter der graphischen Kunst gibt eine Zeitung heraus unter dem Namen: „Das Buchdrucker-Gewerbe“ („Pechatnoje Djeo“).

Die zweite Stelle unter den Moskauer Verbänden nimmt der Verband der Arbeiter der Metallbearbeitungsbranche ein, der 4500 Mitglieder zählt; es folgen der Verband der Schneider mit 2967 Mitgliedern, der Verband der Kontor-angestellten und Buchhalter mit 1467, der Konditionen mit 1450 und der Verband der Leeberepader mit 1400 Mitgliedern. Dem letzteren Verbande gehören diejenigen Mitglieder an, die mit dem Abwaschen und Verpacken des Tees beschäftigt sind. In den angeführten Betrieben arbeiten sehr viele Frauen, besonders junge Mädchen. — Der Verband der Tabakarbeiter hat zurzeit 1300 Mitglieder. Neulich hat er die erste Nummer des „Blatt des Verbandes der Arbeiter der Tabak- und Hülsenbranche“ herausgegeben. — Der Verband der Wasserleitungsarbeiter hat 1100 Mitglieder, der Verband der Arbeiter der Holzbearbeitungsbranche 1084, der Verband der Textilarbeiter zählt jetzt in Moskau allein über 1000 Mitglieder. Er hat mehrere Abteilungen in den Gouvernements Moskau und Wladimir. Am 1. November erschien die erste Nummer der Zeitung dieses Verbandes. — Der Verband der Handels- und Industrieangestellten: „Einigkeit-Nacht“ hat 900 Mitglieder. Der Verband der Arbeiter des Aufschlags hat 900 Mitglieder. Er hat bereits einige Abteilungen in den Gouvernements Kostroma und Wladimir errichtet. Der Verband der Arbeiter der Edelmetallbearbeitungsbranche hat 650 Mitglieder; der Küche 483; der Arbeiter der Appretur- und Färbereibranche 482; der Arbeiter der Parfümproduktion 450 ufm. usw. Alle Verbände Moskaus zusammen zählen etwa 30 000 Mitglieder. Außer den oben erwähnten Zeitungen erscheint noch in Moskau der „Arbeiterverband“, Organ des Moskauer Zentralbureaus der gewerkschaftlichen Verbände.

#### Eingegangene Druckchriften.

Geschäftsbericht für das 4. Geschäftsjahr des Konsumvereins für Bremerhaven und Umgegend. 35 Seiten. Druck von Haverkamp u. Co., Bremerhaven.

Vom Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, herausgegeben von B. Sombart, R. Weber und E. Jaffe, welche als Neue Folge des Archivs für soziale Belehrung und Statistik im Verlage von J. C. B. Mohr (Paul Siebes) in Tübingen erscheint, wurde sechsen das 3. Heft des XXIII. Bandes ausgegeben.

Das Handrecht der Bauhandwerker von O. Freese. 340 Seiten. 3,60 M. Verlag: J. C. Neumann, Neudamm.

Edward Bernstein. Parlamentarismus und Sozialdemokratie. 60 Seiten. 1 M. Robert Junfermann Nr. 17, Pan-Verlag, Berlin W. 35.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Vom Streik der Trambahner.

Rom, 27. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Durch Solidaritätsstreik einer Kinderheit wurde die Trambahnerorganisation bestimmt, gestern abend das Ende des Streiks zu beschließen. Die Gesellschaft wies die zur Arbeit Antretenden zurück und verkündete heute die Entlassung des gesamten Personals, von dem es nur wenige annehmen wollte. Gegenüber der drohenden Massenmaßregelung beschloßen nunmehr die Trambahner, den Streik fortzuführen.

##### Ein Kaliber.

Wien, 27. November. (W. T. W.) Bei den heute besetzten Stadtratswahlen der zweiten Klasse, die notwendig geworden waren, weil die vorjährigen Wahlen dieser Klasse wegen unstatthafter Stimmenzählung für ungültig erklärt waren, regten die Liberalen mit durchschnittlich etwa 60 Stimmen Mehrheit. Die liberale Zentrumsmehrheit im Stadtrat geht damit wieder an die Liberalen über.

##### Eisenbahnunfall.

Leipzig, 27. November. (W. T. W.) Der von Eger abgelassene Personenzug Nr. 16 ist bei Lützen entgleist. Drei Personen wurden verletzt.

##### Straßenbahnerstreik.

Bresl., 27. November. (W. T. W.) Die Straßenbahngestellten sind in den Streik getreten; aller Verkehr ruht. Die Streikenden verhalten sich bisher ruhig.

##### 125 Gefangene entflohen!

Wladimir, 27. November. (W. T. W.) In dem hiesigen Gefängnis entflohen 125 Gefangene die Wächter, erbrachen den Lagerraum, legten bürgerliche Kleidung an, nahmen 50 Revolver mit und entflohen.

##### 10 Millionen Menschen verhungern.

Shanghai, 27. November. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein internationales Komitee, bestehend aus führenden Männern ausländischer und chinesischer Kreise einschließlich der Konfuls, wendet sich an Europa und Amerika mit der Bitte um Hilfe gegen die Hungerröte in Nord-Kiangsu, wo 10 Millionen Menschen vor dem Hungertode stehen infolge Zerstörung der Ernte durch Ueberschwemmungen im Umkreise von 40 000 Quadratmeilen.



Reichstag.

127. Sitzung am Dienstag, den 27. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Herr v. Stengel.

Das Haus tritt in die Beratung der Denkschrift über die Ausföhrung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze.

Abg. Freigen-Düsseldorf (Z.): Die vorliegende Denkschrift bietet kein erfreuliches, ja sogar ein trübes Bild der Finanzlage des Reiches.

Unsere Reichsschulden betragen 3 Milliarden 803 Millionen

und zwar sind die Summen durchweg für unproduktive Ausgaben verwendet worden, weit mehr als die Hälfte für Meer und Marine. (Hört! hört! links.) Ohne Anleihen kann das Reich wohl nicht auskommen, aber sie sollten nur für einmalige besondere Ausgaben aufgewendet werden.

Bei Beratung der Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben für das Schutzgebiet Kiautschou für das Jahr 1906 bemängelt Abg. Kopsch (fr. Sp.) die erhebliche Uebertreibung einzelner Etatsposten. Die erfolgten Personalvermehrungen hätten sehr wohl im Etat für 1906 vorgezogen werden können.

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel erwidert, die gewünschte Ausbesserung könne nur von der Marineverwaltung gegeben werden, die leider heute nicht vertreten sei, die aber in der zweiten Lesung die gewünschte Aufklärung geben werde. Uebrigens dürfte das Haus die Uebersicht einzelner Etatsposten nicht allzu streng beurteilen, da doch die vorliegende Uebersicht mit einem kleinen Ueberschuß abschließe.

Abg. Erzberger (Z.): Die Rechnungsprüfung aus den deutschen Schutzgebieten stinkt bereits seit 1896. Es ist zu begrüßen, daß die Marineverwaltung die Rechnungsübersicht über Kiautschou so zeitig gibt; das müßte in anderen Verwaltungen auch möglich sein. Die Etatsüberschreitungen werden mit der Anstellung neuer Beamten begründet. Bei einer so kleinen Verwaltung muß aber zu Jahresanfang übersehen werden, was gebraucht wird. Wenn wir die Etatsüberschreitungen ruhig hinnehmen, kann es dahin kommen, daß die Budgetkommission Beamtenstellen streicht und die Verwaltung sie wieder einsetzt. Um dem einen Mangel vorzubeugen, würde es vielleicht gut sein, einen Teil der Rechnungsübersichten, speziell die Kolonialen, nicht der Rechnungscommission, sondern der Budgetkommission zu überweisen.

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel: Der letzte Vorschlag des Redners mag berechtigt sein. Vor allen Dingen wollte ich darauf hinweisen, daß die tatsächlichen, geographischen und Organisationsverhältnisse in Kiautschou ganz anders liegen als in den anderen Kolonien. Ferner verweise ich darauf, daß die Ueberschreitungen doch nicht ganz ohne etatsrechtliche Begründung sind, da ausdrücklich vorgezogen ist, daß die notwendigen Mehrausgaben aus dem Reservefonds zu decken sind.

Abg. v. Rüdiger (L.): Wir sind gern bereit, die von Herrn Erzberger angeregte Frage in der Budgetkommission weiter zu erörtern; ich möchte aber zu bedenken geben, ob es gerade in diesem Jahre, in welchem die Budgetkommission doch sehr spät an ihre Arbeiten kommen wird, angebracht ist.

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel: Ich bin dem Redner dankbar, daß seine letzte Bemerkung mir Gelegenheit zu einer Erklärung gibt. Es ist ganz unmöglich gewesen, die Etatsberatungen innerhalb des Bundesrates so zu fördern, daß wir in der Lage wären, die Etatsvorlage vor dem 10. bis 12. Dezember einzubringen; diese Verzögerung, welche ich lebhaft bedauere, hat ihren Hauptgrund in dem Umstande, daß es gerade in diesem Jahre besonders schwierig gewesen ist, die Haupteinnahmen richtig und zweckmäßig zu veranschlagen. Ich erinnere nur daran, daß der neue Zolltarif, welcher die Hauptquelle der Einnahmen des Reiches ist, erst im März in Wirksamkeit trat, und es bedarf einer monatlichen Beobachtung, um auch nur annähernd schätzen zu können, welche Einnahmen wir werden ansehen können.

Ich möchte mir weiter erlauben daran zu erinnern, daß vor vier Jahren der Reichshaushalt dem Reichstage noch vier Wochen später, erst am 9. Januar, vorgelegt wurde und daß der Reichstag trotzdem die dritte Lesung des Etats am 24. März beendete. Das läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß auch diesmal, wo der Etat dem Reichstag zwar auch erst am 10. oder 12. Dezember, aber doch immerhin vier Wochen früher als damals zugehen wird, der Reichstag ihn rechtzeitig erledigen wird.

Abg. Waffermann (natl.): Was die von Herrn Erzberger angeregte Frage anlangt, so halte ich es nicht für zulässig, daß eine Vorlage herausgegeben und der Budgetkommission überwiefen wird. Die Aufgabe dieser Kommission ist eine fest umgrenzte, nämlich die Beschäftigung mit dem Reichshaushaltsetat. Es wäre zu prüfen, ob ihre Kompetenz in dem Sinne zu erweitern wäre, daß sie auch die Rechnungsprüfungen vorzunehmen hat. Die Ansätze, die der Abg. Kopsch verlangt hat, sind wir in der ersten Lesung zu erhalten berechtigt. In die Verantwortung heute nicht erfolgen kann, so bitte ich, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen.

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Ich schließe mich diesem Antrage an. Die Marineverwaltung kamte doch unzweifelhaft unsere Tagesordnung und hätte sehr wohl vertreten sein können.

Abg. Singer (Soz.):

Meine Freunde werden sich dem Antrage, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen, anschließen. Auch ich halte es für eine Vernachlässigung von Seiten der Marineverwaltung, daß sie nicht zur Stelle ist. Schon um die Regierung zu veranlassen, in der Folge diese Frage in der gewünschten Weise zu behandeln, werden wir dem Antrage auf Absehung des Gegenstandes von der Tagesordnung zustimmen. Aus diesem Grunde enthalte ich mich auch auf die Einzelheiten einzugehen, ohgleich auch ich der Meinung bin, daß in der Tat die Vorlage zu großen Bedenken Veranlassung gibt. Ich will nur auf das eine hinweisen, daß vom Reichstage abgelehnte Beamtenstellen doch geschaffen und aus dem Reservefonds dotiert sind, so daß die Regierung auf einem Umwege die Beschlüsse des Reichstages illusorisch macht!

Die Frage, ob die Rechnungsprüfungen der Budgetkommission zu überweisen sind, bedarf — da stimme ich Herrn Waffermann zu — einer prinzipiellen Erwägung. Die Sache liegt durchaus nicht einfach. Ich habe eine langjährige Erfahrung, wie in der Budgetkommission gearbeitet wird, und ich glaube, wenn die Prüfung der Rechnungen in ihr vorgekommen wird, wird das recht schwierig sein, und der Reichstag wird jedenfalls den Bericht der Budgetkommission später erhalten, als den der Rechnungsprüfungscommission. Vielleicht ließe sich eine gewisse Personalunion der Mitglieder beider Kommissionen herbeiföhren. Aus dem Handgelenk ist die Frage jedenfalls nicht zu lösen, sondern sie bedarf sorgfältiger Erwägung.

Der Herr Staatssekretär hat nun die Gelegenheit benützt, um uns die späte Einbringung des Etats mitzuteilen. Es war das ja schon bekannt, wie es überhaupt merkwürdig ist, daß wir außerordentlich interessierende Tatsachen und vorzulegende Gesetzentwürfe zuerst aus Zeitungen erfahren, die aus den verschiedenen Reichsämtern bedient werden. Ich kann nun nicht anerkennen, daß der Reichsschatzsekretär für die verspätete Einbringung des Etats durchschlagende Gründe angegeben hat. Der Vorgang von vor fünf Jahren, auf den er sich bezog, ist richtig. Aber gerade damals ist diese verspätete Einbringung von allen Seiten getadelt worden. Außerdem war sie damals durch besondere Verhältnisse als eine Ausnahme begründet, die selbstverständlich nicht die Regel werden darf. Ich möchte auch meinen, daß der Vergleich nicht richtig ist, daß in diesem Jahre der Etat vier Wochen früher eingebracht wird als damals; denn für den Reichstag bedeutet auch die Einbringung

am 10. Dezember eine Verzögerung der Arbeit. Worauf es ankommt, ist doch, daß die erste Lesung vor Weihnachten geschieht! Dann fängt die Budgetkommission ihre Arbeit gleich nach Neujahr an, und daran ist diesmal eben gar nicht zu denken. Die erste Lesung wird erst nach Neujahr beginnen und meiner Schätzung nach eine Woche Arbeit erfordern, ehe die Budgetkommission daran denken kann, ihre Arbeit zu beginnen. Daß der Etat hier im Hause rechtzeitig fertig wird, halte ich für eine Illusion. Worauf kommt denn diese späte Einbringung schließlich hinaus? Auf eine Einschränkung des Reichstages, den Etat nach allen Richtungen hin so gründlich zu prüfen, wie es notwendig ist. Es spukt ja sogar schon der Gedanke der

Contingentierung der Etatsberatungen

herum. Formell werden zwar die Rechte des Reichstages durch die verspätete Einbringung des Etats nicht beschränkt, aber die einzige Gelegenheit, die Regimen der Verwaltung einer gründlichen Prüfung zu unterziehen, wird doch in sehr erheblicher Weise eingeschränkt, und so scheint diese entscheidende finanzielle Maßregel eine finanziell-politische zu sein, die dazu führen muß, den Reichstag in seiner Bedeutung noch mehr herabzusetzen. Die verbündeten Regierungen sollten sich dieser Folgen ebenso bewußt sein wie der Reichstag. Ich bin nicht in der Lage, die Gründe, die der Herr Staatssekretär angegeben hat, als durchschlagend anzuerkennen. Freilich stehen wir hier wieder — wie so oft — vor einer vollendeten Tatsache; die Verantwortung für diese Situation aber hat die Regierung zu tragen. Der Reichstag hat jedenfalls keinen Grund, auf eine sehr gründliche Beratung des Etats zu verzichten. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Herr v. Stengel:

Ich möchte dagegen Vertvahrung einlegen, daß den verbündeten Regierungen der Gedanke nahe gelegen habe, das Staatsrecht des Reichstages gegenwärtig zu beschränken. Das lag uns vollständig fern. Wir befinden uns diesmal in einer tatsächlichen Notlage, an der wir nichts ändern können. Ich kann Ihnen aber die eine Zusage erteilen, daß, was mich anlangt, dahin getradet werden wird, daß dieser Fall in der Tat nur ein Ausnahmefall bleiben soll.

Abg. Erzberger (Z.): Eine Vernachteiligung des Reichstages liegt in der in diesem Falle, wie ich zugebe, verständlichen verspäteten Einbringung des Etats nicht; denn wenn der Reichstag bis zum 24. März nicht mit der Beratung fertig wird, so ist die Regierung eben gezwungen, ein Komitee einzubringen.

Abg. Schwarze-Rippstadt (Z.) weist auf das Beispiel des preussischen Abgeordnetenhauses hin, das den Etat fast immer von Januar bis April fertigstellte.

Abg. Wothoim (fr. Sp.): Das Beispiel des preussischen Abgeordnetenhauses kann uns wirklich am allerwenigsten zum Muster dienen. (Sehr wahr! links.) Dort wird der Etat in einer erhöhten Weise durchgeprüft (Sehr wahr! links) und ich würde es tief beklagen, wenn diese Methode bei uns Eingang fände. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der Antrag Valiermann auf Absehung dieses Punktes von der Tagesordnung wird hierauf angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzes betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Abg. Träger (fr. Sp.): Auf diese Vorlage poßt das viel zitierte Wort: „Spät kommt ihr, doch ihr kommt.“ Freilich, die Entschuldigend des „weiten Weges“ steht dem Nachfolger des Grafen Solow, dem Grafen Solowowsky, nicht zur Seite; denn dieser Weg war durch verschiedene Beschlüsse des Reichstages bereits geebnet. Es ist bekannt, daß, wenn der sozialpolitische Weg bei uns gewachsen werden soll, man sich sehr vor dem Nachgeben anderer sehr empfindlicher Güter hüten muß, die sich, sobald sie das sozialpolitische Gebiet betreten, in Gänze hinfällig verwandeln. (Sehr gut! und Weiterkeit links.) Diese Vorlage, die man ja als Jubiläumsgabe zur Silbernen Hochzeit des Reichstages mit der Sozialpolitik bezeichnen kann (Weiterkeit), soll nun nach Graf Solowowsky die Grundlage für ein neues Arbeiter- oder Vereinsrecht bilden. Diese Grundlage ist aber äußerst mangelhaft. Von den „Rechten, die mit uns geboren sind“, ist in dieser Vorlage leider außerordentlich wenig die Rede. (Sehr gut! links.) Wenn die verbündeten Regierungen mit dieser Vorlage vor uns als Prüfungskommission ihre Meisterprüfung im Gesetzgebungsbaugewerbe ablegen wollten, wären sie bereits mit Pauken und Trompeten durchgefallen. (Große Heiterkeit.) Selbst aus Herrn Trimbors, des „sozialpolitischen Leuchtturms“, Ausführungen habe ich ein entschiedenes „Nein!“ herausgehört, und ebenso äußerte sich Herr Waffermann. Eine Ablehnung der Vorlage ohne Kommissionsberatung würde ich trotzdem für einen Fehler halten; denn wir müssen in der Kommission der Öffentlichkeit gegenüber zeigen, was wir eigentlich wollen und wie wir uns die Gestaltung dieser Materie denken. (Sehr gut! links.) Von der Verteidigungsrede des Grafen Solowowsky habe ich bei ihrem eleganten Tone den Eindruck gewonnen, als wollte er sagen: Ich gebe Euch, was ich Euch geben konnte, und als ob er, wenn es nach seinem guten Herzen gegangen wäre, gern mehr gegeben hätte. Er machte den Eindruck eines gefesselten Prometheus. (Große Heiterkeit.) Ganz unverständlich freilich war mir der Satz: Man dürfe den Entwurf nicht beurteilen vom tatsächlichen Standpunkte der freien Gewerkschaften aus, sondern als Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Es ist doch gerade die schönste Aufgabe der Gesetzgebung, den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie sich entwickeln haben, durch Schaffung von Rechtsnormen den Weg zur weiteren Fortbildung zu ebnen. (Sehr gut! links.) Auf keinen Fall können wir das Gesetz, so wie es ist, der Justiz und Verwaltung zur Auslegung übergeben. „Den Samen legen wir in ihre Hände, ob Glück, ob Unglück — lehrt das Ende“ — ich fürchte aber: das dicke Ende kommt nach. (Weiterkeit.) Ich kann es den Gewerkschaften gar nicht verdenken, wenn sie sagen: Auf den Leim gehen wir nicht; denn sie laufen allerdings Gefahr, an vielen Stellen des Leims stecken zu bleiben. (Weiterkeit.) Sehr wahr! links.) Ich bin auch Optimist (Weiterkeit), aber ich bin doch fest davon überzeugt, daß es dem Scharfsinn der Juristen und der Urteilskraft der Verwaltungsbeamten gelangen würde, sofort alle die Dinge herauszubekommen, mit denen man den Berufsvereinen Verlegenheiten bereiten und ihre Entwicklung knebeln und hemmen könnte. (Sehr gut! links.)

Redner wendet sich nunmehr zu der Kritik der einzelnen Paragraphen, seine Auslassungen bleiben aber im einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Staatssekretär Graf Solowowsky:

Der Herr Redner hat mir meine Bemerkung verübelt, man möge diese Gesetzesvorlage nicht im Hafen scheitern lassen. Wenn der Herr Abg. Träger meines Glases Schiff mit mir bestiegen und all die Kämpfe mit mir durchgemacht hätte, die es mich in den letzten Jahren gekostet hat, das Gesetz dahin zu bringen, wo es jetzt ist, nämlich dahin, daß es meiner Uebersetzung nach den berechtigten Forderungen der Arbeiterbevölkerung und den berechtigten Wünschen der Mehrheit des Hauses entspricht, so würde er mir das Bild vielleicht verziehen oder es gar für zutreffend gefunden haben. (Weiterkeit und Bewegung.)

Ich hätte es eigentlich für besser gehalten, die Einzelheiten des Entwurfes im Schoße der Kommission gründlich zu erörtern. Nach dem Gange der Erörterungen halte ich es aber doch für nützlich, um nicht ein falsches Bild über die Absichten des Entwurfes und seine wirkliche Bedeutung in das Land bringen zu lassen, jetzt schon auf ein paar Punkte einzugehen, die von dem Herrn Redner meines Erachtens nicht in gerechter Weise zur Darstellung gelangt sind. Man kann über das Maß der Konten, die der Entwurf verlangt, gewiß verschiedener Ansicht sein, aber ich muß es doch als eine ungerechte Beurteilung bezeichnen, wenn man sagt, es befände sich in diesem Entwurf ein Uebermaß kleinlicher Polizeikontrolle. Der Ent-

wurf verlangt zweierlei Konten. Erstens Schutz der Minderheiten und zweitens Kontrolle darüber, daß nicht allgemeine politische Zwecke verfolgt werden. Ich meine, wer die Vereine gegen die Willkür der Staatsbehörden schützen will, der muß auch gerechterweise die einzelnen Mitglieder gegen die Willkür des Vereinsvorstandes schützen wollen. Gewiß wollen wir die Freiheit des Vereins, aber auch Freiheit des einzelnen Mitgliedes innerhalb des Vereins. Zudem stellen sich alle Maßregeln nur als Normativbestimmungen dar, durch welche sich die Mitglieder schätzen können; sie können also keineswegs als polizeiliche Bestimmungen bezeichnet werden. Im Interesse des Schutzes der Minderheit ist die Einreichung des Mitgliederverzeichnisses erforderlich. Wenn die Mitglieder und die Behörde nicht wissen, wer Mitglied ist, so würde ein solcher Verein den Charakter eines Geheimbundes tragen. (Widerspruch und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Weiter verlangen wir das Recht auf Abschrift des Mitgliederverzeichnisses. Bei dieser Bestimmung hat man vorzugsweise an Vereine von Arbeitgebern gedacht! — Gewiß liegt die Möglichkeit vor, daß ein Mitglied im Auftrage eines Arbeitgebers sich ein Mitgliederverzeichnis verschafft. Aber gegen Arbeitgeber und Spionage gibt es überhaupt kein Mittel und kein Gesetz. Weiter ist bemängelt die Notwendigkeit der Einberufung der Mitgliederversammlung statt des Ausschusses. Aber hierin liegt eine wesentliche Abmilderung gegenüber dem Bürgerlichen Gesetzbuch, nach dessen § 37 eine Mitgliederversammlung in allen Vereinen nötig ist, wenn 1/10 der Mitglieder es verlangt, während hier 1/4 es verlangen muß. Bemängelt ist sodann die Abschrift der Jahresübersicht für die Mitglieder. Sie muß aber von ihnen bezahlt werden, während sie bei den englischen Trade Unions kostenlos zu liefern ist! Bemängelt wurde weiter, daß die Mitglieder nur für die ordentlichen Beiträge haften. Gegenwärtig aber kann der Verein überhaupt nicht klagen! Freilich kann er auch nicht auf seine Leistungen verurteilt werden, auch nach diesem Gesetzentwurf nicht, während die ordentlichen Mitgliederbeiträge einlagbar sind. Bemängelt ist die Anfechtungslage, die den Mitgliedern gegeben ist. Aber auch jetzt hat jedes Mitglied das Recht zur Feststellungslage, und wenn statt dessen die Anfechtungslage eingeföhrt ist, so kommt das allen Mitgliedern zugute, weil dadurch die Zahl der Klagen erheblich herabgesetzt wird. Bemängelt ist weiter, daß eine Mitteilung und Veröffentlichung der Jahresübersicht gefordert ist. Aber eine besondere Aufsichtsbehörde ist nicht vorgesehen, und es ist doch selbstverständlich, daß der Verein nicht Zwecke verfolgen darf, die, wenn sie schon bei seiner Eintragung bekannt gewesen wären, die Eintragung verhindert hätten. Zudem unterliegen die Maßnahmen der Verwaltung der richterlichen Kapprüfung im Verwaltungsstreitverfahren. (Zuruf links: Wo steht das?) Das liegt darin, daß — in Preußen wenigstens — ganz allgemein gegen polizeiliche Maßnahmen das Verwaltungsstreitverfahren zulässig ist. Sie können nicht verlangen, daß eingetragene Berufsvereine auch hierin gegenüber allen anderen Korporationen privilegiert werden.

Es das Mitgliederverzeichnis eingereicht werden soll, oder ob es genügen soll, daß die Behörde Einsicht darin nehmen kann, ist keine prinzipielle Frage, darüber können wir uns in der Kommission verständigen; aber die Einsicht muß der Verwaltung unter allen Umständen gewahrt bleiben, sonst ist eine Kontrolle nicht möglich. Gegenüber dem bestehenden Recht bedeutet das keine Erleichterung, sondern eine Einschränkung; denn gegenwärtig haben die Vereine jeden Mitgliederwechsel sowohl der Polizeibehörde als den Amtsgerichten zu melden. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) In Preußen befehlt diese Verfügung, und die Verlesigung durch sie ist bisher eine Hauptklage derjenigen Vereine gewesen, bei denen ein häufiger Mitgliederwechsel stattfindet.

Das englische Recht geht in den meisten Bestimmungen weiter als dieser Gesetzentwurf. Es gestattet jedermann, der irgend ein Vermögensinteresse an den Trade-Unions hat, die Einsicht in das Mitgliederverzeichnis. Die Veröffentlichung der Jahresbilanz geschieht ja schon heute durch die Vereine. Jedermann kann sie im „Reichsarbeitsblatt“ nachlesen. Auch hier ist das englische Recht schärfer. Kleine Uebersichten sind dort dem Registerbeamten einzureichen, und dieser kann in jedem einzelnen Falle nach eigenem Ermessen die eingehendsten Detaillierungen fordern. Weiter darf nach englischem Recht jedermann, der ein Vermögensinteresse gegenüber den Trade-Unions hat, Einsicht auch in die Bücher der Trade-Unions nehmen. Nun hat gestern Abg. Heine erklärt, man hätte aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch, aus dem Aktiengesetz und aus dem Genossenschaftsgesetz eine Zwangsjade für die Gewerksvereine gestrichelt. Ich meine, wir hätten doch ein Recht, uns an das Genossenschaftsgesetz anzuschließen, da die Gewerks- und Wirtschaftsgenossenschaften ihrer inneren Natur nach den Berufsvereinen am nächsten stehen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Durchaus nicht!) Meine Herren! ich lasse mich gern belehren. Aber das Genossenschaftsgesetz enthält doch viel weitergehende Bestimmungen zur Kontrolle der Genossenschaften, als in diesem Gesetz enthalten sind.

Der Abg. Träger hat behauptet, die Handlungsgeschäften fallen nicht unter die Gewerbeordnung, infolgedessen auch nicht unter dieses Gesetz. Ich halte auf Grund der Motive diese Auffassung für nicht richtig. Auch der Wortlaut, daß der § 1 zu eng gefaßt ist, ist nicht zutreffend. Mir wird eben mitgeteilt, daß der Abg. Bernstein einmal gefährliche habe, und zwar im Juliheft 1905 in den „sozialistischen Monatsheften“:

„Die Lohnarbeitergesellschaft bildet im heutigen wirtschaftlichen Leben einen so ungeheuer großen Körper, daß es rein physisch schon unmöglich ist, die Wahrnehmung ihrer laufenden Interessen durch allgemeine, aus den Angehörigen aller Berufe zusammengesetzte Arbeitervereinigungen besorgen lassen zu können.“ (Hört! hört! rechts.) Ganz derselben Auffassung sind die verbündeten Regierungen, die sich in dieser Beziehung mit dem Abg. Bernstein in vollster, sachlichster Uebereinstimmung befinden. (Weiterkeit rechts.)

Es ist nun zum Schluß — ich will Sie nicht länger aufhalten — sehr heftig moniert worden, daß ich das Gesetz als Novelle zum Bürgerlichen Gesetzbuch behandelt habe. Das Bürgerliche Gesetzbuch ist doch noch ein ziemlich junges Produkt des Reichstages und der verbündeten Regierungen. Damals, als man es annahm, war man doch der Meinung, daß es für lange Zeit eine Rechtsnorm für das Rechtsleben des deutschen Volkes sein sollte. Wenn jetzt auf diesem wichtigen Gebiete der Berufsvereinsgesetzgebung eine Abänderung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches, eines so grundlegenden Werkes, von den verbündeten Regierungen vorgezogen wird, so mußten sie selbstverständlich zunächst nach den Grundlagen des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgehen und mühten sich fragen, in welchen Beziehungen es wirtschaftlich gerechtfertigt und politisch zulässig sei, engere Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erweitern, anzuhändern und zu defkarieren. Das ist geschehen. Ich habe es ja vielfach erlebt, daß zunächst Gesetzentwürfe der verbündeten Regierungen in diesem hohen Maße sehr heftig getadelt und als besonders oberflächlich ausgegearbeitet und begründet bezeichnet wurden. Ich habe aber auch immer beobachtet, daß in erster gemeinschaftlicher Arbeit zwischen Regierung und Kommission man sich doch überzeugte, daß die Vorlagen der verbündeten Regierungen recht reichlich bedacht sind und in dem Hauptzweck, den sie verfolgen, auch durchaus das Richtige treffen. ( Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Posthoff (fr. Sp.): Eine Weiterarbeit an diesem Gesetz hat vor allem ein bestimmtes Ziel, weil die ganze Atmosphäre bei uns so viel weniger liberal ist als in England. (Sehr wahr! links.) Vorbedingung eines solchen Gesetzes wäre ein freieres Vereinsrecht, eine Sicherung der Koalitionsfreiheit. Heute steht der gewerkschaftliche Arbeiter unter einem Ausnahmestillschanden; es ist deshalb für ihn ganz etwas anderes, wenn § 31 des B. G. B. auf ihn angewandt wird als wenn dies anderen Staatsbürgern geschieht.

Ich will vor allem auf



## Die Bedeutung dieses Gesetzes für die technischen und kaufmännischen Angestellten

eingehen. Für diese Angestellten bedeutet der § 1 eine wesentliche Verschärfung der Konturenklausel. Einzelne Paragraphen hat Graf Wladimirsky zweifellos falsch ausgelegt. So konnten bisher die Vereine Mitglieder, die außerordentliche Beiträge nicht zahlen wollten, ausschließen; ich glaube aber nicht, daß ihnen das nach diesem Gesetz noch möglich sein wird. Das schlimmste ist, daß bei jeder Unterstützung von Nichtmitgliedern, bei jedem allgemeinen Vortrag, bei jeder Petition den Vereinen die Rechtsfähigkeit von der Verwaltungsbehörde entzogen werden kann. Sehr bedenklich ist auch die völlige Abhängigkeit des Berufsvereins von jedem einzelnen Mitgliede. So kann durch einen einzigen Vertreter jede Aktion in kritischen Momenten unterbunden werden.

Für den Gesetzentwurf mache ich den Staatssekretär nicht verantwortlich; denn er enthält nicht Geist von seinem Geiste. Der Gesetzentwurf ist nicht ein Mittel zur Förderung der Berufsvereine, sondern

### eine Falle,

die zu verleiten, einen Teil ihrer Selbständigkeit aufzugeben. (Weisfall bei der freistimmigen Vereinigung.)

Abg. Korjanty (Pole): Die Berufsvereine in den polnischen Landesteilen haben gegenwärtig bereits sehr unter polizeilichen Schikanen, wie Saalabtreibungen durch die Polizei, zu leiden. Durch den vorliegenden Entwurf werden diese Verhältnisse nicht gebessert, sondern verschlechtert werden. Das Reich sollte die Materie in die Hand nehmen; denn von Preußen ist sicherlich nichts zu erwarten. Leider ist der vorliegende Entwurf ganz von preussischem Geiste eingegeben. Statt der Organisationsfreiheit gerade auch für die staatlichen Arbeiter bringt er liberaler Beschränkungen für die Arbeiter.

Abg. Dr. Deumer (nall.): Herr Posthoff hat mich als den bösen Geist der Nationalliberalen bezeichnet, der im Gegensatz zu dem guten Geist Wassermann den Gesetzentwurf befürwortet werde. Aber auch mir gefällt der Gesetzentwurf nicht mit seinen aus bürokratischem Geist geborenen polizeilichen Bestimmungen. Nicht genügend hervorgehoben ist, daß in dem Gesetz volle Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gewahrt ist. Die Gefahren, die nach der Schilderung des Abg. Regien den Arbeitern drohen, drohen in gleicher Weise den Unternehmern. (Lachen b. d. Sozialdemokr.) Wenn bezüglich der Hauptpflicht der Trade-Unions sich jetzt im englischen Unterhause ein Umschwung zu vollziehen scheint, so verdanken die Trade-Unions das lediglich dem Umstande, daß England einen im kontinentalen Sinne sozialdemokratischen Minister hat, nämlich John Burns. (Abg. Due (Soz.): „Domerwetter!“) Wenn Sie auch „Domerwetter“ sagen, Herr Due, so ist es doch so. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich war persönlich mit John Burns zusammen und er sagte mir, sein Ziel sei nicht, die Arbeiter Schritt für Schritt unzufrieden zu machen, um eine neue Zeit herbeizuführen, sondern er wolle den Trade-Unions den Entschluß des Sozialismus hinzufügen, um auch die ungelerten Arbeiter zu heben. Er geht von der Theorie aus, daß der in seiner Lebenshaltung gehobene Arbeiter geeigneter ist, die Lehren des Sozialismus in sich aufzunehmen, er glaubt, auf diese Weise das gleiche Ziel zu erreichen wie die Sozialisten des Kontinents und gleichzeitig für die Arbeiter besser zu sorgen. Sie sehen also: Ein Sozialdemokrat ganz im kontinentalen Sinne! Nun haben wir in Deutschland noch keinen sozialdemokratischen Minister. (Abg. Dr. Südekum: Leider!) Sie sagen „leider!“ Ich sage: Gott sei Dank! (Heiterkeit. Zuruf rechts: Wie war's mit Dr. Südekum?) Ich weiß nicht, ob das den Wünschen der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion entspreche. (Große Heiterkeit.) — Es ist bisher nur von den Absichten der Gewerkschaften gesprochen worden. Demgegenüber möchte ich betonen, daß sie doch auch manche Schattenseiten haben. (Abg. Due: „Schwarzer dulten wir nicht!“ Heiterkeit.) In den Streik auf „Rote Erde“ sind die Arbeiter durch die Gewerkschaftsführer hineingeführt worden. Es sind falsche Forderungen — später wurden die Fehler als Druckfehler hingestellt — veröffentlicht worden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unwahr!) Ein sozialdemokratischer Führer in Essen hat nach dem „Kathener Volksfreund“ erklärt: Ein Streik, der 14 Wochen dauert und verloren geht, wäre ihm lieber als ein Streik, der nur 14 Tage dauert und verloren geht. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Wer hat das gesagt?) Der christliche Führer hat gesagt: Der Streik auf „Rote Erde“ wäre eine furchtbare Blamage; er war bereits verloren, bevor er anfing, aber trotzdem die Hirsch-Dunderschen so gewissenlos waren, durften die Christlichen nicht zurücktreten, um denen nicht billiges Agitationsmaterial in die Hand zu geben. (Lachen bei den Soz. Zuruf: Alles unrichtig!) Der Führer der Hirsch-Dunderschen schließlich hat gesagt: „Ich wüßte, daß es schwierig ist, in einem so großen Werk zu streiken, aber ich konnte den Arbeitern nicht die Wahrheit sagen, sonst wären sie nicht in den Streik eingetreten.“ (Hört! hört! rechts. Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch wieder nicht wahr! (Heiterkeit rechts.) Weiter rühmt er sich, die Arbeiter in den Kampf gebracht zu haben und erklärt, es sei auch einmal gut, daß die Arbeiter seitens der Arbeitgeber ausgepörrt würden, weil sie dadurch zur Organisation kämen. (Hört! hört! rechts. Abg. Regien: Was ist denn da so Gefährliches dabei?“ Hört! hört! rechts.) Also wenn die Arbeiter unter Verdrehung der Wahrheit in den Streik getreten wären, so findet Herr Regien dabei nichts. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten Wiederholte Zurufe: „Auspörrung!“)

Ich stelle also nochmals fest, daß die Arbeitgeber an diesem Gesetzentwurf gar kein Interesse haben; (Lachen bei den Sozialdemokraten.) ein viel größeres Interesse aber daran, daß den Arbeitern gezeigt wird, mit welchen Mitteln sie in den Streik getrieben werden. Jeder vernünftige Arbeitgeber hat ein Interesse daran, möglichst gute und hochbezahlte Arbeiter zu haben, und das Recht, ohne Kontraktbruch in den Streik einzutreten, wird von seinem vernünftigen Arbeitgeber bestritten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie (zu den Sozialdemokraten) wollen die Gewerkschaften zu einer privilegierten Klasse machen. Die Erfüllung Ihrer Wünsche bedeutete nichts anderes als die staatliche Organisation der Sozialdemokratie. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Soweit sind wir aber Gott sei Dank noch nicht. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Ein Schlußantrag Graf Homprich (B.) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und freistimmigen angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Die Vorlage geht an eine Kommission von 23 Mitgliedern.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr. (Nachtragsetat für Südwest-Afrika.) Schluß 5 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

### Dreesbachs Beisegung.

Mannheim, 27. November. (Telegraphische Meldung.) Die Feuerbestattung des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dreesbach findet Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, statt. Ihr geht um 2 Uhr eine Totenseier im Abbelungenaal voraus.

### Eine freistimmige Verleumdung der Pflaener Sozialdemokratie.

Aus Pflaen i. B. wird uns geschrieben: Durch die bürgerliche Presse geht eine Notiz, wonach die Genossen in Pflaen bei der letzten Stadtverordnetenwahl eine recht auffällige Stellung eingenommen haben sollen. Sie sollen ihre Gesinnung gewechselt und abgeschworen haben, indem sie gegen die Einführung des Schenkenswahlrechts keine Stellung genommen haben. „Wie“, so rufen namentlich freistimmige Blätter patetisch aus, „will die Sozialdemokratie das preussische und das sächsische Dreiklassenwahlrecht zum Landtage noch wirksam bekämpfen, wenn sie eine solche, mehr als fragwürdige Haltung gegenüber dem jetzt geplanten Wahlrechtsraub einnimmt? Danach sind die dortigen Sozialdemokraten bereit, sich unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Schenkenswahlrecht einverstanden zu erklären und die angebotenen sechs Sitze anzunehmen, also für

das Pflaengericht der sechs Klassen Mandate das demokratische Prinzip zu verkaufen! Die Pflaener Sozialdemokraten haben jede Agitation gegen das geplante Schenkenswahlrecht eingestellt. Weil gewisse sozialdemokratische Herren, welche durchaus keine Arbeiter sind, gern ins Pflaener Rathaus einzziehen möchten, geben sie das bestehende Wählerwahlrecht preis und weisen das Schenkenswahlrecht nicht zurück.“

Mit welcher Unberücksichtigung die bürgerliche Presse liegen in die Welt streut, sieht man aus diesem Erguß. Kein Wort davon entspricht den wirklichen Tatsachen.

Als uns bekannt wurde, daß das Wahlrecht nach Chemniger Art geändert werden soll — dies war im August — haben wir in zwei Artikeln im „Sächsischen Volksblatt“ uns strikte dagegen erklärt und den freistimmigen öffentlich aufgefodert, auch seine Stellung dazu zu präzisieren. Der Mann aber hat geschwiegen. Als das neue Wahlgesetz bekanntgegeben wurde, haben wir in einer Artikelserie unsere Gegenmeinung klipp und klar geäußert; außerdem noch in einem Leitartikel und in einer Anzahl Notizen. Des weiteren haben zwei Versammlungen stattgefunden, die letzte zwei Tage vor der Wahl; in beiden Versammlungen haben sich die Genossen einstimmig gegen das Verfassungswahlrecht erklärt.

Und da besingt man die Dreistigkeit und erklärt, die hiesigen Genossen hätten sich mit dem Wahlrechtsraub einverstanden erklärt, sie hätten keine Stellung dazu genommen.

Man hoffe aber, die Genossen würden erklären, daß sie sich beim Verfassungswahlrecht überhaupt nicht an der Wahl beteiligen würden. Den Gefallen haben wir allerdings den Gegnern nicht getan, sondern erklärt, wenn man glaube, durch den Wahlrechtsraub und die Beteiligung zu berechnen, so irre man sich; wir würden uns auch dann an der Wahl beteiligen genau wie in anderen Orten und wie an den Landtagswahlen. Wir würden aber im und außerhalb des Rathauses unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht Nachdruck geben.

Der Schwundel geht von der freistimmigen „Dittauer Morgenzeitung“ aus und wird begierig weiter verbreitet. Das freistimmige Blatt hatte auch allen Grund, auf uns erbozt zu sein, haben wir doch die Haltung des freistimmigen Generalissimus in Sachen, des Landtagsabgeordneten und Stadtverordneten Oskar Günther, die dieser gegen die Pflaener Arbeiter einnimmt, richtig gekennzeichnet. Der Mann erklärte in öffentlicher Versammlung, — nur seine Anhänger waren da — wenn das Verfassungswahlrecht eingeführt wird, bekomme man Sozialdemokraten ins Parlament, aber keine Arbeiter; er habe sich schon jahrelang bemüht, Arbeiter auf die Kandidatenliste zu bekommen, aber es gebe in Pflaen keine Arbeiter, die so viel Zeit übrig haben, um ein Mandat ausüben zu können. Die auf der Liste der Sozialdemokraten aufgeführten Kandidaten sind keine Arbeiter, sondern Lagerhalter, Büfettiers, Kontrolleure usw. Herr Günther ging noch weiter und erklärte, es liege gar kein Anlaß vor, den Sozialdemokraten jetzt schon Sitze einzuräumen, die sozialdemokratische Gefahr sei zurzeit noch nicht so groß, daß man das Wahlrecht ändern müsse; die Sozialdemokraten würden sich an der Verfassungswahl aus Prinzip nicht beteiligen.

Der freistimmige hält es also für ganz berechtigt, das Wahlrecht zu verächtlichen, wenn eine sozialdemokratische Gefahr droht. Und ein solcher Freiheitsheld läßt durch sein Organ die Stellung der Sozialdemokratie zum Wahlrecht verdächtigen. Armer Freistimm, der über solche Vertreter verfügt!

### Von der Parteibewegung im Reichslande.

Nürtingen tagte in Straßburg i. E. die Generalversammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins Straßburg. Dazu gehören die Reichstagswahlkreise Colmar-Münster, Rappoldweiler, Markkirch, Schlettstadt-Barr, Kolshausen-Erstein, Straßburg-Stadt, Straßburg-Land, Zabern und Hagenau-Weihenburg. Alle Kreise waren durch Delegierte vertreten. Die Organisation der Partei im Reichslande ist noch neu. Jahrelang wurde eine einseitige, straffe, zentralisierte Organisation durch den bekannten Diktaturparagraphen verhindert und das alte reaktionäre französische Vereinsgesetz sah für Vereine mit über 20 Personen die Genehmigung der Regierung vor. Unter diesen Verhältnissen bildeten die reichslandlichen Parteigenossen Klubs bis zu 20 Mitgliedern, in denen sich das Parteileben abspielte. Eine großzügige Agitation ließ sich mit diesen kleinen zersplitterten Organisationen natürlich nicht führen.

Als dann nach dem Fall des Diktaturparagraphen das Reichsland ein neues Vereins- und Versammlungsrecht, wenn auch nach reaktionärem Muster, bekam, machten sich unsere Genossen daran, eine zentrale Organisation zu schaffen. Sie bildeten einen sich über das ganze Land erstreckenden Verein, der in die Bezirksvereine Straßburg (Untereisach mit einem Teil des Oberreisach), Mühlhausen (Oberreisach) und Mey (Lothringen) zerfällt. Die Organisation gliedert sich weiter in Wahlkreisevereine und örtliche Mitgliedschaften. In organisatorischer Beziehung steht die Partei also noch am Anfang der Entwicklung. Und auf die neuen ungewohnten Formen sind auch die bisherigen nicht allzu großen organisatorischen Erfolge zurückzuführen. Nach dem Geschäftsbericht des Vorstandes beträgt die Zahl der im ganzen Bezirk Straßburg organisierten Parteigenossen 1720, davon zählt der Wahlkreisverein Straßburg 770. Jedoch fehlen aus einigen Orten Angaben über die Organisationsverhältnisse, und man kann wohl mit insgesamt rund 2000 Mitgliedern rechnen. Die Einnahmen seit Bestehen des Vereins vom 1. September 1905 bis 1. September 1906 betragen inklusive der Zuschüsse des Parteivorstandes 4002,42 M., die Ausgaben 2788,14 M. Mittlerweile aber haben die letzten Bezirkstagswahlen eine weitere Ausgabe von 224,35 M. verursacht. Zur schriftlichen Agitation wurden im Geschäftsjahre zwei Flugblätter und ein Flugblatt über die neuen Steuern verbreitet. In die Landbevölkerung wurde ein agitatorisch wirkender Volkskalender in einer Auflage von 9000 Stück hineingetragen. Die Generalversammlung lehnte eine Erhöhung des Beitrages, die der Vorstand mit Rücksicht auf die nächsten Reichstagswahlen beantragte, ab. Sie beschloß aber, beim Parteivorstand die Anstellung eines Parteisekretärs für den Bezirk Untereisach zu beantragen. Durch eine Resolution wurden die Parteigenossen der einzelnen Kreise verpflichtet, ungefährnt an die Aufstellung der Reichstagskandidaturen zu gehen.

### Von den Organisationen.

Der Wahlkreis Duisburg-Mülheim-Oberhausen hielt am vorigen Sonntag in Oberhausen seine turnusmäßige halbjährliche Konferenz ab, die von sämtlichen 19 der Parteioffiziation angeschlossenen Orten besetzt war. 53 Delegierte und 4 sonstige Parteifunktionäre waren anwesend. Dem Berichte des Kreisvertrauensmannes ist zu entnehmen, daß die Entwicklung des Parteilebens eine gesunde ist. Gegen das letzte Halbjahr ist die Zahl der organisierten Genossen von 2377 auf 2654 gestiegen, womit dieser eine vollständig internationale Arbeiterpartei einschließende Mienen-Wahlkreis in bezug auf die Zahl der Organisierten an die Spitze des aus 15 Wahlkreisen bestehenden Niederrheinischen Agitationsbezirks tritt. Freilich entspricht die Zahl der Organisierten noch nicht der Anzahl der bergwerkstätigen Angeschlossenen, sind doch allein circa 8000 Bergarbeiter und circa 4000 andere Gewerkschaftler in unseren Verbänden organisiert. Unablässige Agitation ist deshalb vomnöten. Die Pflaener Resolution bezüglich der Zusammengehörigkeit von Partei und Gewerkschaft ist sofort verurteilt in die Tat umzusetzen, indem die Gewerkschaften 12 000 statistische Fragebogen ausgegeben sind, um festzustellen, wie es mit der Parteizugehörigkeit und der Arbeiterpresse bei den Gewerkschaften bestellt ist. Dabei hat sich das beäufende Bild gezeigt, daß die Gewerkschaft-Organisation in Duisburg die Fragebogen abgelehnt hat. Die Mitteilung rief allseitigen Unwillen hervor. Mit welchem Hochdruck Behörden und Unternehmer

im Kreise arbeiten, läßt sich erweisen an der Tatsache, daß von 19 der Parteioffiziation angeschlossenen Orten nur 7 in der Lage sind, Versammlungen abzuhalten. Die eifrigste Kampfesweise der sogenannten „Christen“ zeigt darin ihren Höhepunkt, daß diese auch Gewerkschaftler überall dort, wo unsere Genossen durch Bonlots von Vorkämpfen, nun ihrerseits die Parole ausgehen, die hantollierten Lokale zu unterstützen! Man sollte es nicht für möglich halten, daß diese Vorkämpfer es noch wagen, sich als organisierte Arbeiter auszugeben. Und doch haben diese „Gelben“ noch erheblichen Einfluß, steht hinter ihnen doch die Kaplanokratie und das Schmarbachtum mit seinem Heer von Kuppelern. In Sterkrade hat es ein Polizeikommissar fertig bekommen, zu einem Wirte zu sagen: „Falls er die rote Gesellschaft noch länger beherrschte, werde man ihn so lange zwiebeln, bis ihm die weitere Lust dazu vergeht.“ — Zur Agitation ist zu bemerken, daß im verflochtenen Halbjahre 15 öffentliche Volksversammlungen abgehalten und 92 000 Flugblätter verbreitet sind. Bei den Gemeinderatswahlen sind fünf neue Sitze erobert. Allein 21 Kandidaten sind im letzten Halbjahre gegen die Partei angestrengt, nämlich sechs wegen Bonlots, sechs wegen Flugblattverbreitung, vier wegen roter Kränzchen, zwei wegen Verstößen gegen die Verkommensverordnung und je eine wegen Verleumdung, Verkauf von Druckschriften und wegen Veranstaltung eines angeblich öffentlichen Umzuges. Wätschen dieser Fälle sind noch nicht erledigt. So war in Mülheim ein Genosse wegen einer roten Kränzchen angeklagt. Die Beweisaufnahme ergab aber, daß der Angeklagte gar keine rote, sondern eine weiße Schleife am Kragen gehabt hatte, worauf natürlich Freisprechung erfolgte. Dennoch legte der Amtsanwalt Verurteilung ein! Die Sache schwebt noch. In einem anderen Falle, ebenfalls vor dem Mülheimer Schöffengericht, hatten sich drei Genossen wegen öffentlicher Flugblattverbreitung zu verantworten. Zwar konnte ihnen das niemand nachweisen, auch der Polizist Nidel nicht. Dennoch ward die Verhandlung ausgesetzt und dem Nidel aufgegeben, zu recherchieren, ob die Angeklagten nicht irgendwo ein Flugblatt öffentlich abgegeben hätten. In der zweiten Verhandlung konnte Nidel nun auch noch keinen Beweis bringen, aber er hatte doch eine alte Frauensperson aufgefodert, die im Fensterbrett von der Straßenseite aus ein Flugblatt hineingelegt bekommen hat. Und obwohl die Frau die Angeklagten nicht gesehen, es also gar nicht feststeht, wie das Flugblatt ins Fenster gekommen ist, beantragte dennoch der Amtsanwalt abermalige Verurteilung des Termins, um noch weitere Recherchen anstellen lassen zu können! Ist hier eigentlich noch eine Steigerung möglich? — Der Punkt „Presse“ zeigte gleichfalls eine erfreuliche Entwicklung. Im 244. Abkommen hat sich seit der am 1. Oktober erfolgten Einführung eines Kopfblasses der Abkommenstand des Parteiorgans im Kreise vermehrt. Im ersten Monat des Bestehens weist die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ ein Plus von 639,74 M. auf. Natürlich wurden allerlei Wünsche bezüglich der Presse laut. Die Genossen wünschen dringend, daß das neue Kopfblass recht bald zu einem eigenen Parteiorgan des Wahlkreises ausgebaut werde. — Für den preussischen Landesparteitag in Berlin wurden zwei Delegierte gewählt.

## Der Streik der römischen Trambahner.

Rom, 25. November. (Fig. Ver.)

Mit einzigartigem Unverstand hat die hiesige Polizei im Verein mit der Trambahngesellschaft gerade zur Feiertage der Ankunft des Königs von Griechenland einen Trambahnerstreik heraufbeschworen. Nachdem die Erfahrung gezeigt hatte, daß die Trambahner nicht gewillt waren, die Anlernung von städtischen Schulkindern für fünfjährige Streifbrennerdienste zu dulden, hat die Polizeidirektion die Strenge gehabt, Polizisten zum Anlernen zu schicken. Zwei Mal haben im vorigen August die Trambahner gestreikt, um das Anlernen der Schulleute zu verhindern und es war damals mühsam zwischen Personal und Stadtrat der folgende modus vivendi vereinbart worden: Die Trambahner erklären sich bereit, die Anlernung der Schulleute zu dulden, und der Stadtrat verpflichtet sich, diese Schulleute nie der Trambahngesellschaft zur Verfügung zu stellen, sondern im Streitfall den Trambahner auf den wichtigsten Linien in eigener Regie aufrecht zu erhalten und der Trambahngesellschaft in diesem Fall nur die verbrauchte elektrische Kraft zu bezahlen, muß aber Zinsen und Amortisationsquote für das in den Linien und dem rollenden Material investierte Kapital leisten.

Die Behörden waren also gewarnt: von Streikbrecherdresur wollte das Personal nichts wissen. Trotzdem delud man gestern einen Schulwagen mit Polizisten — die nicht von der Stadt, sondern von der Regierung abhängen — und läßt sie ganz vergnügt unterrichten. Raum war diese dreiste Provokation konstatiert — gegen ein Uhr nachmittags — so wurde von allen Endpunkten die Parole ausgegeben: alle Wagen ins Depot. Auch die Autos der von derselben Gesellschaft abhängenden Omnibusse wurden sofort informiert. Um 3 Uhr war kein Trambahnwagen und kein Omnibus mehr zu sehen. Mit erstaunlicher Schnelligkeit und Disziplin war die Niederlegung der Arbeit durchgeführt, ehe das Publikum auch nur begriffen hatte, worum es sich handelte.

Die Präsektur und die Polizeidirektion haben sich bereit, die unzweifelhaft festgestellte Tatsache der Anlernung von Polizisten zu leugnen. Sie lassen in den offiziellen und offiziellen Blättern veröffentlicht, daß es sich um frühere Polizisten handle, die in den Dienst der Trambahngesellschaft einzutreten gedenken. Leider glaubt ihnen kein Mensch, da die „früheren“ Polizisten noch am Vorabend des Streiks in Uniform gesehen worden sind.

Die Trambahner haben, wie wir bereits telegraphisch meldeten, die Fortführung des Streiks und die Anstellung folgender Forderungen beschlossen: 1. Vertretung ihrer Gewerkschaft in der Kommission, die über die Annahme der Aspiranten zu beschließen hat. 2. Festsetzung eines festen Lohnes für das Hilfspersonal. Die erste Forderung ist von dem Personal in Genua bereits durchgesetzt worden; durch sie wird bezweckt, daß die Tramgesellschaft nicht Polizisten, Carabinieri usw. als Aspiranten ausgeben und anlernen läßt und daß überhaupt die Gesellschaft nicht eine unbegrenzte Anzahl von Personen anlernen lassen kann, um sich ihrer als einer „industriellen Reservearmee“ zu bedienen. Natürlich sind die Unternehmer nicht zum Nachgeben aufgelegt. Sie wollen „Derren im eigenen Hause“ sein und haben keine Lust, der Gewerkschaft, die ihnen ein Dorn im Auge ist, neue Befugnisse einzuräumen.

## Versammlungen.

Die Anwendung der Bauarbeiter-Schutzbestimmungen im Huzergewerbe.

Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag in „Rebers Festhällen“ vor einer stark besuchten Versammlung der organisierten Arbeiter deren Sektionsleiter Reumann. Redner kritisierte zunächst die Weigerung der Regierung, Arbeiterkontrollen zur Beaufsichtigung der Bauten hinzuzuziehen. Es sei dies ein schlagender Beweis dafür, daß in Regierungskreisen den Wünschen und Interessen der Unternehmern und der Verunglückten ungleich mehr Rechnung getragen werde, wie den auch noch so berechtigten Forderungen der Arbeiter. Die polizeilichen Bauarbeiter-Schutzvorschriften fänden wie fast überall, so auch in Berlin zu Hauptfache nur auf dem Papier. In der Praxis kämen sie nur teilweise zur Ausführung. Was speziell den Puberberuf anlangt, so sei wohl hinsichtlich der Verhältnisse an den Straßenfronten eine Veränderung zum Besseren eingetreten, dagegen werden auf den Höfen und an den Hinterassaden noch dieselben Zustände angetroffen, wie vor 15 und 20 Jahren. Es werde hier teilweise in ganz unverantwortlicher Weise drauf los gewirtschaftet, ohne Rücksicht auf Leben und



**Sundheit der Arbeiter.** In den allerersten Fällen nur findet eine Annäherung der Schutzbarrrieren statt, und die Abdeckung unter der Rüstung ist meistens derartig mangelhaft, daß die Arbeiter fast wie auf den Stößen eines Vogelbauers stehen müssen. Eine Anlehnung an die Barrieren im Falle des Ausgleitens ist daher für gewöhnlich einfach unmöglich, weil die ungenagelten Laten und Bretter nachgeben und daher keinen Schutz vor dem Absturz gewähren. Nur der großen Gewöhnung der Arbeiter an die Tätigkeit in luftiger Höhe ist es zuzuschreiben, daß nicht noch mehr Unfälle durch Absturz zu verzeichnen sind, als wie gegenwärtig schon vorkommen. Stürzt jedoch ein Arbeiter, so findet er unter sich meistens keinen Halt mehr wegen der mangelhaften Abdeckung der unteren Etagen; rettungslos fällt er von der Dachrüstung bis zum Keller hinab, wobei er sich durch das mehrfache Aufschlagen auf die undichten und lückenhaften „Schutzbekügelungen“ in der Regel schon während des Falles die schwersten Verletzungen zuzieht. Eine arge Vernachlässigung ist auch bezüglich der Einrichtungen in den Baubuden zu konstatieren. So wurde bei einer am 7. November vorgenommenen Baueinzelkontrolle der Puffer festgestellt, daß von 204 kontrollierten Bauten nur auf 173 verglaste Baubuden vorhanden waren. Bei den übrigen hatten Wind und Wetter durch die offenen Fensterlöcher ungehinderten Durchzug. In 49 Baubuden gab es auch keine Öfen, so daß die Arbeiter an Regentagen keine Gelegenheit zum Trocknen ihrer Kleider hatten, sondern in durchnäßigtem Zeug den ganzen Tag auf der zugigen Rüstung stehen mußten. Hieraus erklärt sich denn auch die verhältnismäßig hohe Krankenziffer der an Rheumatismus und Lungenleiden erkrankten Berufskollegen. Während von den Krankenunterstützungsberechtigten Mitgliedern im Vorjahre 241 mit 8577 Krankentagen gemeldet waren, erhöhte sich deren Zahl in den drei Quartalen dieses Jahres bereits auf 269 mit 8915 Krankentagen. Aus alledem ergibt sich die dringende Notwendigkeit eines vermehrten Bauarbeiter-Schutzes unter sachverständiger Kontrolle. Redner erwähnte dann zum Schluß die Anwendung unter allen Umständen die für die Wintermonate festgesetzte verkürzte Arbeitszeit innewahalten und derwarnte gleichzeitig die Innepuffer, nicht mehr „Lampenarbeit“ zu verrichten, als unbedingt notwendig sei.

Nach Beendigung der Diskussion, die sich durchaus im Rahmen und im Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten hielt, gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „In Erwägung, daß die Bauarbeiter-Schutzbestimmungen, soweit solche vorhanden sind, nur als auf dem Papier stehende bezeichnet werden müssen, indem die staatlichen und beruflichen Aufsichtsorgane nichts zu deren Durchführung unternehmen, in weiterer Erwägung, daß durch das Fehlen der zugreifen-gehaltigen Baubuden in der kalten und nassen Jahreszeit den verheerenden Krankheiten, wie Rheumatismus und Erkrankungen der Luftröhre und Atmungsorgane der größte Vorschub geleistet wird, verpflichten sich die hier Versammelten, mit aller Energie dafür einzutreten, daß auf allen denjenigen Bauten, wo diese minimale aber notwendige Forderung (zugfreie, geheizte Bude) nicht erfüllt ist, so lange die Arbeit ruht, bis eine den hygienischen Ansprüchen genügende Bude hergestellt ist.“

In weiterer Erwägung, daß nur durch eine straffe, alle Berufs-Kollegen umfassende Organisation es möglich ist, den allgemein anerkannten Forderungen der Bauarbeiter-Schutz-Kommission Geltung zu verschaffen, sowie die noch im Verzuge befindlichen Richtigungen, wie Hebearbeit und Lampenarbeit usw. zu beseitigen, verpflichten sich die Anwesenden, dafür einzutreten, daß alle in Berlin und Umgegend beschäftigten Puffer, soweit dies noch nicht geschehen ist, dem Zentralverband der Maurer, Sektoren der Puffer, beitreten, um so geschlossener, alle für einen und einer für alle, bessere Zustände auf den Arbeitsplätzen herbeizuführen.“

**Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Uniform-Lieferungs-schneider** wurden am Sonnabend in einer vom Schneiderverband für diese Branche einberufenen Versammlung besprochen. Der Referent Künze führte unter anderem aus: Die Lieferungs-schneider sei für die Uniformbranche dasjenige, was auf dem Gebiete der Herrenbekleidung die Konfektion ist. Hier wie dort herrschen Arbeitsverhältnisse, die nicht als befriedigend bezeichnet werden können. Einerseits die Überfüllung des Arbeitsmarktes mit Kollegen, die in anderen Branchen der Schneiderei zeitweise beschäftigungslos sind, andererseits aber auch der Indifferentismus der betreffenden Arbeiter selbst, tragen die Schuld daran, daß trotz der enorm gesteigerten Lebensmittelpreise die Löhne der Lieferungs-schneider in den letzten Jahren nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar gesunken sind. Eines der bedeutendsten Geschäfte dieser Branche, die Firma Edward Sachs, beschäftigt 60 Zwischenmeister mit 500 Heimarbeitern. Während die letzteren in der Woche 18 bis 20 Mk. verdienen, erzielen Zwischenmeister Gewinne von 400 Mk. pro Woche. Ein Zwischenmeister verdiene sogar 800 Mk. in der Woche. — Die Firma Jacqel, welche die Dienstkleidung für die Angehörigen der Sitzbahnen liefert, gebe ebenfalls Anlaß zu diesen Klagen. Der Arbeitslohn für einen Mantel sei von 4 auf 3,50 Mk. herabgesetzt und von dem 1,25 Mk. betragenden Arbeitslohn für eine Hose seien 25 Pf. abgezogen worden. Die Kontrollen würden mit 7 Mk. pro Stück entlohnt, davon könne ein gewisser Schneider mit Hilfe seiner Frau vier Stück in der Woche anfertigen. Änderungen nach der Artprobe müsse der Arbeiter ohne jede Entschädigung machen. — Auch in staatlichen Werkstätten herrschen Verhältnisse, die der Besserung dringend bedürfen. Die Postverwaltung unterhalte in der Artilleriestraße eine Betriebswerkstatt, die den hygienischen Anforderungen nicht entspreche. Durch den Arbeitsraum gehe ein Mofetrohr, welches üble Gerüche verbreite. Ein Luftschacht führe Staubdunst und Zugluft in die Werkstatt. Einige Läder seien mit Lumpen verstopft. Die in der Postwerkstatt beschäftigten Schneider erhalten einen Monatslohn von 90 Mk., die Kolonnen müssen die Arbeiter selbst kaufen, auch das Reinigen der Werkstatt habe ihnen ob. — Weiter führte der Redner aus, daß auch das Polizeipräsidium eine Reparaturwerkstatt für Schutzmansuniformen unterhalte. Für die daselbst beschäftigten Schneider würden keine Versicherungsbeiträge bezahlt. Das Polizeipräsidium habe deswegen einen Rechtsstreit durchgeführt und ein Urteil erlangt, wonach die in der Reparaturwerkstatt beschäftigten Schneider nicht versicherungspflichtig seien. Der Lohn der Polizeischneider sei auf derselben Höhe wie der Lohn in der Postwerkstatt. — Am Schluß seiner Ausführungen legte der Redner den Anwesenden dar, daß eine Besserung der Verhältnisse nur zu erwarten sei, wenn die in Frage kommenden Kollegen sich der Organisation anschließen. — In demselben Sinne bewegte sich die Diskussion.

**Die Organisation der Schlächtergesellen** nahm am Mittwoch in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die in den „Gandwörterkafé“ stattfand, Stellung zu den bevorstehenden Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Berliner Fleischer. Vom Referenten Hensel wurde besonders auf die unter der Hand vorgenommenen Quertreibereien der sogenannten „meistertreuen“ Gesellenvereine hingewiesen, die mit Unterstützung der Innungsgrößen jetzt emsig bestrebt sind, einen dominierenden Einfluß in der Kasse zu gewinnen. Die Versammlung war damit einverstanden, daß die Delegiertenliste des Verbandes erst am Wahltage, den 20. November, herausgegeben werde, um so einer vorzeitigen Maßregelung der aufgestellten Kandidaten nach Möglichkeit vorzubeugen. Hinsichtlich des Innungsarbeitsnachweises wurden die früheren Forderungen wiederholt, wonach die Gesellen in erster Linie die Unentgeltlichkeit der Arbeitsvermittlung verlangen und des weiteren fordern, daß Schlächtergesellen nur für das Gewerbe, nicht aber als Arbeiter oder gar Arbeitswillige für andere Berufe vermittelt werden.

**Der Zentralverband der Spaltbauer, Pappschneider usw.** beschäftigte sich in seiner letzten regelmäßigen Mitgliedserversammlung hauptsächlich mit der Einführung der Hausflasterung, sowie mit dem von dem Bau- und Erdarbeiterverband, Sektion der Dachdeckerhülfsarbeiter, aufgestellten Lohnstarif für 1907. Von vielen Rednern wurde das einseitige Vorgehen der Dachdeckerhülfsarbeiter bemängelt. Sie waren der Meinung, daß bei Ausarbeitung eines

Lohnstarifes es zweckmäßiger war, die am meisten in Betracht kommenden Gewerkschaften rechtzeitig davon in Kenntnis zu setzen, um eine gemeinschaftliche Ausarbeitung eines Lohnstarifes zu vollziehen. Aus der Versammlung wurden allgemeine Entrüstungs-rufe laut, als bekannt wurde, daß trotz Beschlusses des fünften Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands und des gegenseitigen Abkommens zwischen dem Bau- und Erdarbeiterverband und dem Spaltbauer- und Pappschneiderverband die Sektion der Dachdeckerhülfsarbeiter versucht, aus den Reihen der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften Mitglieder zu erwerben. Einstimmig ist die Versammlung der Meinung, daß durch das Vorgehen der Dachdeckerhülfsarbeiter unter den organisierten Kollegen Zwiespalt entstehen würde und diese Art Agitation unter allen Umständen zu verwerfen wäre. Beschlüsse wurde noch, mit der Lohnkommission der Dachdeckerhülfsarbeiter wegen des Lohnstarifes für 1907 eine gemeinschaftliche Aussprache herbeizuführen. Die Hausflasterung wurde einstimmig angenommen; es meldeten sich sofort zehn Kollegen, die den Posten als Hausflasterer übernehmen wollen.

**Lehr- und Distriktsklub „Wotteler“** legt am Mittwoch, den 23. d., bei Unbehagen, Stolpischstr. 61.

### Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Gandwörterkafé), Durchgang aus Lindenstr. 101, wochentäglich von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Ratgeber ist ein Fachmann und eine Zahl aus Werkscheide beizugeben. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**C. G. A. Rein. — H. B. 37.** Sie mühten erst Sühntermin vornehmen, dann auf Wiederherstellung des früheren Lebens klagen. — **H. A. 21.** Ja. Ist aber nicht in Benutzung. — **Gertrud 9. Ja.** — **K. Schatter.** Eine Klage auf Unterlassung der Aufhebung ist an sich zulässig, hat aber leider wenig Aussicht auf Erfolg, weil der Richter annehmen wird, derartige Arbeiten seien ortsüblich. — **H. B. 505.** Fundenverbindung ist möglich. Darüber, ob das Abhängen durch Dritte erfolgreich verhindert werden kann, streiten sich die Interessenten. — **H. B. 56.** In der Regel: ja. — **H. 650.** Rein. — **Alimente 11. Ja.** Die Veränderung tritt in 30 Jahren ein. — **D. 1.** Sie mühten die einbehaltene Sache ohne Heiligung aufbewahren, dürfen sie nicht verkaufen, sondern können nur Ihre Forderung eintragen und dann Pfändung in die einbehaltene Sache vornehmen lassen. — **H. B. 1.** und **2.** Die von Ihnen gewünschte Form genügt nicht. Mitteilung und Beispiele für ein Testament, wie Sie es wünschen, finden Sie Seite 238 Nr. 55 und 56 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **H. A. 23.** 1. Ja. 2. und 3. Nein. Auf Grund eines nur mündlichen Lehrvertrages kann nicht auf Schadenersatz geklagt werden. 4. Eine Bescheinigung können Sie aus dem oben angeführten Grunde nicht erzwingen. — **H. B. 100.** 1. Nein, Sie können nur bei Gericht darauf klagen, daß es Ihnen gestattet wird, getrennt zu leben. 2. Der für schuldig erklärte Ehemann hat für den Unterhalt seiner Frau zu sorgen. — **Wenz 10.** Der Vermöller ist im Recht, die Meidsteuer wird für die Zeit von Januar zu Januar erhoben, daher müssen Sie auch für Oktober bis Januar zahlen. — **H. B. 1906.** 1. und 2. Ja. 3. Leider ist die Möglichkeit, die Kinder vom Religionsunterricht zu befreien, nicht vorhanden. 4. Ein Alter ist unseres Wissens nicht vorgeschrieben. — **H. B. 100.** 1. und 2. Ja. 3. Ja. 4. Ja. 5. Ja. 6. Ja. 7. Ja. 8. Ja. 9. Ja. 10. Ja. 11. Ja. 12. Ja. 13. Ja. 14. Ja. 15. Ja. 16. Ja. 17. Ja. 18. Ja. 19. Ja. 20. Ja. 21. Ja. 22. Ja. 23. Ja. 24. Ja. 25. Ja. 26. Ja. 27. Ja. 28. Ja. 29. Ja. 30. Ja. 31. Ja. 32. Ja. 33. Ja. 34. Ja. 35. Ja. 36. Ja. 37. Ja. 38. Ja. 39. Ja. 40. Ja. 41. Ja. 42. Ja. 43. Ja. 44. Ja. 45. Ja. 46. Ja. 47. Ja. 48. Ja. 49. Ja. 50. Ja. 51. Ja. 52. Ja. 53. Ja. 54. Ja. 55. Ja. 56. Ja. 57. Ja. 58. Ja. 59. Ja. 60. Ja. 61. Ja. 62. Ja. 63. Ja. 64. Ja. 65. Ja. 66. Ja. 67. Ja. 68. Ja. 69. Ja. 70. Ja. 71. Ja. 72. Ja. 73. Ja. 74. Ja. 75. Ja. 76. Ja. 77. Ja. 78. Ja. 79. Ja. 80. Ja. 81. Ja. 82. Ja. 83. Ja. 84. Ja. 85. Ja. 86. Ja. 87. Ja. 88. Ja. 89. Ja. 90. Ja. 91. Ja. 92. Ja. 93. Ja. 94. Ja. 95. Ja. 96. Ja. 97. Ja. 98. Ja. 99. Ja. 100. Ja. 101. Ja. 102. Ja. 103. Ja. 104. Ja. 105. Ja. 106. Ja. 107. Ja. 108. Ja. 109. Ja. 110. Ja. 111. Ja. 112. Ja. 113. Ja. 114. Ja. 115. Ja. 116. Ja. 117. Ja. 118. Ja. 119. Ja. 120. Ja. 121. Ja. 122. Ja. 123. Ja. 124. Ja. 125. Ja. 126. Ja. 127. Ja. 128. Ja. 129. Ja. 130. Ja. 131. Ja. 132. Ja. 133. Ja. 134. Ja. 135. Ja. 136. Ja. 137. Ja. 138. Ja. 139. Ja. 140. Ja. 141. Ja. 142. Ja. 143. Ja. 144. Ja. 145. Ja. 146. Ja. 147. Ja. 148. Ja. 149. Ja. 150. Ja. 151. Ja. 152. Ja. 153. Ja. 154. Ja. 155. Ja. 156. Ja. 157. Ja. 158. Ja. 159. Ja. 160. Ja. 161. Ja. 162. Ja. 163. Ja. 164. Ja. 165. Ja. 166. Ja. 167. Ja. 168. Ja. 169. Ja. 170. Ja. 171. Ja. 172. Ja. 173. Ja. 174. Ja. 175. Ja. 176. Ja. 177. Ja. 178. Ja. 179. Ja. 180. Ja. 181. Ja. 182. Ja. 183. Ja. 184. Ja. 185. Ja. 186. Ja. 187. Ja. 188. Ja. 189. Ja. 190. Ja. 191. Ja. 192. Ja. 193. Ja. 194. Ja. 195. Ja. 196. Ja. 197. Ja. 198. Ja. 199. Ja. 200. Ja. 201. Ja. 202. Ja. 203. Ja. 204. Ja. 205. Ja. 206. Ja. 207. Ja. 208. Ja. 209. Ja. 210. Ja. 211. Ja. 212. Ja. 213. Ja. 214. Ja. 215. Ja. 216. Ja. 217. Ja. 218. Ja. 219. Ja. 220. Ja. 221. Ja. 222. Ja. 223. Ja. 224. Ja. 225. Ja. 226. Ja. 227. Ja. 228. Ja. 229. Ja. 230. Ja. 231. Ja. 232. Ja. 233. Ja. 234. Ja. 235. Ja. 236. Ja. 237. Ja. 238. Ja. 239. Ja. 240. Ja. 241. Ja. 242. Ja. 243. Ja. 244. Ja. 245. Ja. 246. Ja. 247. Ja. 248. Ja. 249. Ja. 250. Ja. 251. Ja. 252. Ja. 253. Ja. 254. Ja. 255. Ja. 256. Ja. 257. Ja. 258. Ja. 259. Ja. 260. Ja. 261. Ja. 262. Ja. 263. Ja. 264. Ja. 265. Ja. 266. Ja. 267. Ja. 268. Ja. 269. Ja. 270. Ja. 271. Ja. 272. Ja. 273. Ja. 274. Ja. 275. Ja. 276. Ja. 277. Ja. 278. Ja. 279. Ja. 280. Ja. 281. Ja. 282. Ja. 283. Ja. 284. Ja. 285. Ja. 286. Ja. 287. Ja. 288. Ja. 289. Ja. 290. Ja. 291. Ja. 292. Ja. 293. Ja. 294. Ja. 295. Ja. 296. Ja. 297. Ja. 298. Ja. 299. Ja. 300. Ja. 301. Ja. 302. Ja. 303. Ja. 304. Ja. 305. Ja. 306. Ja. 307. Ja. 308. Ja. 309. Ja. 310. Ja. 311. Ja. 312. Ja. 313. Ja. 314. Ja. 315. Ja. 316. Ja. 317. Ja. 318. Ja. 319. Ja. 320. Ja. 321. Ja. 322. Ja. 323. Ja. 324. Ja. 325. Ja. 326. Ja. 327. Ja. 328. Ja. 329. Ja. 330. Ja. 331. Ja. 332. Ja. 333. Ja. 334. Ja. 335. Ja. 336. Ja. 337. Ja. 338. Ja. 339. Ja. 340. Ja. 341. Ja. 342. Ja. 343. Ja. 344. Ja. 345. Ja. 346. Ja. 347. Ja. 348. Ja. 349. Ja. 350. Ja. 351. Ja. 352. Ja. 353. Ja. 354. Ja. 355. Ja. 356. Ja. 357. Ja. 358. Ja. 359. Ja. 360. Ja. 361. Ja. 362. Ja. 363. Ja. 364. Ja. 365. Ja. 366. Ja. 367. Ja. 368. Ja. 369. Ja. 370. Ja. 371. Ja. 372. Ja. 373. Ja. 374. Ja. 375. Ja. 376. Ja. 377. Ja. 378. Ja. 379. Ja. 380. Ja. 381. Ja. 382. Ja. 383. Ja. 384. Ja. 385. Ja. 386. Ja. 387. Ja. 388. Ja. 389. Ja. 390. Ja. 391. Ja. 392. Ja. 393. Ja. 394. Ja. 395. Ja. 396. Ja. 397. Ja. 398. Ja. 399. Ja. 400. Ja. 401. Ja. 402. Ja. 403. Ja. 404. Ja. 405. Ja. 406. Ja. 407. Ja. 408. Ja. 409. Ja. 410. Ja. 411. Ja. 412. Ja. 413. Ja. 414. Ja. 415. Ja. 416. Ja. 417. Ja. 418. Ja. 419. Ja. 420. Ja. 421. Ja. 422. Ja. 423. Ja. 424. Ja. 425. Ja. 426. Ja. 427. Ja. 428. Ja. 429. Ja. 430. Ja. 431. Ja. 432. Ja. 433. Ja. 434. Ja. 435. Ja. 436. Ja. 437. Ja. 438. Ja. 439. Ja. 440. Ja. 441. Ja. 442. Ja. 443. Ja. 444. Ja. 445. Ja. 446. Ja. 447. Ja. 448. Ja. 449. Ja. 450. Ja. 451. Ja. 452. Ja. 453. Ja. 454. Ja. 455. Ja. 456. Ja. 457. Ja. 458. Ja. 459. Ja. 460. Ja. 461. Ja. 462. Ja. 463. Ja. 464. Ja. 465. Ja. 466. Ja. 467. Ja. 468. Ja. 469. Ja. 470. Ja. 471. Ja. 472. Ja. 473. Ja. 474. Ja. 475. Ja. 476. Ja. 477. Ja. 478. Ja. 479. Ja. 480. Ja. 481. Ja. 482. Ja. 483. Ja. 484. Ja. 485. Ja. 486. Ja. 487. Ja. 488. Ja. 489. Ja. 490. Ja. 491. Ja. 492. Ja. 493. Ja. 494. Ja. 495. Ja. 496. Ja. 497. Ja. 498. Ja. 499. Ja. 500. Ja. 501. Ja. 502. Ja. 503. Ja. 504. Ja. 505. Ja. 506. Ja. 507. Ja. 508. Ja. 509. Ja. 510. Ja. 511. Ja. 512. Ja. 513. Ja. 514. Ja. 515. Ja. 516. Ja. 517. Ja. 518. Ja. 519. Ja. 520. Ja. 521. Ja. 522. Ja. 523. Ja. 524. Ja. 525. Ja. 526. Ja. 527. Ja. 528. Ja. 529. Ja. 530. Ja. 531. Ja. 532. Ja. 533. Ja. 534. Ja. 535. Ja. 536. Ja. 537. Ja. 538. Ja. 539. Ja. 540. Ja. 541. Ja. 542. Ja. 543. Ja. 544. Ja. 545. Ja. 546. Ja. 547. Ja. 548. Ja. 549. Ja. 550. Ja. 551. Ja. 552. Ja. 553. Ja. 554. Ja. 555. Ja. 556. Ja. 557. Ja. 558. Ja. 559. Ja. 560. Ja. 561. Ja. 562. Ja. 563. Ja. 564. Ja. 565. Ja. 566. Ja. 567. Ja. 568. Ja. 569. Ja. 570. Ja. 571. Ja. 572. Ja. 573. Ja. 574. Ja. 575. Ja. 576. Ja. 577. Ja. 578. Ja. 579. Ja. 580. Ja. 581. Ja. 582. Ja. 583. Ja. 584. Ja. 585. Ja. 586. Ja. 587. Ja. 588. Ja. 589. Ja. 590. Ja. 591. Ja. 592. Ja. 593. Ja. 594. Ja. 595. Ja. 596. Ja. 597. Ja. 598. Ja. 599. Ja. 600. Ja. 601. Ja. 602. Ja. 603. Ja. 604. Ja. 605. Ja. 606. Ja. 607. Ja. 608. Ja. 609. Ja. 610. Ja. 611. Ja. 612. Ja. 613. Ja. 614. Ja. 615. Ja. 616. Ja. 617. Ja. 618. Ja. 619. Ja. 620. Ja. 621. Ja. 622. Ja. 623. Ja. 624. Ja. 625. Ja. 626. Ja. 627. Ja. 628. Ja. 629. Ja. 630. Ja. 631. Ja. 632. Ja. 633. Ja. 634. Ja. 635. Ja. 636. Ja. 637. Ja. 638. Ja. 639. Ja. 640. Ja. 641. Ja. 642. Ja. 643. Ja. 644. Ja. 645. Ja. 646. Ja. 647. Ja. 648. Ja. 649. Ja. 650. Ja. 651. Ja. 652. Ja. 653. Ja. 654. Ja. 655. Ja. 656. Ja. 657. Ja. 658. Ja. 659. Ja. 660. Ja. 661. Ja. 662. Ja. 663. Ja. 664. Ja. 665. Ja. 666. Ja. 667. Ja. 668. Ja. 669. Ja. 670. Ja. 671. Ja. 672. Ja. 673. Ja. 674. Ja. 675. Ja. 676. Ja. 677. Ja. 678. Ja. 679. Ja. 680. Ja. 681. Ja. 682. Ja. 683. Ja. 684. Ja. 685. Ja. 686. Ja. 687. Ja. 688. Ja. 689. Ja. 690. Ja. 691. Ja. 692. Ja. 693. Ja. 694. Ja. 695. Ja. 696. Ja. 697. Ja. 698. Ja. 699. Ja. 700. Ja. 701. Ja. 702. Ja. 703. Ja. 704. Ja. 705. Ja. 706. Ja. 707. Ja. 708. Ja. 709. Ja. 710. Ja. 711. Ja. 712. Ja. 713. Ja. 714. Ja. 715. Ja. 716. Ja. 717. Ja. 718. Ja. 719. Ja. 720. Ja. 721. Ja. 722. Ja. 723. Ja. 724. Ja. 725. Ja. 726. Ja. 727. Ja. 728. Ja. 729. Ja. 730. Ja. 731. Ja. 732. Ja. 733. Ja. 734. Ja. 735. Ja. 736. Ja. 737. Ja. 738. Ja. 739. Ja. 740. Ja. 741. Ja. 742. Ja. 743. Ja. 744. Ja. 745. Ja. 746. Ja. 747. Ja. 748. Ja. 749. Ja. 750. Ja. 751. Ja. 752. Ja. 753. Ja. 754. Ja. 755. Ja. 756. Ja. 757. Ja. 758. Ja. 759. Ja. 760. Ja. 761. Ja. 762. Ja. 763. Ja. 764. Ja. 765. Ja. 766. Ja. 767. Ja. 768. Ja. 769. Ja. 770. Ja. 771. Ja. 772. Ja. 773. Ja. 774. Ja. 775. Ja. 776. Ja. 777. Ja. 778. Ja. 779. Ja. 780. Ja. 781. Ja. 782. Ja. 783. Ja. 784. Ja. 785. Ja. 786. Ja. 787. Ja. 788. Ja. 789. Ja. 790. Ja. 791. Ja. 792. Ja. 793. Ja. 794. Ja. 795. Ja. 796. Ja. 797. Ja. 798. Ja. 799. Ja. 800. Ja. 801. Ja. 802. Ja. 803. Ja. 804. Ja. 805. Ja. 806. Ja. 807. Ja. 808. Ja. 809. Ja. 810. Ja. 811. Ja. 812. Ja. 813. Ja. 814. Ja. 815. Ja. 816. Ja. 817. Ja. 818. Ja. 819. Ja. 820. Ja. 821. Ja. 822. Ja. 823. Ja. 824. Ja. 825. Ja. 826. Ja. 827. Ja. 828. Ja. 829. Ja. 830. Ja. 831. Ja. 832. Ja. 833. Ja. 834. Ja. 835. Ja. 836. Ja. 837. Ja. 838. Ja. 839. Ja. 840. Ja. 841. Ja. 842. Ja. 843. Ja. 844. Ja. 845. Ja. 846. Ja. 847. Ja. 848. Ja. 849. Ja. 850. Ja. 851. Ja. 852. Ja. 853. Ja. 854. Ja. 855. Ja. 856. Ja. 857. Ja. 858. Ja. 859. Ja. 860. Ja. 861. Ja. 862. Ja. 863. Ja. 864. Ja. 865. Ja. 866. Ja. 867. Ja. 868. Ja. 869. Ja. 870. Ja. 871. Ja. 872. Ja. 873. Ja. 874. Ja. 875. Ja. 876. Ja. 877. Ja. 878. Ja. 879. Ja. 880. Ja. 881. Ja. 882. Ja. 883. Ja. 884. Ja. 885. Ja. 886. Ja. 887. Ja. 888. Ja. 889. Ja. 890. Ja. 891. Ja. 892. Ja. 893. Ja. 894. Ja. 895. Ja. 896. Ja. 897. Ja. 898. Ja. 899. Ja. 900. Ja. 901. Ja. 902. Ja. 903. Ja. 904. Ja. 905. Ja. 906. Ja. 907. Ja. 908. Ja. 909. Ja. 910. Ja. 911. Ja. 912. Ja. 913. Ja. 914. Ja. 915. Ja. 916. Ja. 917. Ja. 918. Ja. 919. Ja. 920. Ja. 921. Ja. 922. Ja. 923. Ja. 924. Ja. 925. Ja. 926. Ja. 927. Ja. 928. Ja. 929. Ja. 930. Ja. 931. Ja. 932. Ja. 933. Ja. 934. Ja. 935. Ja. 936. Ja. 937. Ja. 938. Ja. 939. Ja. 940. Ja. 941. Ja. 942. Ja. 943. Ja. 944. Ja. 945. Ja. 946. Ja. 947. Ja. 948. Ja. 949. Ja. 950. Ja. 951. Ja. 952. Ja. 953. Ja. 954. Ja. 955. Ja. 956. Ja. 957. Ja. 958. Ja. 959. Ja. 960. Ja. 961. Ja. 962. Ja. 963. Ja. 964. Ja. 965. Ja. 966. Ja. 967. Ja. 968. Ja. 969. Ja. 970. Ja. 971. Ja. 972. Ja. 973. Ja. 974. Ja. 975. Ja. 976. Ja. 977. Ja. 978. Ja. 979. Ja. 980. Ja. 981. Ja. 982. Ja. 983. Ja. 984. Ja. 985. Ja. 986. Ja. 987. Ja. 988. Ja. 989. Ja. 990. Ja. 991. Ja. 992. Ja. 993. Ja. 994. Ja. 995. Ja. 996. Ja. 997. Ja. 998. Ja. 999. Ja. 1000. Ja. 1001. Ja. 1002. Ja. 1003. Ja. 1004. Ja. 1005. Ja. 1006. Ja. 1007. Ja. 1008. Ja. 1009. Ja. 1010. Ja. 1011. Ja. 1012. Ja. 1013. Ja. 1014. Ja. 1015. Ja. 1016. Ja. 1017. Ja. 1018. Ja. 1019. Ja. 1020. Ja. 1021. Ja. 1022. Ja. 1023. Ja. 1024. Ja. 1025. Ja. 1026. Ja. 1027. Ja. 1028. Ja. 1029. Ja. 1030. Ja. 1031. Ja. 1032. Ja. 1033. Ja. 1034. Ja. 1035. Ja. 1036. Ja. 1037. Ja. 1038. Ja. 1039. Ja. 1040. Ja. 1041. Ja. 1042. Ja. 1043. Ja. 1044. Ja. 1045. Ja. 1046. Ja. 1047. Ja. 1048. Ja. 1049. Ja. 1050. Ja. 1051. Ja. 1052. Ja. 1053. Ja. 1054. Ja. 1055. Ja. 1056. Ja. 1057. Ja. 1058. Ja. 1059. Ja. 1060. Ja. 1061. Ja. 1062. Ja. 1063. Ja. 1064. Ja. 1065. Ja. 1066. Ja. 1067. Ja. 1068. Ja. 1069. Ja. 1070. Ja. 1071. Ja. 1072. Ja. 1073. Ja. 1074. Ja. 1075. Ja. 1076. Ja. 1077. Ja. 1078. Ja. 1079. Ja. 1080. Ja. 1081. Ja. 1082. Ja. 1083. Ja. 1084. Ja. 1085. Ja. 1086. Ja. 1087. Ja. 1088. Ja. 1089. Ja. 1090. Ja. 1091. Ja. 1092. Ja. 1093. Ja. 1094. Ja. 1095. Ja. 1096. Ja. 1097. Ja. 1098. Ja. 1099. Ja. 1100. Ja. 1101. Ja. 1102. Ja. 1103. Ja. 1104. Ja. 1105. Ja. 1106. Ja. 1107. Ja. 1108. Ja. 1109. Ja. 1110. Ja. 1111. Ja. 1112. Ja. 1113. Ja. 1114. Ja. 1115. Ja. 1116. Ja. 1117. Ja. 1118. Ja. 1119. Ja. 1120. Ja. 1121. Ja. 1122. Ja. 1123. Ja. 1124. Ja. 1125. Ja. 1126. Ja. 1127. Ja. 1128. Ja. 1129. Ja. 1130. Ja. 1131. Ja. 1132. Ja. 1133. Ja. 1134. Ja. 1135. Ja. 1136. Ja. 1137. Ja. 1138. Ja. 1139. Ja. 1140. Ja. 1141. Ja. 1142. Ja. 1143. Ja. 1144. Ja. 1145. Ja. 1146. Ja. 1147. Ja. 1148. Ja. 1149. Ja. 1150. Ja. 1151. Ja. 1152. Ja. 1153. Ja. 1154. Ja. 1155. Ja. 1156. Ja. 1157. Ja. 1158. Ja. 1159. Ja. 1160. Ja. 1161. Ja. 1162. Ja. 1163. Ja. 1164. Ja. 1165. Ja. 1166. Ja. 1167. Ja. 1168. Ja. 1169. Ja. 1170. Ja. 1171. Ja. 1172. Ja. 1173. Ja. 1174. Ja. 1175. Ja. 1176. Ja. 1177. Ja. 1178. Ja. 1179. Ja. 1180. Ja. 1181. Ja. 1182. Ja. 1183. Ja. 1184. Ja. 1185. Ja. 1186. Ja. 1187. Ja. 1188. Ja. 1189. Ja. 1190. Ja. 1191. Ja. 1192. Ja. 1193. Ja. 1194. Ja. 1195. Ja. 1196. Ja. 1197. Ja. 1198. Ja. 1199. Ja. 1200. Ja. 1201. Ja. 1202. Ja. 1203. Ja. 1204. Ja. 1205. Ja. 1206. Ja. 1207. Ja. 1208. Ja. 1209. Ja. 1210. Ja. 1211. Ja. 1212. Ja. 1213. Ja. 1214. Ja. 1215. Ja. 1216. Ja. 1217. Ja. 1218. Ja. 1219. Ja. 1220. Ja. 1221. Ja. 1222. Ja. 1223. Ja. 1224. Ja. 1225. Ja. 1226. Ja. 1227. Ja. 1228. Ja. 1229. Ja. 1230. Ja. 1231. Ja. 1232. Ja. 1233. Ja. 1234. Ja. 1235. Ja. 1236. Ja. 1237. Ja. 1238. Ja. 1239. Ja. 1240. Ja. 1241. Ja. 1242. Ja. 1243. Ja. 1244. Ja. 1245. Ja. 1246. Ja. 1247. Ja. 1248. Ja. 1249. Ja. 1250. Ja. 1251. Ja. 1252. Ja. 1253. Ja. 1254. Ja. 1255. Ja. 1256. Ja. 1257. Ja. 1258. Ja.



# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Um unsere werte Kundschaft zu veranlassen, die Weihnachts-Einkäufe frühzeitig zu erledigen, da die gewohnte sachgemässe Bedienung kurz vor dem Feste des grossen Andranges wegen nicht immer durchführbar ist, verabfolgen wir auf sämtliche Einkäufe\*)

von Mittwoch, den 28. November, bis Donnerstag, den 6. Dezember, inkl.

*Doppelte*

*Anzahl*

*Sparmarken*

Wir verabfolgen sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Extra-Tagen jedoch

**8 Sparmarken**

\*) Ausgenommen sind einige Artikel.

**Lassen Sie sich nicht**  
durch ungläubliche Reklame verleiten und kaufen Sie keine billige Zither, die keine Stimmung hält. Ein solches Instrument ist etwas fürs Auge, aber wertlos.

Wollen Sie wirklich Freude haben, dann kaufen Sie sich die **echte Menzenhauer Guitarzither** mit unterlegbaren Noten, welche jedermann sofort spielen kann. **Über 1<sup>1/2</sup> Million im Gebrauch.** Preis M. 20.00 u. M. 25.00. Versand franko mit schriftlicher Garantie für 1 Jahr.

Zu haben in jedem besseren Musikhaus oder direkt bei **Menzenhauer & Schmidt, Berlin, Spittelmarkt 15.** Bei Einsendung dieses Inserates erhält jeder Käufer einer Guitarzither **12 Noten gratis.**

**Café Ridder**  
Neue Roboter. 2 an der Alten Jakob-Strasse. Warme u. kalte Speisen u. Getränke zu jeder Tageszeit. Vorzügl. Mittagstisch 60 Pf. 3 Billards (mit Herkulanthe) Stunde 40, abends 60 Pf. Zeitungen u. Journale gr. Auswahl.

**Waisen u. Zigarren-Spien**  
jeder Art in groß. Auswahl, Reparatur u. Zubehörteile, Zigarren, Zigaretten und Tabake.  
Herrn. Schleich Nachf. Schilling, Charlottenburg, Berlinischestr. 135.

**Teilhzahlung** monatlich 10 Mk. Befreie elegante Herren-Garderobe nach Maß. Billigste Preise.  
**J. Temprowski, Schneidermeister.** Berlin, Lindenstr. 110, 2. Stage. Nähe Bellevueplatz.

**Möbel** Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen  
eventuell auch auf Teilzahlung  
**Paul Burow's Möbel-Fabrik**  
Berlin SW., Lindenstraße 105.

**Möbel-Restbestände**  
vom Umzuge **M. Markiewicz.**  
Die im Hause Friedrichstr. 111 noch vorhandenen alten Regale, Schreibtische, einige Schlafzimmer-Möbel, zirka 1500 Stühle, Tische etc. für Pensionate, Restaurants, Wohnungen geeignet, sollen zu jedem annehmbaren Preise bis Ende dieses Monats **dieselbst** verkauft werden. Der Hausverwalter **Bock.**

Gegründet 1864.  
**Pelzwaren-Fabrik**  
S. Schlesinger  
Neue Königstr. 21 II (Ordonnanzhaus).  
**Einzel-Verkauf**  
wie alljährlich nach beendeter Engrossaison.  
**Pelz-Stolas Muffen, Pelzhüte,**  
schick garniert, federleicht, zu fabelhaft billigen Preisen.  
Sonntags geöffnet.

**Stegpöden**  
Sticht direkt in der Fabrik  
**72. Wallstr. 72.**  
wo auch alle Stegöden aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmandel.** Berlin Ks. Jährl. Katalog gratis.

Amil. unterkocht, unverkocht 1904er  
**Weiß- u. Rotwein 58 Pf.**  
pr. Liter u. 60 Pf. pr. Fl. mit Glas. Köffer u. 30 Liter, Küken u. 12 Fl. an. Großküffe 6 weis, 6 rot.  
Weingut **Ed. de Waal & Sohn.** Koblenz 88.

**Dr. Simmel,** Prinzen-Str. 41, 105  
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Frack** Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 115 I, a. Crabb.  
Tor. Gleg. Traut, Gehred 1,50, Gole 1,00, Beste 50 Pf.

**Pianino** elegant, sofort, schnell u. billig.  
Kaiser Friedrichstr. 54a, hohes Part.

Verlangen Sie **Tellus-Zigaretten**  
**garantiert Handarbeit**  
Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt.  
**M. Butze, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.**

**Kufeke's Kinder-mehl**  
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.  
Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

**Phänomen-Zigaretten**



Phänomen-Zigaretten sind aus echten türkischen Tabaken hergestellt  
Phänomen-Zigaretten sind garantiert Handarbeit  
Phänomen-Zigaretten sind nach ägyptischer Art hergestellt  
Phänomen-Zigaretten übertreffen Importen  
Phänomen-Zigaretten sind überall zu haben  
Stück 2, 3, 4 und 5 Pfg.  
**Türk. Tabak- und Zigaretten-Fabrik „Namkori“**



Das Pluralitätsgepenst.

Aus Wien wird uns vom 25. November geschrieben: Die zweite Lesung der Wahlreform geht im Abgeordneten-

In einer einzigen Frage gab es im Abgeordnetenhaus einen Kampf, und zwar den schwersten und ersten Kampf. An diese Frage wollen die Gegner auch im Herrenhause anknüpfen. Es ist die Frage des gleichen Stimmrechtes.

Als sich die Hoffnung aber als eitel erwiesen hatte und die nationale Seite der Reform bedrückt war, warfen sich die Reformfeinde auf die Pluralität: Mit ihr sollte dem Werke der Strick gedreht werden.

Da die Habgucht der Arbeiterfeinde wahrhaft international ist, so wird es auch die deutschen Leser wohl interessieren, den Antrag Tollinger (der Antragsteller ist ein Mexikaner aus Tirol) im Wortlaut kennen zu lernen.

- a) welche das 35. Lebensjahr vollendet haben, verheiratet oder verwitwet, sowie Inhaber einer selbständigen Wohnung als Eigentümer, Pächter oder Mieter sind;
b) welche an einer inländischen Mittelschule oder Lehrerbildungsanstalt die Reifeprüfung abgelegt oder eine den Mittelschulen in bezug auf das Einjährig-Freiwilligenrecht bei Ableistung der militärischen Präsenzdienstpflicht gleichgestellte Hochschule mit Erfolg absolviert haben;
c) welche eine selbständige Unternehmung betreiben oder eine Liegenschaft besitzen, wofür direkte landesfürstliche Steuern im Mindestbetrage von jährlich 20 Kronen in dem der

Wahlrechtsbeschreibung vorangehenden Steuerjahre vor-geschrieben waren. Durch die Landesgesetzgebung kann bestimmt werden, daß der Mindestbetrag von 25 Kronen im betreffenden Kronlande, jedoch nicht unter den Betrag von 8 Kronen, ermäßigt werde.

Jenen Wahlberechtigten, bei denen eine der im vorstehenden Absätze a bis c aufgeführten Voraussetzungen zutrifft, kommen zwei Wahlstimmen zu.

Jenen Wahlberechtigten, bei welchen mindestens zwei von den erwähnten Voraussetzungen zutreffen, kommen drei Wahlstimmen zu.

Wahlberechtigte, welchen mehr als eine Stimme zukommt, können die Wahlstimmen nur einem Wahlwerber zuwenden. Gegen den Antrag hatte sich auch die Regierung ganz entschieden ausgesprochen, und das vornehmlich mit der Begründung, daß durch seine Annahme der Hauptzweck der Reform: mit den das ganze Staatswesen so tief erschütternden Wahlrechtskämpfen endlich abzuschließen, vereitelt werden würde.

Ob die „Herren“ den Mut haben werden, ihren Plan zu verbrochener Zeit zu verdrängen, kann trotzdem billig bezweifelt werden. Im allgemeinen nämlich steht das österreichische Herrenhaus nicht auf so niedrigem Niveau, daß jener herausfordernde Liebermut von ihm zu erwarten wäre.

Gegen die Heimarbeitsenquete der Handelskammer

nahmen am Montag sieben öffentliche Versammlungen Stellung, die der Verband der Schneider einberufen hatte. Die Versammlungen, die in den verschiedensten Stadtbezirken abgehalten wurden, waren sämtlich sehr stark besucht, zum Teil sogar überfüllt.

Mit vollem Recht wiesen die Referenten darauf hin, daß es der Handelskammer nur darauf ankomme, die Sympathie, welche die öffentliche Meinung seit einigen Jahren dem Heimarbeiterstand gegenüber bezeugt hat, zu zerstören.

Die Referenten, die sowohl durch ihren Beruf, als auch durch ihre Stellung in der Gewerkschaft in der Lage sind, die Verhältnisse der Berliner Heimarbeiter aus eigener Anschauung und auf Grund persönlicher Erfahrung zu kennen, nahmen die Denkschrift der Handelskammer unter die kritische Lupe und entfalteten diesen Punkt für Punkt die einseitigen und tendenziösen Darstellungen dieser Arbeit.

nehmer und den Heimarbeitern und heimten dabei viel größeren Gewinn ein, als die Denkschrift angibt, die sich ja auch in dieser Hinsicht nur auf Angaben von Zwischenmeistern stützt. Wie wertlos diese Angaben sind, das wurde unter anderem an einem Beispiel auf Seite 28 der Denkschrift nachgewiesen.

Weiter wurde ausgeführt, daß die Handelskammer auch infornieren eine ganz falsche Darstellung gebe, als sie behauptet, die Heimarbeiter in der Konfektion sei in der Hauptsache die Arbeit der verheirateten Frau, die in der Zeit, welche ihr die Hauswirtschaft übrig läßt, einen Nebenberuf ausübt.

Das allgemeine Urteil der Versammlungsbredner ging dahin, daß die Angaben der Handelskammer über die Lage der Heimarbeiter viel zu günstig seien. Den wenigen Beispielen, womit die Handelskammer ihre rosigte Darstellung begründen wollte, könnten die Arbeiter tausende von Fällen entgegenstellen, die das Gegenteil beweisen.

Den Ausführungen der Referenten wurde von keiner Seite widersprochen. Auch die in den Versammlungen anwesenden Zwischenmeister machten nicht den leisesten Versuch, die von den Referenten gründlich zerpflückten Angaben der Handelskammer zu verteidigen.

Die öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen protestiert gegen die einseitige Art der statistischen Erhebungen der Berliner Handelskammer über die Heimarbeit, sowie gegen den darüber veröffentlichten Bericht, der unter dem Deckmantel einer unbefangenen Statistik nichts anderes ist als eine Tendenzschrift gegen jeden gesetzlichen Schutz der Heimarbeit wie überhaupt gegen jede Einschränkung der Ausbeutung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen.

Soziales.

Tuberkulose im Kindesalter.

Auf der diesjährigen Generalversammlung des „Deutschen Zentralkomitees zur Errichtung von Heilstätten für Lungentranke“ hielt Professor Dr. Kirchner-Berlin einen sehr interessanten Vortrag über die Verbreitung und Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter.

Während in den ersten Lebensjahren andere Infektionskrankheiten (Scharlach, Diphtherie, Scharlachfieber, Masern) eine größere Gefahr für die Kinder bilden, nimmt die der Tuberkulose rasch zu, um mit dem 11. Lebensjahre an erste Stelle zu rücken, auf welchem Platze sie als bei weitem häufigste von allen Todesursachen bis ans Ende bleibt.

Die Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit im Kindesalter ist ein Beweis dafür, daß die gesundheitslichen Schädigungen, unter denen die Kinder der großen Mehrheit der Bevölkerung aufwachsen, insbesondere das Wohnungsleben: das die Möglichkeit einer



Anstehende vermehrende Zusammenhäufen vieler Personen auf einem engen Raume in Wägen begriffen sind. Eine durchgreifende Wohnungsreform, erhöhte Löhne zwecks Beschaffung kräftiger Nahrung, besonders einwandfreie Milch, peinlichste Sauberkeit im Haushalt vor allem der Familien bereits von der Tuberkulose Befallener, um weitere Ansteckungen zu vermeiden, und endlich der weitere Ausbau der schon bestehenden Heilanstalten für tuberkulöse Kinder (bis jetzt 14 an der Zahl mit 500 Betten) sind die Mittel und Wege, um diese furchtbare Erscheinung der Schwindsucht im Kindesalter einzudämmen.

#### Die vom Dresdener Gewerkschafts-Markell errichtete Wärme- und Wäscheabteilung

erweist sich immer mehr als eine sehr nützliche Einrichtung. — Die Zahl der Besucher nimmt ständig zu: sie betrug im letzten Winter bei etwa 1000 Personen, während sie sich im Vorjahre in 14 Wochen auf nur 1200 belaufen hatte. Im ganzen hat die Wärme- und Wäscheabteilung im Laufe ihres fünfjährigen Bestehens 80 000 Personen Obdach, ein warmes Frühstück und geistige Unterhaltung gewährt. Es verdient dies umso mehr Anerkennung, als die Dresdener Stadtverwaltung sich immer noch wehrt, die in anderen Städten schon längst bestehende Einrichtung öffentlicher Wärmeabteilungen in die Hand zu nehmen. Auch hier ist also wieder einmal, wie so oft, die Initiative der organisierten Arbeiter der öffentlichen Wohnungsbauverwaltung der Besucher stellen naturgemäß die im Winter unter Arbeitslosigkeit leidenden Berufe: die Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer; dann folgen die Metallarbeiter, Holzarbeiter, Steinarbeiter usw.

Die Gesamtausgaben zur Unterhaltung der Wärmeabteilung beliefen sich auf 1376 M., die Einnahmen — darunter viel freiwillige Beiträge und Unterstüßungen — auf 1440 M. Außerdem wurden namhafte Zuwendungen in Form von Naturalien gemacht, z. B. 8000 Brote, 3 Tonne Heringe, 87 Pfund Butter, 1/2 Zentner Graupen usw. An den Weihnachtsfeiertagen gelangten an die zugereisten Fremden 92 Portionen Mittagessen, 185 Portionen Kaffee und 95 Portionen Abendbrot zur Verteilung.

#### Rotdurft zu verrichten ist Arbeitern verboten.

Vom kaiserlichen Prohibitant in Reg. ist folgende Verordnung ergangen:

„Ein Austreten während der Arbeitszeit ist überhaupt nicht gestattet. Jeder Arbeiter hat vor Beginn seines Dienstes oder während der festgesetzten Pausen seine Not zu verrichten. Eine Ausnahme darf nur in ganz besonderen Fällen gemacht werden. Die betreffenden Leute haben sich jedesmal beim Aufseher oder Vorarbeiter unter Angabe des Grundes zu melden. Uebertretungen sind rüchlos zu bestrafen. Deltere Bestrafungen in diesem Falle haben bei den Arbeitern Entlassung zur Folge, was ihnen bekannt zu machen ist.“

#### Gegeben im kaiserl. Prohibitant in Reg.

Dem Urheber dieser prächtigen sozialen und sittlichen Verordnung wäre anzurathen, probehalber während der 15 Minuten dauernden Pause sein Frühstück oder Vesperbrot auf dem Abort zu verzehren und nebenbei was des Leibes Not erfordert zu verrichten. Kaiserliche Prohibitanten sollen ja doch nach dem kaiserlichen Hebräerlexikon von 1890 Musterstätten sozialer Fürsorge sein. Ist der Kriegszustand mit dem Inhalt der oben wiedergegebenen „Verordnung“ einverstanden?

#### Von den „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen.“

Die bairische Staatsregierung macht zurzeit wieder sehr viel in Arbeiterwohlfahrt, was ihr ja nicht zu verübeln wäre, wenn sie nicht gewöhnlich das Ding beim falschen Ende anpacken würde. Ihre neueste soziale Großtat ist eine eben erschienene Denkschrift: „Die Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in bayerischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben“, die in ihrem Auftrage vom kgl. Statistischen Bureau bearbeitet und herausgegeben wurde. Der Zweck der Denkschrift wird in einer Einleitung dahin präzisiert, daß sie eine gedrängte, „übersichtliche“ Schilderung der Wohlfahrts-Einrichtungen geben soll, die in bayerischen Fabriken und größeren Gewerbebetrieben, vor allem der privaten Arbeitgeber, dann aber auch der Gemeinden und des Staates, aus freier Initiative, ohne gesetzlichen Zwang, für die Arbeiter, bezw. für die denselben gleichgestellten Gewerbe- und Handlungsgeschäften geschaffen wurden.“ In 1985 Privatbetriebe, die über 50 Arbeiter beschäftigten, wurden Fragebogen ausgegeben, von denen 1498 beantwortet zurückgelangten. Was man alles für Wohlfahrts-Einrichtungen anstellt, erzählt aus den Gesichtspunkten, nach denen die betreffenden Einrichtungen geschildert werden: „Gesundheits- und Lohnzahlungseinrichtungen, Arbeitszeit, Vertragsverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Arbeiterausweise, Spar- und Vorsorgeeinrichtungen, Unterstüßungswesen, Einrichtungen zur besseren Ernährung und Lebenshaltung der Arbeiter, Wohnungsfürsorge, Einrichtungen für die Gesundheitspflege der Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen, geistige und sittliche Förderung erwachsener Arbeiter, Fürsorge für Unterricht und Erziehung, sonstige Wohlfahrts-Einrichtungen.“ Die Regierung ist von dem Ergebnis ihrer Erhebungen „sehr befriedigt“, sie konstatiert, an der Gestaltung „sehr vieler dieser Einrichtungen das unentbehrbare Bestreben der Arbeitgeber, wirklich soziale Wohlfahrts-Einrichtungen zu sein.“ Seit der ersten derartigen Erhebung, die 32 Jahre zurückliegt, seien außerordentliche Fortschritte auf diesem Gebiete zu bemerken. Weniger befriedigt dagegen ist die hohe Regierung durch das Resultat, das ihre Erhebung bezüglich der Einwirkung solcher Wohlfahrts-Einrichtungen auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gezeigt hat. Die Denkschrift von 1874 konnte noch hervorheben, daß in den Fabriken, die sich durch Wohlfahrts-Einrichtungen auszeichnen, mit Ausnahme einer einzigen, in den letzten, der Erhebung vorausgegangenen Jahren kein Streik vorgekommen sei, während jetzt eine solche Wirkung von Wohlfahrts-Einrichtungen nicht mehr behauptet werden könne. Gerade durch derartige Einrichtungen ausgezeichnete Betriebe seien in den letzten Jahren in hervorragendem Maße an den Lohnbewegungen beteiligt gewesen. Die betreffenden „Wohlfahrts-Firmen“ bringen in den Fragebogen ihre Erbitterung über diese „Lohnbarkeit“ der Arbeiter zum Ausdruck und klagen, daß in der besten Absicht getroffene Wohlfahrtsmaßnahmen mißdeutet würden, in einigen Fällen geht die Schlussfolgerung darauf hinaus, daß ein Ausbau der Fürsorgeeinrichtungen den Arbeitgebern nicht mehr zugemutet werden könne. Sie führen den Mißerfolg ihrer „Wohlfahrtsbestrebungen“ auf die „von außen hineingetragene Unzufriedenheit“ der Arbeiter zurück. Die Herren verraten in ihrem Kummer, daß es sich, was wir ja schon längst wissen, für das Unternehmertum bei den Wohlfahrts-Einrichtungen nicht um eine „kulturelle Tat“, als die diese Einrichtungen in der Denkschrift gefeiert werden, handelt, sondern nur darum, die Arbeiter behufs bequemere Ausbeutung unter Vormundschaft zu halten. Für uns ist also das erfreulichste Resultat an diesem Unternehmen der bayerischen Regierung die offizielle Konstatierung der Tatsache, daß das Selbstbewußtsein der Arbeiter bedeutende Fortschritte gemacht hat, daß sie sich nicht mehr so leicht durch derartige Lockereien täuschen lassen und von der selbständigen Verfolgung ihrer wirklichen Interessen abhalten läßt. Wenn ihr dabei nicht die staatlichen Gewalten allerlei Hindernisse in den Weg legen, ihr nicht durch alle möglichen Schikanen das Koalitionsrecht beschneiden würden, so wäre das für sie viel wichtiger, als die Begünstigung sogenannter Wohlfahrts-Einrichtungen, auf die jeder unabhängig denkende Arbeiter gern verzichtet.

**Freudloser Kampf gegen die Konsumvereine.** Die Mittelhändler in Augsburg sind schon ein paarmal mit ihrer sinnlosen Verleumdung des dortigen aufblühenden Konsumvereins gehörig heringefallen. Neuerdings ist gegen die Mittelhändler wiederum eine gerichtliche Verfügung ergangen, durch die den Röstern bei Vermeidung einer Geldstrafe von 1000 M. für den Einzelfall untersagt wird, in der Verleumdung des Konsumvereins weiterzufahren.

#### Lepraerkrankung.

Die in Buenos-Aires tagende Lepra-Konferenz hat sich dahin ausgesprochen, daß eine Verpflichtung zur Anzeige von Leprafällen einzuführen und die ärztliche Behandlung jedes Lepraerkrankten eventuell zwangsweise durchzuführen sei.

Was nügen aber alle noch so gut gemeinten Mittel zur Bekämpfung der Krankheit, wenn die Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung das Uebel direkt fördert. Und das geschieht nicht nur durch Unterlassen des Beschreitens verlässlicher Wege, z. B. einer Reichswohnungs-Gesetzgebung, sondern auch direkt durch allerlei Maßnahmen, z. B. die künstliche Verteuerung der Lebensmittel durch Zölle und Steuern, die Borchhaltung, Einengung und Verdrängung des Koalitionsrechtes.

## Aus Industrie und Handel.

#### Handelsaufschwung und Waffentendenz.

Unter vorstehender Stichmarke behandelt die „Finanz- und Handelsrevue“ das fortgesetzte Wachstum der britischen Ausfuhr, die im letzten Monat 33 234 000 Pfund Sterling betrug, gegen 29,1 Millionen im Oktober 1905 und gegen 25,5 Millionen im Oktober 1904. Sie schreibt dieses Wachstum dem noch vorhandenen Individualismus der englischen Industriellen und Kaufleute zu, und bezeichnet sodann die haarsträubende Armut der unteren Schichten, ... die durch den Alkoholismus verschärft, sich kaum noch zu einem selbständigen Gedanken, geschweige denn zu einer sozialpolitischen Bewegung aufzuraffen vermögen.“ Die Ursache dieser Erscheinung erblickt die „Revue“ im „Feudalrecht“, d. h. in der Unberührbarkeit des zum größten Teile in Händen des Adels sich befindenden Grund und Bodens. Wenn nur die Feudalrechte abgelöst würden und der Freihandel sich auch auf den Grund und Boden ausdehnte, „dann würde das englische Baugewerbe und die ganze englische Industrie eine Auferstehung feiern, die es ihr für Jahrzehnte hinaus unnötig machen würde, die industriellen und kommerziellen Fortschritte anderer Länder so eifersüchtig zu beurteilen, wie dies heute noch der Fall ist.“

Der Artikel ist ohne Zweifel von einem gut meinenden und ernstlichen Engländer geschrieben, der aber, wie uns scheint, will, das gegenwärtige England nicht genügend kennt. Um den Handelsaufschwung zu kennzeichnen, weist er auf die Ausfuhrziffern hin. Warum nicht auf die Einfuhrziffern? Die englische Einfuhr enthält doch einen sehr großen Teil englischen, aber im Auslande gewonnenen Reichtums. Das englische Kapital hat in den letzten Jahren wieder ganz bedeutende Anlagen im Auslande gemacht, anstatt sie in den heimischen Gewerben zu verwenden und die 4 Proz. Arbeitslose zu absorbieren. Es erweckt kein Vertrauen beim Lesen, wenn man in modernen kapitalistischen Staaten ausschließlich auf die Ausfuhr hinweist. Vor allem muß der gesamte Außenhandel in Betracht gezogen werden, d. h. die Ausfuhr und die Einfuhr. Freilich mühte auch der Innenhandel erwogen werden, aber dieses Problem wird erst zu lösen sein, wenn der auf Grund der neuen Census of Production Bill vorzunehmende Produktionszensus uns einen tieferen Einblick ins englische Wirtschaftsleben gestattet. (Wir werden demnächst den Inhalt dieser Bill bringen.)

Uebertreibungen ist ohne Zweifel die Schilderung der „haarsträubenden Armut“ und des schrecklichen Elends der untersten britischen Volksschichten. Armut und Elend sind nicht größer in England als in Deutschland. Nur werden sie in England nicht polizeilich von der Oberfläche verdrängt und hinwegreguliert, damit sie von den Reichen nicht gesehen werden. Auch die Bemerkung über den Alkoholismus ist nicht richtig. Sollte der Artikelschreiber die Etatsreden der Finanzminister der letzten Jahre verfolgt, dann würde er auch wissen, daß der Spirituosenkonsum im ständigen Abnehmen begriffen ist. Der Rückgang ist indes nicht der Folge der Temperanzbewegung, sondern — wie Austin Chamberlain als Finanzminister dem Unterhaufe erklärte — die Folge der billigen Eisenbahntarife, die den Arbeitern gestatten, in der besseren Luft der Vorstädte zu wohnen, an Sonntagen und an manchen Sommer-tagen Ausflüge nach der Seeluft usw. zu machen, schließlich ist der Rückgang des Spirituosenkonsums der modernen Municipalpolitik zuzuschreiben, die das städtische Leben bereichert.

Ebenso unrichtig erscheint uns die Lamentation über den Feudalismus. Als ob dadurch das Baugewerbe gehemmt wäre! In London und Umgebung stehen laufende Wohnungen leer, da die kapitalistischen Baupetulantien die Miete zu hoch schrauben und da die Kosten der Grundbesitzer der ungeschunden Häuser zu hoch sind infolge der hohen Forderungen und Schadenersatzansprüche der Hauseigentümer. Damit soll selbstredend das beraubte Bodenbesitzigen Englands nicht im geringsten verteidigt werden, aber dieses zur Hauptursache der Arbeitslosigkeit zu machen, ist doch wohl eine sehr einseitige Behauptung.

Dann zeigten die letzten Hauptwahlen die Siege der Arbeiterpartei und die Anwesenheit von 29 Arbeitervertretern im Parlament, daß der Artikelschreiber die neueste Phase der Arbeiterbewegung übersehen hat. Diese Vorgänge und Tatsachen genügen wohl, den Ausspruch über die Unfähigkeit der britischen Arbeitermajoren, sich zu einer sozialpolitischen Bewegung aufzuraffen“, als haltlos zurückzuweisen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: Der Artikelschreiber meint, in England bestiehe ein „Zwang für denjenigen, der in die hohe Lordschaft erhoben wird, seinen bisherigen Familiennamen abzulegen.“ Gegen diese Behauptung sprechen folgende Namen: Lord Goschen, Lord Rothchild, Lord Tennyson, Lord Rayleigh, Lord Roberts, Lord Ritchener, Lord Rich, Lord Hardinge, die trotz ihrer „Lordschaft“ ihren Familiennamen beibehalten haben.

**Expansion.** In einem Preise von circa 3 Millionen Mark erwarb das Rheinisch-Westfälische Kohlen- und Eisenwerk in Verbindung mit der Rheinischen Kohlenhandels-Gesellschaft und den nahegelegenen Firmen, von der Neuen Rheinau A.-G. einen Grundbesitz in der Größe von 800 000 Quadratmeter.

**Verpflichtet.** Die Berliner Terrain- und Bauaktiengesellschaft hat im vorigen Jahre circa 2800 Quadratmeter Terrain am Kottbuserdamm an die Firma R. J. Emden Söhne in Hamburg verkauft mit der Verpflichtung, auf diesem Terrain ein Warenhaus zu errichten. Der Kaufpreis für die Grundstücke nebst den auszuführenden Bauarbeiten betrug 3 350 000 M. Die Gesellschaft berechnete sich bei dieser Transaktion damals einen Gewinn von 800 000 M., wobei bemerkt wurde, daß dieser Gewinn sich unter Zugrundelegung der sehr vorsichtigen Berechnungen der Bauwerksverständigen der Gesellschaft ergebe. Wie nun bekannt wird, ist beim Bau des Warenhauses der Kostenvoranschlag um circa eine Million Mark überschritten worden. Die Gesellschaft hat aber bereits die „beruhigende“ Versicherung abgegeben, daß trotzdem für das laufende Jahr eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung gelangen wird.

**Papier-Zementfäße.** Das Rheinisch-Westfälische Zementfabrikat hat die kürzlich beschlossene Preisreduzierung u. a. auch mit der Vertiefung der Zementfäße begründet. Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt dazu:

„Da wäre den Zementwerken denn doch zu empfehlen, es einmal mit Zementfäßen aus Papier zu versuchen, wie sie in Amerika schon nach Millionen im Gebrauch sind.“

Das Blatt gibt dann weiter noch Materialprüfungsresultate des königl. Materialprüfungsamtes Groß-Diätterfelde bekannt, nach denen die von einer deutschen Papierfabrik hergestellten Zementfäße qualitativ die amerikanischen Erzeugnisse überragen.

**International.** Am 19. November tagte hier eine Konferenz von Kravatten- und Kravattenstoff-Fabrikanten, der auch Vertreter des österreichischen Verbandes der Kravattenfabrikanten und der Kravattenstofffabriken beizwohnten. Es wurden Preisvereinbarungen getroffen und die Frage des Auslandgeschäftes geregelt. Aus den Abmachungen dürfte sich im Laufe der Zeit ein internationales Kartellverhältnis entwickeln.

**Rechterweiterung des Oestriches.** Die „Tribüne“ meldet aus New York: Es verlautet, daß die Kapitalinteressen der Standard Oil-Company den Bau von Eisenbahnen in Bolivien mit einem Aufwande von 7 Millionen Pfund Sterling planen. Durch diese Bahnen sollen ausgedehnte Gummidistrikte erschlossen werden.

## Aus der Frauenbewegung.

Ein Protest der Frauen gegen die Fleischsteuerung. In den „Frachtsälen des Westens“ tagte gestern Abend eine große öffentliche Frauenversammlung, in der gegen die herrschende Fleischsteuerung energig Protest erhoben wurde. Nach längerer Debatte nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an: „Die am 28. November tagende Frauenversammlung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die verbündeten Regierungen Maßnahmen zur Beseitigung der Fleischsteuerung treffen möge. Da diese eine ungenügende Ernährung breiter Volksschichten herbeiführt und somit eine ernste Gefahr für die gesunde Entwicklung unseres Volkes, besonders auch der kommenden Generation darstellt. Sie hält es für eine Pflicht der Regierung, Zustände zu schaffen, die unter Berücksichtigung aller notwendigen Schutzmaßnahmen gegen Seuchengefahr und aller berechtigten Ansprüche der heimischen Viehproduktion den jetzigen Notstand aufheben und eine billige und gesunde Volksernährung ermöglichen.“

Die Gefangenen entlassen. Die Londoner „Tribüne“ mitteilt, sind die acht gefangenen Frauen, die wegen der Zummulle im Parlament am 23. Oktober verurteilt waren, auf eine Order vom Ministerium des Innern plötzlich entlassen worden. Es war bekanntlich die Forderung der politischen Gleichberechtigung, welche diese Frauen vor dem Parlament vertreten wollten. Alle gaben ihrer Entrüstung über die Zustände im Gefängnis offen Ausdruck, und jedenfalls wurden diese Damen der Gesellschaft noch nicht einmal so wie die gewöhnlichen Gefangenen behandelt. Sie erklärten, daß ihre Erfahrungen im Gefängnis sie nur bestärkt hätten in der Einsicht, daß die Mitwirkung der Frauen in öffentlichen Angelegenheiten eine Notwendigkeit sei.

Unter den Berliner Dienstmädchen wird gegenwärtig ein Flugblatt verbreitet, durch welches der schon öfter erwähnte freie Arbeitsvertrag zur allgemeinen Kenntnis gebracht und dringend empfohlen wird. In diesem Zweck fand auch am Sonntag bei Obst in Schöneberg eine öffentliche Versammlung statt, in der die Notwendigkeit eines Schutzes für die Dienstmädchen eifrig besprochen wurde. Die Versammlung war gut besucht und hatte den Erfolg, daß sich zwanzig Dienstmädchen dem „Verein für die Interessen der Hausangestellten“ anschlossen.

Es wird nicht leicht sein, den neuen Arbeitsvertrag zur Anerkennung zu bringen; die „Herrschaften“ weisen ihn zurück als „dreiste Zumutung“, als unberechtigten Eingriff in ihre Rechte. Demnach kann es mit der Dienstbotennot nicht weit her sein.

Die größte Schwierigkeit bei der Propagierung des neuen Vertrages liegt aber in dem mangelnden Selbstgefühl der Dienstmädchen. Die Mädchen müssen erst verstehen lernen, daß sie durch diesen Vertrag gegen die Gefährdung geschützt werden sollen. Je mehr und allgemeiner der Brauch zur Geltung gelangt, daß jedes Mädchen wenigstens die Forderung erhebt, daß ein freier Vertrag über ihr Dienstverhältnis abgeschlossen werde, desto mehr „Herrschaften“ werden sich zeigen, desto leichter wird der erste heftige Widerstand überwunden werden. Und gerade die Mädchen, die mit ihren Stellungen sehr zufrieden sind und keinen Grund zu beschweren haben, sollten auf den Abschluß eines Vertrages dringen, denn ihnen wird es leicht, die Neuerung einzuführen. Sie können mit gutem Beispiel vorangehen, sie helfen damit Tausenden von schwer bedrückten Mitschwestern, die sich alsdann darauf berufen können, daß andere Dienstgeber den Vertrag bereitwillig unterschrieben haben. Ebenso sollten jene Vettergestalten nicht veräumen, sich dem „Verein für die Interessen der Hausangestellten“ anzuschließen und mitzuhelfen, die Dienstbotenverhältnisse im allgemeinen günstiger zu gestalten. Daß der vorgeschlagene Vertrag eine Reihe von wichtigen Verbesserungen bringt, ist auf den ersten Blick zu erkennen. Es gefällt den Herrschaften zum Beispiel nicht, daß es heißt:

„Das der Hausangestellten einzuräumende Zimmer muß heizbar, von unten verschließbar, ein nach außen liegendes Fenster haben und mit Kleiderschrank, Kommode und Bett ausgestattet, zur alleinigen Verfügung stehen.“

Jedem eine dunkle Kammer oder der sogenannte Hängeboden war bisher gut genug für das Dienstmädchen.

Und eine Stunde Mittagszeit?

Und eine halbe Stunde Frühstück- und Vesperzeit?

Und einen freien Nachmittag jede Woche?

Ueber dies und manches andere noch sind die Herrschaften entsetzt. Aber die aufgestellten Mädchen sagen mit Recht, daß die gnädigen Frauen höchst eigenhändig ihre Hausarbeit machen sollten oder mit einer Aufsichterin zufrieden sein müßten, wenn sie für den Dienstboten kein anständiges Zimmer übrig haben.

Um die nötige Aufklärung zu verbreiten, ist noch sehr viel Agitation notwendig. Der erwähnte Verein bedarf vieler Hülfe und Unterstützung vonseiten der Hausangestellten, wenn er für ihre Interessen mit Nachdruck und Erfolg eintreten soll.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

**Treptow.** Donnerstag, den 29. November, 8 1/2 Uhr, bei Mohlau, Treptow, Kieholzstr. 35: Vortrag Frau Gertrud Lungenitz: „Unsere heutigen Kämpfe und die Frauen.“

**Sozialdemokratischer Lehr- und Diskussionsklub „Eintracht.“** Mittwoch, den 28. November, abends 8 1/2 Uhr, bei Halmow, Etrolauer Allee 17 B: Sitzung.

**Lehr- und Diskussionsklub „Sozial.“** Mittwoch, den 28. B. M., abends 8 Uhr, bei Sieb, Barshauerstr. 61: Vortrag.

## Gerichts-Zeitung.

#### Des Schuhmanns Ermessen richterlicher Nachprüfung entzogen.

Die Berliner, Breslauer und Hamburger Rechtsprechung hat den Schuhmann bekanntlich zum unumschränkten Herrn der Straße gemacht. Jetzt ist das Kammergericht sogar noch weiter gegangen und hat ihm auch die Verfügung über das Hausinnere übertragen. Zugrunde liegt folgender Sachverhalt: Der Hausbesitzer L. Jakobstr. nachts mit einem Freunde an einem Hause der Alten Jakobstr. vorbeizugehen, gerade als dort eine Sektion vorgenommen wurde. L. blieb danach mit seinem Freunde und noch einigen Personen auf dem Straßendamm stehen. Als jedoch ein Schuhmann in Sicht kam, ging L. mit seinem Freunde in die Tür des Hauses. Die Aufforderung des Schuhmanns an die Umstehenden, weiter zu gehen, bezog er nicht auf sich. Da trat der Schuhmann von der Straße zu ihm in die Nähe und zerrte ihn mit den Worten: „Sie sind auch gemein!“ aus der Nähe heraus, so daß er auf das nasse Straßengestühl fiel. Daraufhin erhielt er ein Strafmandat über 20 M. 1. wegen Behinderung des Verkehrs (nachts 1 Uhr Alte Jakobstr.), 2. wegen Nachtsweitergehens, 3. wegen ruhestörender Lärm. Das Strafmandat wurde auf seinen Einspruch vom Schöffengericht nach Vernehmung des Schuhmanns bestätigt. Dies Urteil griff Rechtsanwalt Broh an. Das Landgericht nahm denn auch auf Grund der Weisungsaufnahme weder Behinderung des Verkehrs noch ruhestörender Lärm an, hielt aber in Höhe von 5 M. die Verurteilung wegen „Nachtweitergehens“ aufrecht, und dies, obwohl es im Urteil ausdrücklich festhielt, daß der Angeklagte, als die Aufforderung an ihn erging, nicht mehr auf der Straße, sondern bereits auf dem Hausgrundstück stand. — Vor dem nunmehr mit der Revision angeworfenen Kammergericht führte Rechtsanwalt Broh aus, daß die „Straßen“-Ordnung nicht die



Schulleute berechnen könne, auch Maßnahmen zu treffen, die sich in die Häuser erstreckten. Danach würde ja kein Bürger mehr in seinem Heim vor polizeilichen Eingriffen geschützt sein, um so mehr, als die Rechtsprechung des Kammergerichts bekanntlich eine Nachprüfung solcher Anordnungen von Schulleuten nicht zulasse. Im vorliegenden Falle sei der Betreffende untreulich überhaupt erst durch den Schuttmann aus dem Hausgrundstück auf die Straße hinausgezerrt worden! Die Revision wurde jedoch verworfen. Das Kammergericht führte aus: Der Angeklagte mußte der Anordnung des Schuttmanns unbedingt Folge leisten. Es genüge, daß das Verhalten der vom Beamten angeforderten Person diesem geeignet erscheine, die Ruhe auf der Straße zu stören, auch wenn sich die Person nicht auf der Straße befände! Danach kann also auch der Schuttmann befahlen, daß jemand, der zum Fenster auf die Straße hinaussteht, fortgehe, und event. mit Gewalt, also auch mit Hilfe seines Revolvers, diesen Befehl durchsetzen. Rußland ist ja allmählich noch eher ein Rechtsstaat als das durch das Kammergericht auf die vorwärtsgehende Zeit zurückgeschraubte Preußen.

**Der Tod des Schankwirts Brophy vor dem Schwurgericht.**  
Die gestern vor dem Schwurgericht beendete Verhandlung ergab folgenden Sachverhalt. Am 26. März abend machten die fünf Angeklagten, in deren Gesellschaft sich noch zwei Mädchen befanden, in einer vom Angeklagten Silber geleiteten Automobil-Tour, die dessen Vater gehörte, einen Ausflug nach Pöhlensee. Nachdem sie dort mehrere Lokale besucht hatten, fuhren sie nachts gegen 12 Uhr vor dem „Gasthaus zum Deutschen Kaiser“ am Spandauer Schiffschleusenkanal vor. Die Angeklagten Walter Dampf und Silber sprangen aus dem Automobil heraus, gingen die Stufen hinauf in das Lokal und sollen dort Bier und Zigarren verlangt haben, sie erhielten aber nur Zigarren und Frau Brophy, die Ehefrau des Gastwirts, erklärte, daß sie Bier nicht mehr verabfolge, da bereits Feierabend sei. Es kam im Lokal darauf zu einem scharfen Wortwechsel und argen Schlägerei. Schließlich wurden die Angeklagten hinausgedrängt. Brophy trat dann nach kurzer Zeit vor die Haustür, um zu sehen, ob die Luft nunmehr rein sei und um noch einige Gäste heraus zu lassen. Da er hielt er plötzlich einen Schlag mit einem Messer, so daß er sofort zusammenbrach. Die Angeklagten zogen sich in das Automobil zurück und entflohen. Der verwundete Brophy wurde schleunigst in das Krankenhaus übergeführt und ist dort schon am nächsten Tage gestorben. Silber hat sich an der Schlägerei nicht beteiligt. In Gemäßheit des Spruches der Geschworenen wurde der Kaufherr Silber freigesprochen, die übrigen Angeklagten wurden des Mordhandels, bei dem ein Mensch den Tod gefunden, für schuldig erklärt. Das Gericht verurteilte den Kaufherr Grabowitz zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft, die Brüder Walter und Bill Dampf zu je 1 Jahr Gefängnis, wovon 2 Monate als verbüßt angerechnet wurden und den Angeklagten Krüger zu 5 Monaten Gefängnis, gleichfalls unter Anrechnung von 2 Monaten.

**Trifft einen 14jährigen Knaben beim Ueberfahren durch den Betrieb der Straßenbahn „eigenes Verschulden?“**  
Nach dem Gesetz ist die Annahme des eigenen Verschuldens nach § 254 B. G. B. bei Kindern von 7 bis 18 Jahren zulässig, aber immer unter Berücksichtigung der Anlagen der Betroffenen. Es sei aus der Praxis folgender jeht vom Reichsgericht entschiedener Fall mitgeteilt: Hart an dem nördlichen Trottoir der Thorner Straße in Bromberg geht ein Gleis der allgemeinen Lokal- und Straßenbahngesellschaft in Bromberg. Am 5. März 1904 wurde morgens auf dem Schulweg der 14jährige Sohn des Magistratssekretärs G., als er über die Straße gehen wollte,

von einem dort fahrenden Motorwagen der Bahn erfasst und wurde dem Knaben dabei ein Bein abgefahren.  
Das Landgericht Bromberg verurteilte die beklagte Gesellschaft gemäß des vorliegenden Verurteilungsbeschlusses, indem es das eigene Verschulden des Klägers verneinte. Die von der Beklagten gegen das landgerichtliche Urteil eingelegte Berufung wurde vom Oberlandesgericht Posen zurückgewiesen. Letzteres sagt in der kurzen Begründung, daß es bei der Unklarheit des Sachverhalts (die Zeugnisaussagen beider Parteien widersprechen sich) ein Verschulden des Jungen als erwiesen nicht ansehen kann. Es sei nicht zu ersehen, daß die Zeugen des Klägers übereinstimmend die Unwahrheit gesagt haben sollten. Somit muß die Darstellung des Klägers zugrunde gelegt werden. Es kann aber ein Verschulden desselben nicht darin gefunden werden, daß er bei einer Entfernung des Wagens von fünf Schritten noch versuchte, das Gleis zu überqueren und daß er nicht unbedingt mit dem Umfalle rechnen mußte, er würde mit dem Fuß an der Schiene hängen bleiben.  
Diese Auffassung des Oberlandesgerichts wurde seitens der Beklagten vor dem Reichsgericht durch Revisionseingeleitung gerügt und besonders ausgeführt, daß der Knabe erkennen mußte, daß es bei dem an diesem Morgen herrschenden Frostwetter bei den halb mit glatten Schneekrüsten bedeckten Straßen überaus gewagt sei, über die Straße zu rennen. Auch berief sich die Revision auf die Annahme der Rechtspraxis, daß bei Großstadtkindern, die den Verkehr der Straßenbahn täglich vor Augen haben, bei einem Alter von über 7 Jahren eigenes Verschulden Anwendung finden kann. Der vierte Zivilsenat des Reichsgerichts maß diesen Einwendungen aber keine Bedeutung bei und erkannte auf Zurückweisung der Revision.

**Rückständigkeit einer Kaufmannsgerichtlichen Entscheidung.**  
Eine außerordentlich rückständige Entscheidung, die gleichzeitig zeigt, wie falsch die gesetzliche Ausschließung der weiblichen Handlungsbeteiligten von der Kaufmannsgerichtlichen Tätigkeit ist, fällt am Montag das Berliner Kaufmannsgericht. Der Verkäufer Richard S. war von der Firma H. Raddach u. Co. sofort entlassen worden, nachdem die Chefs erfahren hatten, daß S. ein Lehrling wegen Ungehorsams geohrfeigt hatte. Wie die am Montag vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts stattgehabte Verhandlung ergab, hatte das Lehrlingmädchen von S. einen leichten Badenreiz bekommen. Sie selbst nahm ihn auch ruhig hin, ohne sich bei den Vorgesetzten darüber zu beschweren. Erst eine andere Angestellte brachte es zur Kenntnis der Chefs. Das Kaufmannsgericht verurteilte die Firma zur Zahlung des Restbetrags an den Verkäufer. Der Kläger habe zwar mit der Austeilung der Ohrfeige eine Ungehorsamkeit begangen, sie reiche aber nicht aus, um die sofortige Entlassung zu begründen. Sie sei auch von der Gehörlosigkeit selbst nicht so tragisch genommen worden, auch habe durch sie keine Geschäftsstörung stattgefunden, und der ganze Vorgang sei schließlich nur durch einen Zufall zur Kenntnis der Chefs gelangt. — Diese Entscheidung ist tief bedauerlich. Der Chef hatte in diesem Falle zweifellos eine mehr Empfindung für seine Verpflichtung, für das geistige und sittliche Wohl seiner Angestellten zu sorgen, als das aus Kaufleuten und Handlungsbeteiligten bestehende Gericht. Wenn das Gericht mit Beifallern besetzt gewesen, die dem Zentralverband der Handlungsbeteiligten (Neue Friedrichstraße 20) als Mitglieder angehören, so hätte sich arger Verstoß gegen die Ehre der eigenen Berufsgenossen schwerlich statthaben können.

**Der Stod in der Schule.**  
Vom Landgerichte Koblenz ist am 9. April der Rektor Johann Josef Lauer wegen fahrlässiger Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 15 M. verurteilt worden. Im August 1905 verbrachte er seine Ferien in N. bei seinem Sohne, der dort Lehrer

ist. Um den Sohn im Unterrichten weiterzubilden, ertheilte er öfter Unterricht für ihn. Dies tat er auch in Abwesenheit seines Sohnes. Dabei schlug er mehrere Kinder mit dem Stode auf die Innenfläche der Hände. Ein Knabe konnte infolgedessen nichts anfangen, nicht mit Messer und Gabel hantieren und am Nachmittag nicht zur Schule kommen. In der Nacht schlief er schlecht. Am anderen Tage kam er wieder in die Schule. Der Angeklagte will vom Schulspektor die Erlaubnis gehabt haben, in jenem Orte zu unterrichten. Das ist nach den Ermittlungen des Gerichts nicht der Fall gewesen; aber der Schulspektor wußte, daß der Angeklagte unterrichtet und hatte nichts dagegen. Der Angeklagte konnte sich daher für berechtigt halten, zu unterrichten und auch zu züchtigen, hat aber das Züchtigungsrecht bedeutend überschritten, da er dem betreffenden Knaben mit großer Gewalt fünf Schläge auf jede Hand gegeben hat. — Die Revision des Oberlandesgerichts wurde durch Rechtsanwältin am Reichsgericht Dr. Scherer vertreten. Dieser suchte das Reichsgericht zu bewegen, die irdige und schädliche Ansicht des Oberverwaltungsgerichts auf diesem Gebiete annehmbar zu machen. Sie geht dahin: Bei körperlicher Züchtigung gehe es ohne Körperverletzung nicht ab. Schmerz hervorzurufen sei ja der Zweck der Züchtigung. Man könne also dem Angeklagten nicht verbieten, Schmerzen zu verursachen. — Das Reichsgericht hielt jedoch an seiner auf dem Gebiet des Züchtigungsrechts ständige betätigten entgegengegesetzten Auffassung fest. Es verwarf am Montag die Revision mit der Begründung, das Vergehen des Angeklagten liege darin, daß er mit zu großer Gewalt geschlagen habe.

**Schweinemäster als Sachverständiger für Malerarbeiten.**  
Einen heiteren Beigeschmack hatte eine Verhandlung, die am Dienstag vor dem Weihensteiner Jungungsgericht der Maler zum Auszug kam. Der Beklagte, ein Malermeister R., hatte vom Arbeitnachweis einen tüchtigen Deckenmaler verlangt. Der Kläger, Maler K., eine Kraft ersten Ranges, nahm die Stelle an. Als der Kläger 1 1/2 Stunden gearbeitet hatte, erklärte der Beklagte, er könne die Arbeit nicht gebrauchen; der Maler habe erklärt, daß die Arbeit nichts taue und der Verleihe sich ganz besonders auf Malerei; denn er sei — Schweinemäster. Vor Gericht wiederholte der Jungungsmeister den sonderbaren Entlassungsgrund. Das Gericht verurteilte ihn aber dem Klageantrage entsprechend auf Erlass wegen unzureichender Entlassung.

**Eingegangene Druckchriften.**  
„Neue Gesellschaft“, Sozialistische Wochenchrift, Heft 8, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Ella Braun. Verlag: Berlin-Schöneberg. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M.  
Sozialistische Monatshefte Nr. 12, Herausgegeben von J. Bloch. Preis: 50 Pf. Verlag: Gutenberg, Berlin W. 35.  
Beiträge zur Arbeiterkassistik Nr. 3, 4 und 5. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt. Verlag: Karl Heymann, Berlin, Radenstraße 44.  
G. Kutter. Leben. Reformationspredigt. 14 Seiten. Verlag: Grüllbuchhandlung, Zürich.  
Proporz und Klassenkampf. Rede im sächsischen Landtag von H. Greditz. 15 Seiten. Preis: 20 Cts. Verlag: Buchdruckerei des „Vollbreit“, Jülich.  
Dislokationskarte des L und L. Österr.-ungar. Heeres, der Landwehren und der Embarmetelcorps im Jahre 1907. Preis: 3 Kr. Verlag: G. Rentag u. Berndt, Wien VII/1.  
Unseren Söhnen! Aufführung über die Gefahren des Geschlechtslebens von Dr. med. F. Siebert. Broschürt 1,50 M. Al. Altenloferische Verlagbuchhandlung in Straubing.  
Lebensversicherung und Werte von P. Grafmann. 77 Seiten. 1,50 M. Verlag: H. Walthers, Berlin W. 30.  
Zur Rechtsfertigung der Juwelierer. Vortrag von Professor Dr. H. Wagner. 28 Seiten. Preis: 10 Pf. Verlag: G. Fischer in Jena.  
Geschäftsbericht der Bauerei Königsstadt A.-G. für das Geschäftsjahr 1905/06. Selbstverlag.  
Kud Zehwis. Was ist Kultur? Ein Vortrag. Verlag von H. Fischer Nachfolger in Leipzig. 60 Pf.

**Theater.**  
Mittwoch, den 29. November.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Opernhaus. Così fan tutte. (So machen es alle).  
Schauspielhaus. Das Glashaus.  
Neues Opernhaus. Geschloffen.  
Deutsches Schauspielhaus.  
Westen. Martha.  
Vorführung. Die Fledermaus.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Die Hochzeitsfackel.  
Kleine. Die Feinde.  
Kessling. Das Blumenbuch.  
Berliner. Sherlock Holmes.  
Nachmittags 3 Uhr: Faust.  
Zentral. Der Bettelstudent.  
Schiller O. (Wagner-Theater). Das Lumpensindel.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus). Frau Jäger von Oestrot.  
Neues. Die Gondolieri.  
Komische Oper. Lahn.  
Reibens. Triplepatte.  
Schauspielhaus. Sufarensieber.  
Nachmittags 3 1/2 Uhr: Gänsefisch.  
Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Herr Hauptmann v. Köpenick.  
Thalia. Eine lustige Doppelst. Nachmittags 4 Uhr: Gänsefisch und Grotel.  
Gniten. Othello.  
Bernhard Rose früher Carl Weich. Die neue Welt.  
Trianon. Der Hausfreund.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Hypoko. Spezialitäten.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Kasino. Die beiden Champignol.  
Folies Caprice. Serenissimo August XXI. — Das Rodeo. — Das Provingmüdel.  
Vorfänge. Spezialitäten.  
Reichshallen. Berliner Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Urania. Tautenstraße 18/19.  
Im Theater abends 8 Uhr: Geh. Hofrat Prof. Dr. Strecker. Das Telegraphennetz der Erde und sein Betrieb.  
Sternwarte, Zwickauerstr. 57/62.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Mittwochsnachmittag 3 Uhr: Faust.  
Abends 8 Uhr:  
**Sherlock Holmes.**  
Freitag und Sonnabend: Die Cameliendame.  
**Theater des Westens**  
Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.  
Mittwoch, Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Martha.**  
Donnerstag, zum 1. Male: Der Schmetterling. Frey Werner u. G.  
Freitag: Der Schmetterling.  
**Neues Schauspielhaus**  
Mittwoch, den 29. November:  
**Die Hochzeitsfackel.**  
Donnerst.: Die Hochzeitsfackel.  
Anfang 8 Uhr.  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Condottieri.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Die Condottieri.**  
**Kleines Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Feinde.**  
Donnerstag: Zum 126. Male: Ein idealer Gatte.  
Freitag: Die Feinde.  
**Komische Oper.**  
Mittwoch:  
Abends 8 Uhr:  
**Lakmé.**  
Donnerstag und Sonntag: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Die Bohème. Sonnabend und Sonntag: Lakmé. Montag: Carmen.  
**Lortzing-Theater**  
Belleallianenstr. 7/8.  
Mittwoch, 28. November, 7 1/2 Uhr:  
**Die Fledermaus.**  
Abonnements gültig.  
Morgen Donnerstag: Lubine.  
Sonnabendnachm. 3 Uhr: 1. Kinder-Märchenst. Peter und Paul reisen ins Schlafaffenland.  
**Lustspielhaus.**  
Kasim. 3 1/2 Uhr: Gänsefisch.  
Abends 8 Uhr:  
**Sufarensieber.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Das Lumpensindel.**  
Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Versuchung des Fiasko zu Genoa.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Hoffnung auf Segen.**  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Frau Inger von Oestrot.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Hochtourist.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum 1. Male: Mathias Zollinger.  
**Zirkus Busch.**  
Mittwoch, 28. Dez., ab. 7 1/2 Uhr:  
**ROM.**  
Gr. Origin.-Kunst-Pantomime d. J. J. Busch  
Bühne in 7 Bildern.  
Besonders hervorzuheben: Die großen Kampfschiffe im Jähren Caligula. Die Todesfahrt über die zerprengte Brücke. Pantomime in heftigsten Licht- und Wasserspielen. — Ferner:  
♦ Nur noch wenige Tage: ♦  
**Monsieur Romeo**  
Stannen erregende  
**Automobilexperimente.**  
Ueberfahren mit einem 70 PS. Fiat-Automobil (Bem. 30 Zentner u. 4 Insassen.)  
**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 31.  
Heute Anf. 7 1/2 Uhr:  
**Gastspiel A. Matkowsky.**  
**Othello.**  
Donnerstag: Sherlock Holmes.  
Freitag: Die Hochzeit von Valenti.  
**Rixdorfer Theater**  
Bergstraße 147.  
Mittwoch, den 28. November 1905:  
**Der Prinzgemahl.**  
Lustspiel in 3 Akten von Lauro und Chamel.  
Anfang 8 Uhr.  
**Metropol-Theater**  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollsander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
**Massary. Wolff. Bender.**  
**Giampietro. Josephi.**  
Anf. 8 Uhr. Kauchen überall gestattet.  
Sonntag, 2. Dez., nachm. 3 Uhr:  
Ermäßigte Preise  
**Auf in's Metropol.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Das Lumpensindel.**  
Tragikomödie in 3 Aufzügen von Ernst v. Wolzogen.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
Die Versuchung des Fiasko zu Genoa.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Hoffnung auf Segen.**  
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.).  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Frau Inger von Oestrot.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange.  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Der Hochtourist.**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Zum 1. Male: Mathias Zollinger.  
**Zirkus Schumann**  
Heute Mittwoch, 28. d. M., abends präz. 7 1/2 Uhr:  
**Grande Soirée equestre.**  
Güte-Programm und  
Mr. Konricksens einzig bestehende  
**größte Tigergruppe**  
wilde Dressur  
Konf. Guichenot, Ober-Bereit. d. Jaren.  
**Die 5 Könige der Luft**  
Les 5 Alex.  
Die französ. Reiterfamilie Cardinale. Agudo Gutzow, Kaufm., Steppereiter.  
**Les 5 Piroscoffis**  
Dir. Alb. Schumanns neueste Konstre-Dressuren.  
Um 10 Uhr: Die große Ausstattungs-Pantomime: Ein  
**Tag in Monte Carlo.**  
**Bernhard Rose-Theater**  
Große Franziskanerstr. 132  
**Die neue Welt.**  
Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten aus dem amerikanischen Volksleben von H. Kistling.  
Morgen und folgende Tage: Die neue Welt.  
Billetvorverkauf für 8 Tage vorher an der Theaterkasse u. bei Wertheim.  
**Apollo Theater**  
Nur noch 3 Tage!  
Liane d'Eye. Die Original-Nachfolge-Längerin.  
Die Seldoms. Klassische Darstell. und: Das große  
**November-Programm.**  
Sonntag, 2. Dez., nachm. 3 1/2 Uhr:  
Familien-Vorstellung. Halbe Preise.  
**Colosseum**  
Dresdenerstr. 97.  
Vollständig neues  
**PROGRAMM.**  
Konzertsaal:  
Künstlerkonzert u. Volks-Kabarett.

**Zentral-Theater.**  
Abends **Der Bettelstudent.**  
Operette in 3 Akten.  
Donnerstag: Taufendundeine Nacht.  
**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Heute nachm. 3 1/2 Uhr. kl. Preise:  
**Die Reise durch's Märchenland.**  
Heute abends 8 Uhr:  
**Gastspiel Adolf Philipp!**  
SOUVENIR-VORSTELLUNG.  
**Zum 100. Male:**  
**Im wilden Westen**  
und: Der große Lacherfolg:  
Herr „Hauptmann“ v. Köpenick.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Stummstr. 16.  
**Schuldig.**  
Soziales Schauspiel in 3 Akten.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Spreu- und Vorkaufsstellen gültig.  
Donnerstag: Zum letzten Male: Der Trompet. v. Säcklingen m. Dir. Rob. Dill.  
**Etablissement Neue Welt**  
Hasselhalden 108/114.  
Mittwoch, 28. November.  
**Bernhard Rose-Theater:**  
**Die Tochter der Hölle.**  
Preisbilletts in 5 Aufzügen.  
Billetvorverkauf von 10-1 Uhr im Etablissement.  
**Fröhels Allerlei-Theater.**  
Schönhäuser Allee 148.  
Gastspiel Bernhard Rose-Theater.  
**Die Tochter der Hölle.**  
Preisbilletts in 5 Akten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr.  
Billetvorverkauf:  
Krüger & Oberbeck, Rasthaldenallee 1.  
Rond. Handwerker, Schön. Allee 153.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Heute im Theater 8 Uhr:  
Geh. Postrat Prof. Dr. Strecker:  
Das Telegraphennetz der Erde  
und sein Betrieb.  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Großes  
Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 M., d. 5 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
**Passage-Theater.**  
Anfang: Abends 8 Uhr.  
Josefine Dora — Mary Irber — Georg Kaiser — Damen-Ju-Jitsu und 14 erstklassige Nummern.  
Sonnabend, 1. Dez.: Premiers Berlin paß' auf!  
Jweckmäßige Barlette aus der Welt: hat von Leopold Ull. Wust von R. Nelson.  
In den Hauptrollen: Josefine Dora, Georg Kaiser, Martin Bendix, Paulotte van Roy.  
**Kasino-Theater**  
Rothfängerstr. 37. Täglich 8 Uhr  
**Die beiden Champignol.**  
Sonntag 4 Uhr: „Gedrüder Zorn“ „Singvögelchen“.  
**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor 16-23.  
Mittwoch, 28. d. M., abends 7 1/2 Uhr  
**Volks-Kabarett-Abend**  
mit hervorragendem Nebenprogramm.  
Referiert 50 Pf. Entree 30 Pf. 215.  
Die Direktion.  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Scheuer  
Stralauerstr. 1.







Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 2. Dezember, abends 6 Uhr, findet in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20, eine Versammlung mit Frauen statt. Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein. Entree inklusive Garderobe 20 Pf. Tanz frei.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Sonntag, den 9. Dezember 1906, nachmittags 4 Uhr, findet in Tempelhofer Park, Restaurant Wilhelms-Garten, Inhaber Rudolphs, Berlinstr. 9, die Generalversammlung des Kreises mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Der preussische Parteitag. Referent: Genosse Paul Girsch.
2. Anträge zum preussischen Parteitag und Wahl der Delegierten zu demselben.
3. Verschiedenes.

Anträge, welche auf der Generalversammlung ihre Erledigung finden sollen, müssen bis spätestens Donnerstag, den 6. Dezember 1906, in unserem Bureau eingekandt sein.

Die Generalversammlung wird pünktlich eröffnet. Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt, drei Delegierte zu entsenden; die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein.

Parteienossen haben als Gäste Zutritt. Der Zentralvorstand. J. A. W. Eberhardt.

Berliner Nachrichten.

Von der Arbeiter-Krankenversicherung in Berlin.

Die Gewerbe-Deputation des Magistrats bringt in ihrem neuesten Verwaltungsbericht, der das Jahr 1905/06 behandelt und jetzt vorliegt, die alljährliche Statistik der Arbeiter-Krankenversicherung. Am 31. März 1906 bestanden in Berlin 55 Orts-Krankenkassen, 54 Betriebs-Krankenkassen, 17 Innungs-Krankenkassen und die Gemeinde-Krankenversicherung. Im Durchschnitt des Jahres 1905/06 (in Klammern die Zahlen für das vorhergehende Jahr 1904/05) war die Mitgliederzahl: bei den Orts-Krankenkassen 299 135 (281 199) männliche, 188 876 (180 473) weibliche Mitglieder, bei den Betriebs-Krankenkassen 87 082 (80 607) männliche, 23 497 (21 061) weibliche Mitglieder, bei den Innungs-Krankenkassen 46 442 (43 930) männliche, 25 000 (25 052) weibliche Mitglieder, bei der Gemeinde-Krankenversicherung nur 15 (13) männliche, 31 (32) weibliche Mitglieder. Mithin hatten alle der Aufsicht des Magistrats unterstellten Krankenkassen (nur auf diese erstreckt sich die im Gewerbe-Deputations-Bericht mitgeteilte Statistik) zusammen 432 675 (405 749) männliche, 237 403 (226 618) weibliche, überhaupt 670 078 (632 367) Mitglieder. Die Zunahme gegenüber dem vorhergehenden Jahr beträgt für die Gesamtzahl der Mitglieder 6 Proz., aber beschränkt bei den Orts-Krankenkassen 7 1/2 Proz., bei den Betriebs-Krankenkassen 8 1/2 Proz., bei den Innungs-Krankenkassen 3 1/2 Proz. Am stärksten war die Zunahme, wie man sieht, wieder bei den Betriebs-Krankenkassen.

Die Zahl der Erkrankungsfälle, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, ist bei den männlichen Mitgliedern weiter gestiegen, bei den weiblichen dagegen ist sie heruntergegangen. Es erkrankten im Jahre 1905/06 (bzw. 1904/05) bei allen Kassen zusammen 177 509 (172 928) männliche und 99 434 (103 091) weibliche Mitglieder. Das sind die absoluten Zahlen; die Vergleichung mit dem durchschnittlichen Mitgliederbestand ergibt aber, daß relativ auch bei den Männern die Erkrankungen sich etwas vermehrt haben. Es kamen auf 100 männliche Mitglieder 41,0 (42,6) Erkrankungen, auf 100 weibliche Mitglieder 41,9 (45,5) Erkrankungen. Bei den weiblichen Mitgliedern ist die Verminderung der relativen Krankenziffer sehr bedeutend, doch ist zu beachten, daß gerade das Jahr 1904/05 für die weiblichen Mitglieder eine ungewöhnlich hohe Krankenziffer gebracht hatte. Der Wandel, der im Jahre 1905/06 eingetreten ist, macht sich auch in der Zahl der Krankheitsstage bemerkbar. Sie war bei den männlichen Mitgliedern 4 293 902 (4 155 724), bei den weiblichen 2 989 685 (3 024 669). Jede mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Erkrankung dauerte durchschnittlich beim männlichen Geschlecht 21,19 (21,03) Tage, beim weiblichen 30,07 (29,34) Tage. Die Vergleichung mit der Mitgliederzahl ergibt pro versichertes männliches Mitglied 9,92 (10,24) Krankheitsstage, pro versichertes weibliches Mitglied 12,59 (13,25) Krankheitsstage. Die Sterbefälle haben beim männlichen Geschlecht zugenommen, beim weiblichen abgenommen. Es starben 4071 (3738) männliche und 1498 (1612) weibliche Mitglieder, d. h. 0,94 (0,92) auf je 100 versicherte männliche Mitglieder und 0,63 (0,71) auf je 100 versicherte weibliche Mitglieder.

Schulkinder als Etage.

Gegen die Verwendung von Schulkindern zur Spalierbildung bei öffentlichen Festlichkeiten haben wir uns ständig ausgesprochen und entschieden Protest dagegen eingelegt. Wir können beim besten Willen nicht einsehen, in welcher Verbindung diese Verwendung der Schulkinder mit den Aufgaben der Schule steht. Kürzlich wurden sogar sehr „gutgemeinte“ Blätter unwillig, als beim Einzug des dänischen Königspaares wiederum Schulkinder unter den Linden Posto fassen mußten und die Unterrichtsverwaltung wurde sehr deutlich auf das Unzulässige dieser Maßnahme hingewiesen. Das scheint aber nicht viel geholfen zu haben und es gewinnt den Anschein, als sollten Spalierbildungen, Paradeserien und Einzugszeremonien in den Stunden- und Ferienplan unserer Schulen als ständige Einrichtungen aufgenommen werden. Zu dieser Auffassung muß man kommen, wenn man hört, daß beim nächsten dem Kaiser bevorstehenden Besuche wiederum Kinder paradiert werden sollen, und das liegt in nicht allzuweiter Ferne. Diesmal ist es der Norweger, der hierher kommt. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt dazu:

Für den 15. Dezember steht der Besuch des Königs von Norwegen bevor, und es verlautet mit ziemlicher Bestimmtheit, daß die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten wie der Gemeindeschulen abermals Spalier bilden sollen. Wir warnen davor schon jetzt, ehe es wieder zu spät ist, und wir wissen, daß wir damit einer sehr weitverbreiteten Stimmung Ausdruck geben. Wir finden es nur gut und angemessen, wenn bei Familienfesten unseres Kaiserhauses und in passender Jahreszeit wie etwa beim Einzug der Kronprinzessin, auch die Schulkinder mitaufgehoben wird. Zur Reihenaufstellung aber handelt es sich lediglich um einen durch die bössche Sittlichkeit gebotenen Besuch eines fremden Herrschers. Das ist keine Gelegenheit, Vaterlands-

liebe und Rationalgefühl zu betätigen. Gewiß soll und wird König Haakon als Gast unseres Kaisers mit der gebührenden Ehre hier aufgenommen werden, aber ihn von der Schuljugend in Reihen mit Hurra begrüßen zu lassen: dazu liegt gar kein Anlaß vor. Und wenn's noch Sommer wäre! Aber es herrscht rauhes, nasskaltes Wetter, und es ist mehr als unwahrscheinlich, daß von den Schülern und Schülerinnen, deren Zahl ja in die Tausende geht, alle ohne Gesundheitschädigung davonkommen würden. Gewiß, die Teilnahme ist sowohl für die Lehrer als auch für die Schüler und Schülerinnen „freiwillig“, aber mit dem freien Willen ist's in solchen Fällen oft nicht allzuweit her! Deshalb richten wir an die Schulbehörden die dringende Bitte, rechtzeitig gegen die abermals geplante Spalierbildung aufzutreten; das wäre besser, als wenn sie schließlich vor dem Widerstande der Eltern zurückweichen müßten. Letzteres aber würde doch vielleicht der Fall sein. Sicherem Vernehmen nach haben sich schon das letztmal verschiedene Lehranstalten von der Teilnahme an der Spalierbildung ausgeschlossen.

Neben dem Protest gegen die Spalierbildung interessiert und der keine Unterschied, den die „Tägl. Rundschau“ zwischen Familienfestlichkeiten im Kaiserhaus und der Ankunft irgend eines fremden Potentaten macht. Wir meinen dagegen, daß diese Unterscheidung durchaus nicht am Platze ist. Ob eine Kronprinzessin oder der Fürst von Monaco nach Berlin kommt: in einem wie im andern Falle ist die Gefahr für die Kinder dieselbe; dabei spielt auch die Jahreszeit durchaus keine Rolle.

Interessant wäre es nach Lage der Sache, einmal öffentlich festgestellt zu werden, wer eigentlich die Veranlassung zu dieser Maßregel gegeben hat. Für die Berliner Gemeindeschulen läßt sich zunächst die städtische Schuldeputation in Frage und es wäre wünschenswert, von ihr zu erfahren, in welcher Weise sie dabei beteiligt ist. In einem früheren Falle, als plötzlich die Kinder Paradeserien erhielten und die Sache im Rathause besprochen wurde, mußte der Oberbürgermeister feststellen, daß man die Schuldeputation gänzlich ausgeschlossen und Paradeserien über den Kopf der Deputation hinweg angeordnet hatte. Damals verlas der Oberbürgermeister ein an den Unterrichtsminister gerichtetes kaiserliches Telegramm, das den Ausfall des Unterrichts am Paradedate anordnete. Wie steht es jetzt mit der Anordnung der Einzugszeremonien und der Verwendung der Kinder zur Spalierbildung? Wer hat das angeordnet? Die städtische Schuldeputation oder, wenn diese nichts weiß, die Unterrichtsverwaltung, muß doch hier Auskunft geben können. Vielleicht tun dies die städtischen Schulbehörden freiwillig, wenn sie etwa nicht Auge im Auge stehen wollen. Die Unterrichtsverwaltung zu einer Antwort zu nötigen, dazu fehlt uns leider eine Vertretung im Landtage, sonst würde das sicher dort geschehen.

In der gestrigen Sitzung der Deputation für die städtische Irrenpflege unter dem Vorsitz des Stadtrats Geheimrat Dr. Straßmann wurde beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindebehörden, an den städtischen Irrenanstalten Stellen für „Anstaltsärzte“ zu schaffen. Diese Ärzte sollen Familienwohnungen erhalten und zwischen den Oberärzten und den Assistenzärzten rangieren.

Den besprechenden Weihnachts-Paketverkehr betrifft eine umfangreiche Verfügung des Reichspostamtes, die nicht weniger als 15 Punkte aufzählt, deren Beachtung den Postanstalten ans Herz gelegt wird. Die meisten derselben sind auch sehr lehrreich für das Publikum, welches sich durch ihre Beachtung vor Unannehmlichkeiten bewahren kann. Die ersten beiden Punkte betreffen die Verpackung und Adressierung der Pakete, bezüglich deren die üblichen Bekanntmachungen demnach auf den Postanstalten ausgehängt werden sollen. Die Vereinigung mehrerer Pakete zu einer Postpaketadresse ist für die Zeit vom 10. bis 25. Dezember im inneren deutschen Verkehr nicht gestattet; auch für den Auslandsverkehr wird dem Publikum empfohlen, während dieser Zeit zu jedem Paket besondere Begleitpapiere anzufertigen. Die weiteren Vorschriften betreffen u. a. die Sicherung der Pakete, die gleichzeitige Beförderung der Pakete und der zugehörigen Adressen, die vorläufige Behandlung der Pakete, die „nicht geworfen oder gegenständig gestossen“ werden dürfen, sondern „von Hand zu Hand zu geben und vorsichtig niederzulegen“ sind. Insbesondere soll den Sendungen mit lebenden Tieren (Vögel usw.) die größte Sorgfalt zugewandt werden. Endlich erinnert die Verfügung noch an die Vorschriften, betreffend die Sicherung der Sendungen mit Wertgegenständen, die Filpakete, den Bahnhofsdiens usw.

Aus der Waisenfürsorge der Stadt Berlin.

Die Waisendeputation hat jetzt ihren Bericht für das Etatsjahr 1905/06 erstattet. Am 1. Januar 1906 befanden sich in ihrer Obhut 8174 Kinder, nämlich: 5590 Waisenkinder im engeren Sinne, 373 Zwangsjuglinge, 2176 Fürsorgejünglinge, 35 erwerbsunfähige ehemalige Zwangsjuglinge.

Zu den „Waisenkindern im engeren Sinne“ gehören nicht nur die halb oder ganz verwaisenen Kinder, sondern auch zahlreiche uneheliche Kinder, ferner auch solche Kinder, die nur zeitweilig ihrer Ernährer beraubt sind. Von diesen 5590 Kindern waren nur 307 in eigenen Anstalten der Stadt Berlin untergebracht, während die bedeutende Zahl von 5193 Kindern in Kostpflege gegeben war. In der Berliner Kostpflege befanden sich nur 1050 dieser Kostkinder, die übrigen 4143 waren in auswärtiger Kostpflege. Die Berliner Kostpflege ist lediglich Familienpflege, dagegen sind in der Zahl der außerhalb Berlins untergebrachten Kostkinder auch diejenigen Kinder enthalten, die dort in fremden Anstalten verpflegt werden. In solchen Anstalten stellten 429 Kostkinder, so daß die Zahl der außerhalb Berlins in Familienpflege befindlichen Kostkinder sich auf 3714 belief. Hiernach befanden sich in eigenen und in fremden Anstalten 307 + 429 = 826 Kinder, in Berliner und in auswärtigen Familien 1050 + 3714 = 4764 Kinder.

Die Familienpflege immer mehr ausgedehnten, das war seit langem das Bestreben der Waisenvverwaltung. Die Frage, ob man nicht besser mit diesem Grundsatze brechen und lieber die Anstaltspflege wieder mehr zur Geltung bringen solle, ist vom Magistrat und der Stadtverordnetenmehrheit zugunsten der Anstaltspflege entschieden worden. Ueber die „Erfolge“ der Familienpflege wurde man durch die Berichte der Waisenvverwaltung früher meist sehr gründlich, in den letzten Jahren aber nur dürftig unterrichtet. Früher las man dort oft die bittersten Klagen über die schlimmen Mißstände, die sich bei der Revision der auswärtigen Pflegestellen dem Auge des revidierenden Erziehungsinspektors dargeboten hatten. In den letzten Jahren liegen diese Klagen merkwürdig nach. Sind die Zustände wirklich um so viel besser geworden, oder haben die mit der Inspektion betrauten Personen nur gelernt ihre Ansprüche auf ein bescheidenes Maß herabzumindern?

Im Etatsjahr 1905/06 ist die Revision der auswärtigen Kostpflege von nicht weniger als vier Personen ausgeübt worden, von einem Erziehungsinspektor und einem ihn zeitweise vertretenden Waisenhäusleiter a. D., sowie von zwei Erziehungsinspektorinnen. Erziehungsinspektor Barthold hat in 54 Orten 320 Kinder besucht. Er schreibt: „Die Revision der

Pflegestellen ergab ein gutes Resultat“; doch fügt er hinzu: „Die Pflegen entsprachen unseren Anforderungen und Erwartungen.“ Das soll vermutlich bedeuten, daß die Pflegen so „gut“ waren, wie man es eben für das bishigen Kostgeld fordern darf und erwarten kann. Herr Barthold hat unter den 320 Pflegestellen nur eine einzige gefunden, die er aufheben zu sollen geglaubt hat. Von dem Lehrer a. D. Thöns, der ihn vertrat, wurden in 66 Orten 692 Kinder besucht. Herr Th. berichtet: „Das Ergebnis der Revision war durchweg ein recht befriedigendes.“ Er rühmt den Segen der Familienpflege und versichert, immer wieder sei er bei seinen Besuchen zu dem Resultat gekommen, daß der Anhalt die Familie vorzuziehen sei. Erst ganz zuletzt teilt er mit, daß er doch in acht Fällen einen Pflegewechsel beantragen mußte, teils wegen Unsauberkeit oder ungünstiger Wohnungsverhältnisse, teils auch wegen der am Ort bestehenden ungünstigen Schulverhältnisse (Halbtagschule). Die Erziehungsinspektorin Fräulein v. Trebra besuchte in 190 Orten 1292 Kinder. Sie meldet: „Die Pflegestellen sind bis auf zehn mit „gut“ zu bezeichnen, einzelne sogar mit „sehr gut“. Zehn Stellen mußten sogleich aufgehoben werden, da ungenügende Nahrung, Unsauberkeit und das unästhetische Verhalten der Pflegeeltern mit ihren Angehörigen die Veranlassung waren.“ Die Erziehungsinspektorin Fräulein Aelt, die in 277 Orten 1641 Kinder besuchte, kann die Pflegestellen „im allgemeinen“ als „gut“ bezeichnen. Aber: „41 mußten zur Aufhebung vorgeschlagen werden, größtenteils wegen kleiner Wohnung und Unsauberkeit; bei dreien lag die Gefahr der Ausnützung nahe.“

Man sieht, wie ungleich die Ergebnisse sind, die bei diesen Revisionen herauskommen, wie ungleich auch der Ton, in dem darüber berichtet wird. Uebrigens hat diejenige Dame, die 41 Stellen zur Aufhebung vorschlagen zu sollen glaubte, sich zum ersten Male an den Revisionen beteiligt. Wenn sie es länger treibt, wird mit der Zeit auch sie begreifen, daß man für wenig Kostgeld natürlich auch nur wenig fordern darf, und daß „gut“ ein sehr dehnbarer Begriff ist. Als der Erziehungsinspektor Barthold im Etatsjahr 1902/03 seine erste Inspektionsreise machte, besuchte er in einem Jahre 2008 Pflegen und beantragte für 82 (!) die Aufhebung. Sein damaliger Bericht bedeutete trotz aller bemäntelnden Worte ein vernichtendes Urteil über die Familienpflege. Seitdem hat B. viel dazugelernt, und heute — weiß er, was er fordern und erwarten darf.

Neue Straßenbahnlinie. Eine neue Linie 58 Zentral-Biehof-Rixdorf wird eingerichtet. Sie macht folgenden Weg: Samariterstraße, Fackendampflay, Valtinplatz, Landsberger Platz, Büchingsplatz, Alexanderplatz, Wolfenmarkt, Spittelmarkt, Moritzplatz, Oranienplatz, Kottbuscher Tor, Hermannsplatz, Wismanstraße, Karlsgartenstraße, Hermannsstraße bis Steinmehrfstraße. Auf dem Rückweg geht sie über die Steinmehrf- und Becklerstraße, Hermannsplatz, das Kottbuscher Tor usw. Die neue Linie 58 Zentral-Biehof-Rixdorf ergänzt sich mit der Linie 65 Zentral-Biehof-Moritzplatz zu einer Wagenfolge von 7 1/2 Minuten. Linie 65 folgt zwischen dem Zentral-Biehof und dem Moritzplatz dem Weg der neuen Linie 58. Die ersten Wagen gehen morgens Werktag vom Zentral-Biehof 5,19, vom Hermannsplatz in Rixdorf 5,03, von der Hermannsstraße 7,07. Die Linie 30 Schweinmünderstraße-Rixdorf wird in Rixdorf bis zur Hermannsstraße, Ende der Biehofstraße verlängert. Ihr Weg ist folgender: Schweinmünder- und Kamlerstraße, Hindrichsplatz, Rosenholzer Tor, Hagedorfer Markt, Neuer Markt, Rathaus, Wolfenmarkt, Jannowbrücke, Brückenstraße, Reamberstraße, Dresdenerstraße, Oranienplatz, Kottbuscher Tor, Hermannsplatz, Berlinerstraße, Biehofstraße. Zurück geht sie über die Hermannsstraße, den Hermannsplatz und das Kottbuscher Tor. Bei den Fahrzeiten macht sich ausnahmsweise hügeliges Gelände bemerkbar. Sie betragen bei Linie 65 vom Zentral-Biehof bis zur Steinmehrfstraße 56 Minuten, in umgekehrter Richtung 61 Minuten. Bei Linie 30 beträgt die Fahrzeit von der Kamlerstraße bis zur Biehofstraße in Rixdorf 54 Minuten, zurück 49 Minuten.

Ohne Herrenbegleitung! Von Herrn Gemeindefullektor Hellermann, dem Leiter der „Kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsanstalt für Mädchen“ (Alte Jakobstraße 127), hat das „Berliner Tageblatt“ sich Auskunft darüber erbeten, ob unsere Mitteilungen („Vorwärts“, Nr. 276) über das an dieser Anstalt organisierte Herrenbegleitungs-Verbot zutreffend seien. Herr Hellermann hat dem Blatt bestätigt, daß er tatsächlich seinen Schülerinnen anvertraut hat, sich durch junge Herren von der Schule abholen oder nach Hause begleiten zu lassen. Wiederholt hätten, so versichert er, Eltern sich darüber beklagt, daß ihre Töchter von sehr zweifelhaften jungen Leuten abgeholt würden, und daß sich Verhältnisse ergeben hätten, die in zwei Fällen mit Verführung der Mädchen endeten. Auch habe es und zu ein ganzes Heer junger Leute sich auf dem Bürgersteig vor der Schule angeammelt, so daß der Schulleiter die Hilfe von Schulleitern in Anspruch nehmen mußte, um die Straße zu räumen. So sei schließlich ein Verbot unausbleiblich geworden.

Herr Hellermann ist also wirklich der Meinung, daß er ein Recht dazu habe, seinen Schülerinnen für ihr Verhalten außerhalb der Schule irgendwelche Vorschriften zu machen. Wir glauben es ihm gern, daß den Schülerinnen gegenüber manchem „Herrn“, der seine Begleitung anbietet, Vorsicht zu raten ist. Aber das rechtfertigt noch lange nicht das Verbot, das der Herr Rektor verfügt hat. Das Tollste ist, daß er die Uebertretung dieses Verbotes tatsächlich mit Entlassung geahndet hat. Er teilt dem „B. T.“ mit, es seien sogar zwei Mädchen entlassen worden, weil sie sich auf dem Schulwege hatten begleiten lassen. Man kann nur wünschen, daß die Eltern gegen diese Ausweisung eine Beschwerde an die dem Fortbildungsschulleiter vorgesetzte Behörde richten, damit offiziell darüber entschieden wird, wie weit die Maßbefugnisse des Leiters einer Fortbildungsschule gehen. Das „B. T.“ bringt übrigens die Aeußerungen des Herrn Hellermann unter der Ueberschrift: „Ein Verbot für Puffische“. Das Blatt scheint zu glauben, daß diese Fortbildungsanstalt nur von Mädchen besucht wird, die eben erst aus der Schule entlassen worden sind. Unter den Schülerinnen befinden sich viele, die nicht erst des Herrn Hellermann bedürfen, um zu wissen, was sie zu tun oder zu lassen haben. Aber auch auf diese Schülerinnen erstreckt sich das Verbot, das hier geradezu zu einer Beleidigung wird.

Berlin und die D. E. W.

Der Ausschuss zur Beratung des Zusatzabkommens zwischen der Stadtgemeinde und den D. E. W. hat am Montag den vom Magistrat vorgelegten Entwurf mit großer Majorität angenommen. Die Annahme erfolgte, obgleich namentlich seitens der Sozialdemokraten die ersten Bedenken betont wurden, die Genosse Singer bereits im Plenum hervorgehoben hatte. Charakteristisch ist es, daß der Stadtverordnete Jacobi, der energischste Gegner des städtischen Betriebes, zum Berichterstatter gewählt wurde.

Nach der Durcheinanderung, die am vergangenen Donnerstag im Plenum der Stadtverordneten-Versammlung herrschte, war nichts anderes zu erwarten. Bessere Agenten zur Vertretung ihrer Interessen in der Kommune können die D. E. W. nicht finden als die warmen Befürworter des Abkommens in der letzten Rathhausitzung.

Ueber die Strophulose als Schulkrankheit sprach der Direktor des Friedrich-Kinderkrankenhauses Prof. Vaginsky vor einer



Öffentlichen Versammlung, die von der Ortsgruppe Berlin des Vaterländischen Frauenvereins einberufen worden war.

Den Begriff der Schulkrankheit bestimmte Boginski in Anlehnung an den der Gewerkrankheit. Wie der gewerbliche Arbeiter aus seiner Tätigkeit mancherlei gesundheitliche Schädigungen davonträgt, so wird auch das Schulkind — das sagunisch das „Gewerbe des Lernens“ betreibt — durch den Schulbesuch in seiner Gesundheit beeinträchtigt. Natürlich wird nicht durch die Schule die Strophulose erst erzeugt. Aber die gesundheitsschädlichen Einwirkungen des Schulbesuches helfen mit, die Strophulose zu entwickeln, wenn das Kind die Anlage dazu mitbringt. Das Schulkind sitzt in geschlossenen Räumen, die in der Regel schlecht gelüftet und oft auch mangelhaft gereinigt sind. Von einem gesunden Kinde wird das vielseitig ohne merklichen Schaden ertragen, aber für Kinder mit Anlage zur Strophulose wird es zu einer schweren Gefahr. Bei solchen Kindern treten nur zu bald all die Erscheinungen auf, die der Strophulose eigentümlich sind, die außerordentliche Rötlichkeit der Haut, die rasche Entstehung von Hautausschlägen und langwierigen Eiterungen, die starke Reizung zu hartnäckigen Katarrhen. Diese Kinder sind auch der Gefahr der Übertragung von antiken Krankheiten aller Art ganz besonders ausgelegt. Das gilt namentlich für die Tuberkulose, für die die strophulösen Kinder in hohem Grade empfänglich sind.

Um die Strophulose zu bekämpfen und womöglich ihre Entwicklung zu verhalten, ist in neuerer Zeit manches getan worden. Boginski wies hin auf die Fortschritte der Schulhygiene, die vordringend wirkte, auf die bisherigen Leistungen der Sommerpflege (Perienkolonien, Seehospize), die kranken Kindern Kräftigung bringe. Aber das alles ist — so führte der Vortragende aus — ein nutzloses Arbeiten, so lange nicht die Verhältnisse besser werden. Richtig sei eine Erhebung der gesamten Lebenshaltung der unbemittelten Volksklasse. In dieser Hinsicht sei besonders eine Förderung der Wohnungshygiene anzustreben; denn erfolglos sei aller Kampf gegen Strophulose und gegen Tuberkulose, wenn ein großer Teil der Bevölkerung in der verdorbenen Luft enger Wohn- und Schlafräume haufen müsse. Für die noch schulpflichtige Jugend forderte Boginski, daß man ihr die Last erwerbender Arbeit möglichst ganz abnehme, damit ihr mehr Erholung, mehr Ruhe, mehr Schlaf gewährt werden könne. Beginnen müsse aber der Kampf gegen Strophulose und Tuberkulose schon viel früher, schon bei dem Säugling. Der Säugling gehöre an die Mutterbrust, das sei das beste Vorbeugungsmittel. Jeder Mutter müsse das die heiligste Pflicht sein. Aber auch die Erfüllung dieser Pflicht sei vielen Müttern nicht möglich, wenn nicht die gesamte Lebenshaltung eine bessere werde.

Die Zuhörer und besonders die zahlreichen Zuhörerinnen dankten dem Vortragenden mit lebhaftem Applaus. Unter ihnen befand sich manche elegante Dame, die zur Erfüllung ihrer „heiligsten Pflicht“ vermulich eine bezahlte Person mietet. Der Wert solcher Vorträge für dieses Publikum ist unersetzlich, ziemlich gleich null. Die Besitzer der berauschenden eigenen Mitleid mit fremder Not, aber sie wehren sich gegen die Umgestaltung der sozialen Zustände, die zur Beseitigung des Elends erforderlich ist. Schon wenn Arbeiter eine bloße Lohnaufbesserung fordern, um die Lebenshaltung ihrer Familie heben und ihre Kinder vor frühem Siedtum bewahren zu können, schreit die beständige Klasse über „Begehrlichkeit“. Und dieselben Herrschaften, die dem Schicksal des Elends fröhlicher Kinder in momentaner Ergriffenheit Weisheit klatschen, finden es ganz in der Ordnung, daß gegen die Väter dieser Kinder Polizei und Gerichte zum Schutze des bedrohten Profites aufgerufen werden.

#### Augen auf!

Eine Leserin des „Vorwärts“ ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Nicht nur möchte ich die Hausfrauen auffordern, im eigenen Interesse energisch den Kampf aufzunehmen gegen eine, wie mir scheint, nicht sehr eng begrenzte Unsitte — das ist der mildeste Ausdruck —, ich halte die Aufforderung auch notwendig im Interesse der allgemeinen Moral. Sehr oft, fast möchte ich sagen „immer“, habe ich die Erfahrung gemacht, daß Händler und ganz besonders Händlerinnen es ausgezehrt verstehen, den Käufer beim Abwiegen um einige Gramm zu überborteln. Und es scheint mir auch, daß System in der Sache liegt. Dem Zwecke dienen die verschiedensten Manipulationen. Oft wird die Waage so verdeckt aufgestellt, daß der Käufer von dem Abwiegen überhaupt nichts bemerken kann, hier vergibt man beim Zuwiegen eines Viertelpfundes die letzten 5 Gramm aufzuliegen, dort bleibt ein 10 Gramm-Gewicht zufällig in der Waagschale liegen, die in der Regel der Aufnahme der Ware dient. Eine geschickte Verkäuferin „wirft“ die Ware mit einer gewissen Behemung auf die Waage, die Junge schlägt kräftig durch. — Natürlich nur, um den Kunden eilig zu bedienen, läßt man nicht ruhig abwägen — und der Käufer ist in der Regel um einige Gramm betrogen. Andere fixe Radenstäulen wissen durch geschickten Fingerdruck, durch Nachhülfe mit der Warenkaufel usw. den gewünschten Erfolg zu erzielen; die Ware zieht für einen Moment die Gewichtsschale hoch, aber nicht durch das Eigengewicht, sondern infolge der freundlichen Nachhülfe. Solche Beobachtungen machte ich sowohl in Ladengeschäften als auch in der Markthalle. Ich stütze meine Behauptung aber nicht lediglich auf jene Beobachtungen, ich wiege regelmäßig mit der Hauswaage nach und habe in zahlreichen Fällen Mindergewicht konstatiert. Allerdings meine regelmäßigen Lieferanten, die mich kennen, geben mir stets volles Gewicht. Um das zu erzielen, bedürfte es jedoch einiger Reklamationen wegen Mindergewicht. Als bestes Erziehungsmittel habe ich folgendes erprobt: Wenn ich im Geschäft bemerke, daß das richtige Gewicht nicht gegeben wurde, ersuche ich ruhig aber entschieden um Nachprüfung. Das hatte stets eine wunderbare Wirkung — besonders wenn noch mehr Käuferinnen anwesend waren. Zuweilen stellte man sich zunächst beleidigt, wenn das nicht fruchtete, versuchte man wohl mit einem anderen Trick die Feststellung des Mindergewichts zu umgehen. Wenn auch solcher Versuch an meinem entschiedenen „Bitte, auswiegen lassen“ scheiterte, dann folgte nachher eine Entschuldigung: In der Eile, Irrtum... Na, man weiß ja. Mein Zweck war erreicht, für die Zukunft wurde ich reell bedient. Man darf aber nicht glauben, daß nur Eigentümer „eilig bedienen“. In Filialgeschäften herrscht derselbe — Eifer. Die Erklärung dafür findet man jedenfalls in der Entlohnung nach Prozent auf die erzielte Einnahme — im Verhältnis zum eingeleiteten Quantum, oder durch irgend eine andere Form der Gewinnbeteiligung an dem durch „eiliges Bedienen“ erzielten Uebereschuß über die buchmäßig erforderliche Einnahme. Mir erging es in einer Filiale eines Kaffee-Spezialgeschäftes, wo man mich noch nicht kannte, folgendermaßen: Nachdem ich wiederholt ein Mindergewicht festgestellt hatte, beschloß ich eines Tages, persönlich einzuholen und, wenn sich Gelegenheit bot, die Verkäuferin zu etwas mehr Genauigkeit zu erziehen. Wichtig! Mit einer eleganten Bewegung, die einem Taschenspieler Ehre machen könnte, „warf“ die sehr freundliche Dame die Ware auf die Waagschale und nahm sie mit noch größerer Präzision wieder ab. „Fräulein, wollen Sie bitte die Waage ausschlagen lassen?“ forderte ich die Dame auf. Zunächst sah ich ein etwas verdutztes Gesicht, dann aber schalkte es mir entgegen: „Gnäd' Frau glauben doch nicht etwas — — — Wir geben volles Gewicht...“ „Bitte, wiegen Sie nach!“ forderte ich. Wohl oder übel mußte meiner Forderung entsprechen werden, und nach einem vergeblichen Versuch, durch geschickte Fingerbewegungen das Gleichgewicht herzustellen, meinte die Verkaufsdame etwas murrend: „Es fehlen aber nur ein paar Wogen!“ — Unter Zustimmung einiger anderer Käuferinnen erklärte ich der Dame, daß niemand verpflichtet sei, so vornehm zu sein, sich offenkundig zugunsten des Geschäftsinhabers um einige Gramm Kaffeebohnen schädigen zu lassen, um so weniger, weil die stete Wiederholung im Jahre zu einer beträchtlichen Summe anwächst. Mit dem Bemerkten: „Ich habe regelmäßig beim Nachwiegen ein kleines Mindergewicht konstatiert“, wußte ich den Laden verlassen. Da plötzlich löste es dem

Radentische her: „Ach gnäd' Frau, einen Augenblick, ich sehe gerade, daß in der Waagschale noch ein — 10 Grammstück liegt.“ — Tabelle! Ich bekam also nochmals 10 Gramm zugezogen. Ohne diesen Zwischenfall wäre das 10 Grammstück wohl noch lange an der unredlichen Stelle liegen geblieben. Daß aber die Verkaufsdame, die sogar so „freundlich“ war, Winke über Pflichten vornehmen aufzutreten zu geben, von dem „Uebereifer“ kuriert ist, möchte ich bezweifeln. Mache jede Hausfrau die Augen auf, das ist das beste Erziehungsmittel. Die Angelegenheit ist auch vom Standpunkte der öffentlichen Moral zu betrachten. Fast alle Frauen, mit denen ich über den gekennzeichneten Uebelstand sprach, erklärten mir: Das ist überall so! Rindfleisch ist demnach die Anschauung verbreitet, daß Regeln sei allgemeine Sitte. Das muß naturgemäß demoralisierend wirken. Diejenigen, die durch Händlermanipulationen sich benachteiligt fühlen, können doch nur schwach gegen den Gedanken sich wehren, daß für sie selbst Gleiches oder Ähnliches nicht unmoralisch sein kann, was ihnen gegenüber allgemein als Sitte gilt. Also auch im Interesse der allgemeinen Moral, um eine Quelle demoralisierender Ausströmungen zu verstopfen, sollte jede Käuferin streng darauf achten, daß sie beim Zuwiegen nicht überbortelt wird.

**Betrügerische Manipulationen.** Unter dem Verdacht des Betruges wurde der Direktor der Lehranstalt für Strawattenfabrikation in der Stralauerstraße, Kaufmann Steinberg, verhaftet. Er versprach in hochtönen Anpreisungen Frauen und Mädchen, daß sie in seiner Lehranstalt die Herstellung von Strawatten in acht bis vierzehn Tagen erlernen könnten und nach der Lehre Stellungen mit 30—50 M. Wochenverdienst bekämen. Viele Mädchen trauten dem vorliegenden Angebot um so mehr, als Direktor Steinberg vor Schwindelfirmen, die ähnliches versprachen, warnte. Die Ausbildung kostete 10 M. für acht und 20 M. für vierzehn Tage. Zu dem Lehrgeld kamen noch allerlei Anschaffungen, so daß die Frauen und Mädchen durchweg etwa 30 M. auszugeben hatten. Der Anbruch der Schülerinnen wuchs bald derartig, daß der Unternehmer seine „Lehranstalt“ vom Spittelmarkt in größere Räume in der Stralauerstraße verlegen mußte. In einem Jahre betrug die Zahl 400. Die Schülerinnen waren mit dem Unterricht vielleicht zufrieden gewesen, wenn sie die versprochenen Stellungen erhalten hätten. Aber da haperte es. Sobald die Mädchen ausgeliefert hatten, standen sie mit ihren Kenntnissen da, die für sie wertlos waren, da sie Stellungen nicht erhielten. Viele Schülerinnen sahen sich dadurch geschädigt und erlittenen Anzeig. Steinberg, der auch durch Segelklubgründungen sich bekannt zu machen wußte, wurde gestern von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Herr Steinberg war ein bekannter Stammgast des Berliner Gewerbegerichts, auch die Gewerbe-Deputation hat sich wiederholt mit der eigenartigen „Lehrwerkstätte“ des Herrn Steinberg zu befassen gehabt; immer aber suchte er durch alle möglichen Einwände auszuweichen. Wenn ihn jetzt endlich wirklich die Staatsanwaltschaft gefaßt haben sollte, so hat er das reichlich verdient. Zu verwundern ist höchstens, daß der Staatsanwalt nicht schon längst zugegriffen hat. Wir hatten in unserem Blatte längst auf die Manipulationen des Herrn Steinberg aufmerksam gemacht.

Im Zirkus Schumann ereignete sich am Montagabend ein aufregender Vorfall bei der Vorführung der dressierten Tigergruppe. Von einem Augenzeugen wird berichtet: Als der größte von den neun Tigern zum wiederholten Male über die Weisheit des Dompteurs Heinrich springen sollte, weigerte sich die Bestie und konnte erst durch wiederholte Aufforderung des Dompteurs und der aufsehenden Wärter, die mit eisernen Stangen das Tier bearbeiteten, dazu veranlaßt werden, zu springen. Der Tiger sprang, verletzte dabei aber den Dompteur mit den Zähnen am linken Unterarm. Durch den Blutgeruch wurde das Tier noch aufgeregter und konnte nur durch die Energie Heinrichs und durch Antreiben der Wärter dazu bewegt werden, nochmals über die Weisheit zu springen. Diesmal sprang der Tiger noch tiefer und traf mit dem Hinterkörper die linke Schulter des Dompteurs. Beide stürzten. Heinrich lag langgestreckt neben dem Tiger, der mit der linken Vorderextremität nach dem Dompteur anholte. Dieser verlor aber seine Geistesgegenwart nicht, sondern feuerte seine mit Schrot geladene Pistole dem Tiger in den Rücken. Heinrich sprang nun schnell auf und es gelang ihm mit Hilfe der Angestellten, alle Tiger in die Käfige zu treiben. Die Verletzungen des Dompteurs sind nicht erhebliche; er konnte sich bald darauf dem Publikum, das seine Aube bewahrte, zeigen.

Unter einem Hochbahnzug geraten. Bei einem schrecklichen Unglücksfall, der sich in der vergangenen Nacht im Betriebe der Hochbahn ereignete, hat der 40jährige Kellner Karl Duschinsky aus der Pflaumenstraße 12 seinen rechten Arm eingebüßt. Er war etwas angetrunken und infolgedessen über sein Ziel, Station Oranienstraße, hinausgefahren und am Stralauer Tor vom Schaffner darauf aufmerksam gemacht worden. Als er sich dort auf dem Bahnsteig fortbewegte, torstellte er gegen den abfahrenden Zug und fiel zwischen die beiden letzten Wagen. Der rechte Arm geriet dabei zwischen den Schlußwagen und den Bahnsteig und wurde vollständig zermalmt. Im Krankenhaus am Friedrichshain, wo er Aufnahme fand, mußte der Arm amputiert werden.

Von einem Wanneseebahnzuge überfahren und tödlich verletzt wurde in der gestrigen Nacht ein unbekannter, dem Arbeiterstande angehörender etwa 40 Jahre alter Mann. In der Nähe von Groß-Blücherstraße war er bei der Dunkelheit auf die Gleise geraten und von einem nach Berlin fahrenden Wanneseebahnzuge angefahren worden. Ein Strohdenkmal fand den Verunglückten gestern morgen völlig bewußtlos auf den Gleisen auf. Während des Transports nach dem Krankenhaus starb der Schwerverletzte.

Der Verband der freien Gast- und Schankwirte hat im Verfolg des Vertriebes sich eingehend der Frage der Begegnung des prognostischen Aufstretens der Großbrauereien zugewandt und nach eingehender Vorberatung beschloffen, eine Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft von Mitgliedern des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Berlin und Umgegend zu gründen. In den Vorstand wurden gewählt Mathes und Obigo, in den Aufsichtsrat Bistrit und Franke. Das Resultat der Rechnung zum Eintritt in die Genossenschaft ist bisher ein sehr günstiges. Bei den 2000 Mitgliedern, die der Verband in Berlin und seinen nächsten Vororten hat, dürfte bald ein erhebliches Kapital zusammenkommen, das dem neuen Unternehmen eine gute Basis schaffen wird.

Unterm Ringbahnzug. Die Unsitte, während der Fahrt Eisenbahnzüge zu besteigen, dürfte der 40jährige Töpfer Friedrich Maus aus der Bremerstraße 14 noch mit dem Tode büßen müssen. Er war abends von seiner Arbeitsstätte in Berlin gekommen und wollte nach Oranienburg fahren. Auf dem Bahnhofs Gesundbrunnen verfuhr er unvorsichtigerweise einen bereits in der Fahrt befindlichen Zug zu besteigen, wurde jedoch von dem Trittbrett herabgeschleudert und unter den Zug geworfen und die Waggons fuhren über ihn hinweg. Auf ein Signal hin wurde der Train zum Stehen gebracht und er unter den Rädern hervorgeholt. Er hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er in hoffnungslosem Zustande in die Charité eingeliefert werden mußte.

Ein schwerer Verkehrsunfall trat sich gestern in der Leipzigerstraße zu. An der Ecke der Charlottenstraße wurde das Dienstmädchen Marie Wiese, das in dem Kämpferschen Betriebe in der Königgräberstraße beschäftigt ist, beim Ueberqueren des Fahrdammes von einem Omnibus angefahren und beide Räder des schweren Gefährtes gingen der Unglücklichen über die Brust hinweg. In bewußtlosem Zustande wurde sie nach der Unfallstation in der Kronenstraße gebracht, wo der Arzt bei ihr schwere innere Verletzungen feststellte und ihre Einlieferung in das Krankenhaus Roabit veranlaßte.

Mehrere Tage tot in seiner Wohnung gelegen hat der 60jährige Arbeiter Hermann Karpe aus der Jägerstraße 14. Er bediente im Seitenflügel einen bescheidenen Partexeramen und war ganz allein auf sich angewiesen. In den letzten Tagen war es den

Nachbarn aufgefallen, daß sich der Greis gar nicht mehr sehen ließ. Man öffnete schließlich sein Zimmer und fand es tot vor seinem Bette liegen. Der Tod war bereits seit einigen Tagen infolge Herzschlages eingetreten.

Von seinem Diebesgefährten erschossen. Einen verhängnisvollen Ausgang fand wieder einmal die unvorsichtige Spielerei mit dem Revolver. Die Kanalarbeiter Julius und Heinrich R., die gegenwärtig bei der Eberwalder Kanalisation beschäftigt sind, hatten bei dem Restaurateur Weiland einen Diebstahl ausgeführt und sich nachmittags in dem Restaurant von Kütz in der Ragelstraße in Eberwalde aufgehalten. Während sie beim Glase Bier saßen, trachte plötzlich ein Schuß und leblos stürzte Julius R. vom Stuhle. Sein Kollege hatte ihm eine Kugel in den Unterleib gejagt und die Schupferlebung war so schwer, daß der Getroffene bald starb. Heinrich R. behauptet, er habe seinem Freunde nur die Waffe zeigen wollen und dabei habe sie sich von selbst entladen. Die beiden Arbeiter stehen übrigens unter dem Verdacht, einen weiteren größeren Diebstahl verübt zu haben.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 7 Uhr brannte in der Luckenwalderstr. 6a ein Benzin-Automobil und eine Stunde später in der Paupachstr. 6 der Fußboden mit dem Zwischengebiß des Hauses. Ein großer Kellerbrand beschäftigte die Wehr in der Reanderstr. 4. Dort brannten Abfälle, Fässer, Kattenverschläge und anderes unter großer Dualmentwicklung; die zweite Kompanie mußte kräftig Wasser geben. In der Steglitzerstr. 81 brannte gestern um 9 Uhr ein einstufiger Seitenflügel. Ferner hatte die Wehr in der Chorinerstraße 10, Kommandantenstr. 77/78, Barnimstr. 17, Sebastianstr. 27/28, Dresdenerstr. 55, Blumenstr. 65 und anderen Stellen zu tun. Hausrat, Strohhüll, Gardinen, Möbel usw. waren dort in Brand geraten.

Arbeiter-Samariterkolonne. Morgen, Donnerstag, abends 9 Uhr 4. Abteilung für Lichtenberg und Umgegend bei Pieschagen, Schanweberstraße 60. Vortrag über Knochenbrüche, Verrenkungen und Verstauchungen. Danach anschließend praktische Übungen. Referent Herr Dr. Hirschfeldt. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Gäste willkommen. — Heute abend Monatsfeier der diensttunenden Abteilung.

Der Zoologische Garten hat dieser Tage eine männliche Schraubenziege erworben, die jetzt den Hauptanziehungspunkt der Anlage für Wildschafe und Wildziegen bildet. Der herrliche Kopf, dessen spiralförmig gebrochtes Gebörn, einen imposanten Eindruck macht, stammt aus Afghanistan; in der Art der Gehörwindung steht er zwischen den beiden, früher im Garten ausgestellten Hämern in der Mitte. Der heimliche Name dieser Wildziege „Rathor“ bedeutet soviel wie „Schlangenfresser“ und ist wohl entstanden, daß man aus der Entfernung die Ranken, die von den Tieren gefressen, für Schlangen ansah.

Unter den im Berliner Aquarium jüngst eingetrossenen Aetiden befindet sich eine Anzahl neuer und interessanter wirbelloser Seetiere, die in der Adria erbeutet wurden. Zum ersten Male kam in zwei Exemplaren eine Art der Gattung Polia an, ein Vertreter der absonderlichen Schwürmer, welche, vorwiegend in Meeresgebieten, und zweifelsohne die am höchsten entwickelten Mitglieder der Klasse der Plattwürmer, durch mehrere äußerst merkwürdige Eigentümlichkeiten in Lebensbau und Lebensweise sich auszeichnen, indem insbesondere die vom Hautmuskelschlauch veranlaßte Ausdehnung und Zusammenziehung des Leibes bei ihnen vermahnen (am höchsten im ganzen Tierreich) entwickelt ist, daß einige Arten den Körper um das zehn- ja zwanzigfache seines vorherigen Länge ausdehnen vermögen. Die im Aquarium angeführte Art zeigt am Körper auf trübgrünem Grunde eine weißliche Streifung und Ringelung und am Kopf eine gleichfalls Kreuzzeichnung, nach der die Spezies den wissenschaftlichen Namen „crucigera“ (Kreuzträger) erhielt. Einen ganz anderen Typus wurmtiere stellt ein im Sande dahinkriechendes, die Länge einer Hand und die Breite von 5 cm erreichendes, in allen Regenbogenfarben glänzendes, filzig behaartes Geschöpf dar, das kaum jemals für einen Angehörigen des Wurmtierreichs halten möchte und das zur Familie der „Seeraupen“ oder Aphroditen zählt.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die im Etat ausgeworfenen Mittel für Säuglingsfürsorge betragen der Magistrat um mehr als 20000 M. zu erhöhen. Es hat sich gezeigt, daß die bisher ausgeworfenen Mittel auch nicht entfernt ausreichen, um die Aufgaben auf dem Gebiete der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu lösen. In Charlottenburg bestehen zurzeit vier Säuglingsfürsorgestellen, von denen je zwei dem Vaterländischen Frauenverein und dem Elisabeth-Frauenverein zur Verwaltung übertragen sind. In den Säuglingsfürsorgestellen wird pasteurisierte Milch an Unbemittelte unentgeltlich, sonst gegen Bezahlung abgegeben. Die Kosten für die unentgeltlich abgegebene Milch werden von der Stadt voll getragen, während die Vereine für jeden gegen Bezahlung abgegebenen Liter einen Zuschuß von 10 Pf. erhalten. In den ersten 6 Monaten des laufenden Etatsjahres sind bereits 63 912 Liter Milch verabfolgt, und zwar 69 Proz. gegen Bezahlung, 31 Proz. unentgeltlich. Ferner wurden 4320 Liter rohe Milch zur Herstellung trinkfertiger Portionen verwendet. Solche trinkfertigen Portionen, die sich aus Milch, Rahm, Hefergrübe, Salz, Liebigsuppe und Kindermehl zusammensetzen, kosten einschließlich der Herstellungskosten (Ausgaben für Gas, Wasser, Eis, Transport der Rohprodukte) pro Portion 24 Pf. Bis hier wurden dafür 46 Pf. bezahlt. Dieser hohe Satz kann nicht beibehalten werden, die Konsumenten sollen daher in Zukunft so weit wie die Nahrung nicht völlig unentgeltlich bekommen, nur noch 28 Pf. pro Portion zahlen. Ferner gewährt die Stadt durch gemeindebeschl. vom 25. Juni 1906 Verhältnissen an stehende Mütter, sogenannte Stillprämien, die außerordentlichen Anfall gesunden haben. Sie werden nur in solchen Fällen gewährt, in denen die Mütter die Bereitwilligkeit zum Selbstnähren davon abhängig machen. Von den 4287 Müttern, die vom 1. April bis Ende September d. J. mit ihren Kindern in Fürsorge gewesen sind, haben 548 (12,83 Proz.) zusammen 6067,15 M. Stillprämien erhalten, also jede Mutter im Durchschnitt 11,07 M. Die Beihilfen werden fast ausschließlich durch Verabfolgung von Milch — täglich 1 Liter, in der Regel auf längstens 13 Wochen — gewährt. Die Kräfte in den Fürsorgestellen streben mit allen Mitteln dahin, die Mütter zur Brustnahrung zu bewegen. Die Stillprämie hat sich als ein sehr wichtiges Mittel zur Erreichung dieses Ziels erwiesen. Seit Einführung dieser Beihilfe hat sich die Zahl der in Fürsorge befindlichen stillenden Mütter um 20 Proz. vermehrt. Erfreulicherweise ist auch nach Fortfall der Beihilfe der größte Teil der Mütter in Fürsorge geblieben, und nur einige haben das Stillen ihrer Kinder eingestellt, weil die Prämie nicht mehr gewährt wurde. Hieraus geht hervor, daß die Mütter, nachdem sie einmal für die Brustnahrung gewonnen waren, den Wert des Stillens schätzen gelernt haben. Welchen Einfluß die Nahrung auf die Säuglingssterblichkeit ausübt, ergibt sich daraus, daß nach dem Verwaltungsbericht für 1905 auf 100 Kinder bei Brustkindern 1,59 Sterbefälle kommen, bei Brust- und Flaschenkindern dagegen 3,76 und bei Flaschenkindern sogar 10,99. Im allgemeinen hat die Kindersterblichkeit in Charlottenburg erheblich abgenommen. Während auf 1000 lebendgeborene Kinder im September 1904 noch 239 und im September 1905 noch 233 Sterbefälle im ersten Lebensjahre kamen, betrug diese Zahl im September dieses Jahres nur noch 108. Es scheint also, als ob die Säuglingsfürsorge die Säuglingssterblichkeit günstig beeinflusst.

### Schöneberg.

#### Stadtverordnetenversammlung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entspann sich eine längere Debatte über die Verhältnisse des Schönebergs. Von verschiedenen Rednern wird lebhaft Klage geführt über den mangel-



**Sachsen Weiteb der „Großen Berliner Straßenbahn“.** Die in keiner Weise den dringenden Bedürfnissen Rechnung trage. Es wird empfohlen, die Verkehrsverhältnisse durch Einführung von Automobilbussen zu verbessern. Stadtrat C. L. E. erkennt zwar die Notwendigkeit auf diesem Gebiete an, erklärt jedoch, daß Schöneberg keineswegs stiefmütterlich von der Gesellschaft behandelt werde. Von unseren Genossen wird gefordert, daß hier endlich einmal der Zweigband Groß-Berlins eingreifen müsse, um der Notwendigkeit ein Ende zu bereiten. Auch die Einführung von Automobilbussen solle man nicht wieder Privatgesellschaften übertragen, denn dadurch würde dem bestehenden Zustand nur noch Vorhub geleistet. Die Stadt muß die Erweiterung der Verkehrsmittel selbst in die Hand nehmen.

Zu dem Antrage Bolenz u. Gen.: das Grundgehalt der Feuerwehrleute auf 1500 M. zu erhöhen, liegen zwei Änderungsanträge vor. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt, das Grundgehalt auf 1800 M. festzusetzen, steigend jährlich um 100 M. bis zum Höchstgehalt von 2700 M. Stadtv. Kessig will in seinem Antrage ein Inverbindlichwerden mit den Nachbargemeinden, um die Gehaltsfrage der Feuerwehrleute einheitlich zu regeln. — Ohne Debatte werden diese Anträge einem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung des Antrages der Hausbesitzerfraktion, die Reichsregierung um Maßnahmen zur Abhilfe der Fleischnot zu ersuchen. Stadtv. v. Glafenapp führt in seiner Begründung aus, daß es eigentlich überflüssig wäre, noch ein Wort über den Antrag zu verlieren, er hoffe, daß derselbe einstimmig angenommen werde. Die Fleischnot sei eine dauernde geworden. Die Aenderung im Ministerium der Landwirtschaft sei nur ein Wandel in der Person, wovon gar nichts zu erhoffen sei. Wenn wirklich das Lob der Selbstverwaltung berechtigt sei, wie es in jüngerer Zeit erst in Schöneberg betont wurde, so solle man doch den wachsenden Ruf der Städte erhören.

Stadtv. Vohberg (Lid.) hält den vorliegenden Antrag für nicht weitgehend genug. Der Reichsregierung dürfe kein so weiter Spielraum in dem Antrage gelassen werden. Es sei Aufgabe der Städte, sich ganz entschieden gegen die agrarische Politik zu wenden. Er unterbreitet namens seiner Freunde einen Antrag, in dem gefordert wird: allgemeine Grenzöffnung, Aenderung des Fleischbeschaugesetzes, vorübergehende Aufhebung aller Fleisch- und Viehölle und aller Hölle auf Futtermittel.

Stadtv. Freisch (Soz.) erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion für beide Anträge stimmen werde, obwohl sie sich davon absolut nichts verspreche. So lange an der Spitze der Regierung Personen ständen, die erklären, man müsse ein dickes Fell haben, werde keine wesentliche Aenderung in dem bestehenden Zustande eintreten. Der vollzogene Wechsel im Ministerium ändere an dem jetzigen System nicht das Geringste, denn man wisse genau, daß nicht die Entrüstung über die herrschende Fleischnot diesen Wechsel herbeigeführt habe. Wenn die Regierung wirklich ein Ohr für die Petitionen der Städte hätte, so müßte schon vor Jahr und Tag Abhilfe geschehen worden sein. Redner unterbreitet der Versammlung folgenden Antrag:

Die Stadtvorordnetenversammlung ersucht den Magistrat, demnächst der Versammlung eine Vorlage zwecks Einrichtung einer eigenen Viehzucht, in der hauptsächlich Schweinezucht, auf den städtischen Fleischfeldern zu unterbreiten.

Selbstverständlich, so fährt Redner aus, könne dieser Plan nicht von heute auf morgen verwirklicht werden, sondern es müsse erst eine rechnerische Grundlage geschaffen und dann der Anfang gemacht werden. Wenn die Versammlung wirklich praktisch etwas tun wolle, dann könne er nur die Annahme des Antrages empfehlen.

Stadtv. Gottschalk (Lid.) stellt dem sozialdemokratischen Antrage zwar sympathisch gegenüber, derselbe habe jedoch mit der gegenwärtigen Fleischsteuerung nichts zu tun. Er empfiehlt den Antrag seiner Freunde, mit dem alles getan sei.

Stadtv. Luley hält das Vorgehen der Sozialdemokratie für eine verfrühte Politik. Notwendiger sei es, zunächst mit der Milchproduktion den Anfang zu machen. Stadtv. Dr. Rarwitz wendet sich gegen den liberalen Antrag und tritt für die sozialdemokratische Forderung ein. — Nachdem noch Stadtv. Kunze (Hausbesitzerfraktion) seinen Unmut ausgelassen über die Zeit, die mit der vorliegenden Angelegenheit verhandelt werde und Stadtv. Rheinbacher den liberalen Antrag nochmals empfohlen hatte, wird der sozialdemokratische Antrag angenommen, dagegen abgelehnt gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten der liberale Antrag und darauf einstimmig angenommen der Antrag der Hausbesitzerfraktion.

Eine Petition der Lehrerinnen um Anstellung einer Frauenärztin wird dem Petitionsausschuss überwiesen.

Eine Reihe von Punkten wird hierauf von der Tagesordnung abgesetzt, um Zeit zu gewinnen, in nächstfolgender Sitzung nochmals zu der Theater-Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Eine Jugendliteratur-Ausstellung wird vom Vorstande des sozialdemokratischen Wahlvereins auch in diesem Jahre veranstaltet, und zwar im Obsthofen Lokale, Weiningerstr. 8. Das gleiche Unternehmen im Vorjahre hatte den allseitigen Beifall der Arbeiterschaft gefunden, und es ist demzufolge die diesmalige Ausstellung noch bedeutend erweitert worden. Der Vorstand verfolgt mit dieser Ausstellung den Zweck, einer guten, gediegenen Jugendliteratur in den Familien der Arbeiterschaft Eingang zu verschaffen und den Eltern bei der Auswahl passender Weihnachtsgeschenke für ihre Kinder hilfreich zur Seite zu stehen. Es gelangen Bücher in jeder Preisklasse und für Kinder jeden Alters zur Ausstellung, auch soll speziellen Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. Die Ausstellung ist zu besichtigen am Dienstag, den 27. November, abends von 7 1/2 Uhr ab, und am Sonntag, den 2. und 9. Dezember, nachmittags von 4 bis 7 Uhr. — Hoffentlich hat das Unternehmen auch in diesem Jahre einen vollen Erfolg; denn die Wichtigkeit der Aufgabe, die Erziehung unserer Jugend an der Hand einer guten Literatur in die richtigen Bahnen zu leiten und schon frühzeitig mit der Aufklärung der Jugend in geeigneter Weise vorzugehen, wird sicherlich von der Arbeiterschaft nicht unterschätzt werden.

### Rixdorf.

Die Fortbildungsschule, welche bisher nur fakultativ war, soll mit dem neuen Etatsjahr in eine solche mit obligatorischer Schulpflicht umgewandelt werden. Das dazu ausgearbeitete Ortsstatut ist in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Dasselbe lehnt sich fast ausschließlich an die Bestimmungen anderer Städte (Berlin, Charlottenburg, Schöneberg usw.) an. Der Kreis der Schulpflichtigen ist genau so abgegrenzt wie in den genannten Nachbarstädten. Alle männlichen Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen und Arbeiter, welche in einem gewerblichen oder kaufmännischen Betriebe in Rixdorf beschäftigt sind, unterliegen dem Schulzwang, sofern sie das 17. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Die im Ortsstatut festgelegten Ausnahmen davon sind dieselben, wie sie die Gewerbeordnung zuläßt. Zugelassen können aber auch solche Schüler werden, die dem Zwange nicht unterliegen; dies soll besonders angewandt werden gegenüber den Schülern, die bis jetzt die fakultative Schule besuchten und diese noch weiter besuchen wollen. Arbeitgeber sowohl als auch Eltern und Vormünder sind verpflichtet, die Schulpflichtigen zum Besuche der Schule anzuhalten bezw. nicht daran zu hindern, andernfalls haben sie Bestrafung nach § 160 der Reichsgewerbeordnung zu gewärtigen.

Der Entwurf führte in der Deputation eine mehrstündige Debatte herbei. Stadtrat Dr. Gluckmann leitete diese ein mit scharfen empfehlenden Ausführungen. Durch Umsätze bei den Krankenkassen ist eine Schülerzahl von 1000 als in Betracht kommend ermittelt worden. Der Kostenanschlag ist durch den Stadtvater jeder Statist sehr schwierig festzusetzen. Der Stadt Halle kostet ein Fortbildungsschüler 18,76 M., Magdeburg 21,10 M., Erfurt 21,47 M., Berlin 21,00 M., und Charlottenburg gar 65,00 M. Als Unterlage ist der auch bisher in der fakultativen Form nötig gewesen Schatz von 25,00 M. benutzt worden, so daß etwa 25 000 M. in Ansatz zu bringen sind. Zu diesem Betrage will

die Regierung die Hälfte beisteuern. Redner hat um Annahme der Vorlage, indem er erklärte, daß Rixdorf dem Beispiel anderer Städte folgen müsse, um nicht schließlich den schlechtest ausgebildeten Arbeiterstand zu haben. — Interessant waren die Bemerkungen der bürgerlichen Deputierten, welche alsamt plötzlich ganz begeistert für die obligatorische Schule waren. Die Tatsache, daß erst der von der sozialdemokratischen Fraktion vor wenigen Monaten eingebrachte Antrag den Stein ins Rollen gebracht hat, war ihnen nicht mehr im Gedächtnis. Die Echtheit der Begeisterung zeigte sich sofort bei den Verbesserungsvorschlägen unserer Genossen. Von der Verlegung des Unterrichts in die Arbeitszeit wollte man nichts wissen. Die Kleinrentner werden — so wurde ausgeführt — schon so sehr unter der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung; wenn ihnen noch weitere „Lasten“ auferlegt würden, müßten sie der Armenpflege anheimfallen. Sehr treffend wurde diese Tirade mit der Bemerkung beantwortet, daß es dann hohe Zeit wäre, wenn diese „Reister“ in die Reihe der Gehilfen zurückkehrten. Natürlich sollte auch recht viel Spielraum gelassen werden, um ein Fernhalten von der Schule durch die Reister leicht zu ermöglichen. Um dies gänzlich auszuschließen, beantragten die sozialdemokratischen Mitglieder die Streichung des Satzes im Entwurf, der es dem Schulleiter überläßt, „aus besonderen Gründen“ derartigen Wünschen der Reister zu entsprechen. Die Mehrheit hielt aber diesen Ausschulparagraphe aufrecht. Der Versuch, die Schulpflicht auch auf weibliche Arbeiter auszuweiten, scheiterte ebenfalls. Wie noch mitgeteilt wurde, sollen der Ausschüssen des Gewerbe- und des Kaufmannsgerichts Gelegenheit gegeben werden, sich über den Entwurf zu äußern. — Die Deputation beschloß ferner einstimmig, der neuen Schule gleichzeitig eine Modelierklasse anzufügen.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl der Delegierten (Arbeitnehmer) der Allgemeinen Ortskrankenkasse wurde die Liste des Gewerkschaftsartikels mit 460 Stimmen gewählt.

Die Wahl der Arbeitgeber-Delegierten, welche am Montag stattfand, gestaltete sich äußerst lebhaft. Der Ausschuss der vereinigten Innungen hatte alles aufgebieten, um die Liste den Innungen durchzubringen. Trotz aller Anstrengungen erhielten ihre Kandidaten nur 80 Stimmen. Die Liste des Gewerkschaftsartikels wurde mit 122 Stimmen gewählt.

### Wilmerdsdorf.

Die letzte Gemeindevertretung nahm zu der Errichtung einer Reichsbanknebenstelle Stellung. Nach einem Referate des Herrn Pfeffer, der einen Ueberblick über die kommerziellen Verhältnisse der neuen Stadt gab, wurde beschlossen, ein Besuch an das Reichsbankdirektorium zu richten. Für die Anschaffung einer mechanischen Weiser für die eingerichtete Berufsfeuerwehr wurden 10 000 M. eingesetzt. 18 000 M. sollen für die Herstellung der gärtnerischen Anlagen auf dem Olivaer Platz verwendet werden. Des Weiteren wurde die Gründung dreier Lehrer- und vier Lehrerinnenstellen beschlossen. Die jetzigen Kommissionen und Deputationen sowie das Kuratorium der höheren Lehranstalten sollen während des Probatoriums der städtischen Verwaltung beibehalten werden. Nach dem vom Finanzausschuss geprüften Rechnungsbogen betragen die Kosten des Neubaus der Gemeindeschule IV bei einem Ueberbau von 22 192 M., die dem Schulwesenfonds überwiesen wurden, 535 983 M.

### Rummelsburg.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, die zurzeit noch unter privater Leitung stehende höhere Mädchenschule vom 1. April 1907 als öffentliche Schule in Gemeindegeld zu übernehmen. Der jährliche Zuschuß hierfür ist auf 8000 M. berechnet. Dieser Zuschuß würde sich aber bei Errichtung eines neuen Schulgebäudes für die höhere Mädchenschule (dasselbe ist bereits projektiert) auf 15—16 000 M. erhöhen. Das jährliche Schulgeld soll in den drei Unterklassen 90 M., in den Mittelklassen 110 M. und in den Oberklassen 130 M. für einhelfmische Schülerinnen betragen. Die von außerhalb der Schule besuchenden Schülerinnen haben ein um 10 M. höheres Schulgeld zu entrichten. Gleichzeitig wird die Angliederung eines Lehrerinnenseminars beschlossen, man glaubt dadurch die Rentabilität der Schule zu heben und auch eine fruchtbarere Einwohnerzahl heranzuziehen. Der Zuschuß der Gemeinde für eine höhere Schülerin stellt sich pro Jahr auf etwa 100 M., für einen Volksschüler dagegen nur auf etwa 62 M. Mit dem gleichzeitigen Hinweis auf die Mängel der hiesigen Gemeindeschulen und auf den Unterschied des Gemeindegeldes für einen höheren Schüler gegenüber einem Volksschüler beantragten unsere Genossen eine bessere Ausgestaltung der hiesigen Gemeindeschulen. Diesen sehr berechtigten Wunsch lehnte die bürgerliche Mehrheit mit dem Bemerkeln ab, daß die hiesigen Gemeindeschulen, wenn auch nicht besser — so auch nicht schlechter sind, als die Mehrzahl aller Gemeindeschulen. Ein weiterer wichtiger Beschluß wurde bezüglich der geplanten Erweiterung des Rummelsburger Krankenhauses gefaßt. Nach dem vorgelegten Projekt ist ein Erweiterungsbau für 50 neue Betten in Aussicht genommen. Die Bau- und Grundstückskosten hierfür sind auf 810 000 M. festgesetzt. Die Gemeinde Rummelsburg gibt hierzu eine Hypothek von 120 000 M. zinslos, 110 000 M. sollen hypothekarisch verzinst werden, der Rest von 80 000 M. ist durch Wohltätigkeitsmittel bereits aufgebracht worden. Ferner gewährt die Gemeinde einen jährlichen Zuschuß von zunächst 7600 M. unter der Bedingung, daß 1. der politische Gemeinde Rummelsburg in dem Arbeitsauschuss und dem Vorstande des Krankenhauses ein weiterer Sitz und Stimme gewährt und 2. festgelegt wird, daß der Vorstand der Gemeindevorstände verpflichtet ist, das Eigentum an dem neu erworbenen Gelände und dem Krankenhausbau mit Inventar abzüglich der städtischen Abschreibung gegen eine nach Fertigstellung des Krankenhauses festzusetzende Summe, welche die Selbstkosten nicht übersteigen darf, zu übertragen. Nach eingehender Diskussion wurden diese Abmachungen genehmigt. — Nicht uninteressant war nach Schluß der Tagesordnung die Beschwerde des bürgerlichen Vertreters Stiebig, welcher den Gemeindevorsteher ersuchte, die nach seiner Meinung nicht objektive Richterstattung aus den Gemeindevorsteherungen im „Berliner Lokal-Anzeiger“ dem Gemeindevorsteher Seidel zu untersagen. Der Gemeindevorsteher wies die Beschwerde kurz mit der Versicherung zurück, daß er hierzu keine Veranlassung habe. Da den Gemeindevorsteher aber jede Nebenbeschäftigung gegen Entgelt verboten ist, so erregte diese Ausnahmestellung des Gemeindevorstehers allgemeines Bestreben und gab zu den verschiedensten Mutmaßungen Veranlassung.

Die Wahlen der Vertreter der Arbeitnehmer zur Ortskrankenkasse für Rummelsburg, welche am 21. Oktober d. J. gegen die Liste vom Gewerkschaftsartikel mit 20 Stimmen Mehrheit gewählt wurden, sind wegen verschiedener Verstöße von der Aufsichtsbehörde für ungültig erklärt worden.

### Lichtenberg.

Ein Raubmordversuch wurde gestern gegen den Arbeiter Schmidt aus der Koebfestr. 10a verübt. Es wird darüber folgendes berichtet: In der Nähe des Wasserturmes, auf dem Wege von der Eckertischen Maschinenfabrik nach der Färberstraße wurde gegen 11 1/2 Uhr der 21 Jahre alte Arbeiter Hermann Schmidt aus der Koebfestr. 10a zu Lichtenberg von drei oder vier unbekanntem, etwa 20 Jahre alten Männern überfallen und durch Revolvergeschüsse in die Wade unterhalb der rechten Schläfe schwer verwundet. Die Räuber warfen den Mann zu Boden und raubten ihm zwei Zwanzigmarkstücke, ein Fehmarstück, eine silberne Zylinderuhr mit der Nummer 349 987 und ein Taschennmesser mit Perlmutterschalen. Nach dem Raube ließen sie ihr Opfer liegen und verschwanden. Schmidt wurde in ein Krankenhaus gebracht. Sein Zustand läßt eine eingehendere Vernehmung noch nicht zu.

### Ober-Schöneweide.

Bei dem Bildervortrage des Wahlvereins am Totensonntag ist in Wilhelmshagen ein Portemonnaie mit 8,50 M. Inhalt verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, dasselbe bei Herrst. Rathenauerstr. 2, abzugeben.

### Friedrichsfelde.

Amtsdiene soll der erst kürzlich zum Bürgermeister ernannte Amtsvorsteher Loehert sein, er will sein schweres Amt niederlegen, wenn ihm eine Jahrespension von 4000 M. bewilligt wird. Loehert ist 34 Jahre in der Gemeinde tätig, seine Gemeindepolitik wie seine ganze Geschäftsführung, soweit aus den Gemeindevertreterberichten zu ersehen war, haben bisher den Stempel der Selbstherrlichkeit getragen. Daß Herr Loehert noch vor Ablauf seiner Amtszeit (1908) seinen Posten verlassen will, dürfte auf die Ansicht zurückzuführen sein, daß sein selbstherrliches Regime mit dem Wohl und Wehe einer aufstrebenden Gemeinde unverträglich ist. Die Sozialdemokratie würde sein Ausscheiden aus dem Gemeindevorstand nur begrüßen, denn wenn es nach diesem Manne ginge, hätten die Friedrichsfelder Arbeiter heute noch kein Versammlungsort. Eine Pension von 4000 M. steht dem amtsdienenden Gemeindevorsteher laut Beschluß der Gemeindevertretung von 1902 nicht zu. Damals wurde sein Gehalt von 4500 M. und freie Dienstwohnung erhöht und ihm nur 6000 M. als pensionsfähig angerechnet. Es würde seine Jahrespension also nur 3000 M. betragen. Damit dürfte denn auch ein Mann, für den noch vor kurzem keine Fleischnot existierte und der die sogenannte Fleischsteuerung für eine künstliche Aufbauschung hielt, ganz gut auskommen.

Bei der stattgefundenen Erziehungswahl in der II. Wählerklasse ist ein Herr Kampfenkel, Vorsitzender des Bürgervereins, mit 68 Stimmen gewählt. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

### Trebbin (Kreis Teltow).

In der letzten äußerst gut besuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte Genosse Grager-Rixdorf über „Religion und Sozialdemokratie vom Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung“. Zu der Kreis-Generalsammlung wurde außer den beiden Vorstandsmitgliedern als dritter Vertreter Genosse Hannemann delegiert. In den Bildungsausschuss für die einzuführenden Fortbildungskurse, dem je zwei Vertreter des Gewerkschaftsartikels, der Konsumgenossenschaft und dem Wahlverein angehören sollen, wurden die Genossen Stamm und Hannemann entsandt. Vierzehn Genossen hatten sich zur Aufnahme in den Wahlverein gemeldet.

### Mittenwalde.

In öffentlicher, auch von Frauen gut besuchten Versammlung referierte am Sonntagvormittag Genosse Jubeil über: „Deutschlands äußere und innere Politik“. Die trefflichen 2 1/2 stündigen Ausführungen des Redners wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Genosse Kaiser-Königs-Wusterhausen ernannte die Mittenwalder Maurer, sich Mann für Mann der politischen Organisation anzuschließen. Der Vorsitzende forderte zum Schluß noch zum Abonnement auf die Parteipresse auf.

### Tegel.

Zu Vorfahrt schwer verunglückt ist am Sonnabendnachmittag der Kranführer Lütke, indem er mit dem rechten Arm in das Krangetriebe des von ihm bedienten Krans geriet. Der Arm wurde dem Verunglückten vollständig zermalm. Nachdem der Unfall bemerkt und der Verunglückte befreit worden war, wurde er in den auf dem Hofe gehaltenen Krankenwagen geladen. Die Arbeiter blieben, da es gerade Feierabend war, einen Augenblick stehen, um zu sehen, wie wieder einmal verunglückt sei. Darüber soll aber, wie uns mitgeteilt wird, der Herr Ingenieur Wankel, in dessen Abstellung der Unfall geschehen war, sich sehr empört gezeigt haben. Einige Arbeiter sollen nicht gerade glimpflich behandelt worden sein. Kräfte dies zu, so könnte man mit Recht die Frage aufwerfen: ist in einem modernen Betriebe sogar der Ausdruck menschlichen Mitleids unterjagt?

Bei den Wahlen der Arbeitnehmer zur Ortskrankenkasse am Montag siegte die Liste der Gewerkschaften mit 128—144 Stimmen über die Liste der Arbeitgeber, auf die nur 15 Stimmen entfielen. Von den 71 Kandidaten dieser Liste waren 26 auch von den Gewerkschaften aufgestellt. Das Ergebnis der Wahl dürfte demnach die jetzige Zusammensetzung des Vorstandes erheblich beeinflussen.

## Vermischtes.

**Vom elektrischen Strom getötet.** Der in den dreißiger Jahren lebende Installateur Hlinger kam am Dienstagabend in der Wärmotorenfabrik von Porzellan in Frankfurt a. M. mit dem elektrischen Strom in Berührung und wurde sofort getötet.

**Gefährliche Arbeit.** Die Feuerwehr von Pittsburg hatte am Dienstag eine eigenartig gefährliche Arbeit zu leisten. In dem Bazillen-Laboratorium des Reichs-Krankenhauses brach Feuer aus, und die Hitze bewirkte, daß Hunderte von Glöskuben, in denen Millionen von Bazillen üblicher Krankheiten enthalten waren, platzen. Die Feuerwehrleute, die davon nichts wußten, beschmierten sich bei der Arbeit in dem Raume stark mit den Bazillen, so daß zahlreiche Infektionen gefährlicher Krankheiten zu befürchten sind. Die Leute wurden nach Lösung des Feuers sofort mit desinfizierenden Mitteln gewaschen und blieben so lange unter Isolierung und Beobachtung, bis die Inkubationszeit der verschiedenen Bazillenarten vorüber ist.

**Drei Mann an Bord verbrannt.** Unsere gestrige Mitteilung, daß bei dem Brande an Bord des Schiffs „Algeiras“ drei Mann von der Besatzung, die der Rauch am Entkommen verhindert, ums Leben gekommen sind, wird durch eine spätere Meldung aus Toulon bestätigt. Es sind dies ein Schreiber, ein Bootsmann und ein Arbeiter.

Das Feuer soll Gerüchten zufolge auf verbrecherische Hand zurückzuführen sein.

**Paris ohne Wasser.** In Paris sind die Angestellten der Wasserwerke in den Zustand getreten, was für die Wasserversorgung schwere Gefahr in sich birgt.

**Untergegangen.** Die norwegische Bark „Magda“ ist mit der gesamten Besatzung und den Leuten auf dem unteren Lorenzstrom untergegangen.

**Neunzehn Jahre im Kerker eingesperrt.** Ein Bauer, namens Tomney, ist gestern, wie der „N. J. a. M.“ aus Genf gemeldet wird, wegen plumplicher grausamer Behandlung seiner Tochter verhaftet worden. Der unmenschliche Vater hatte seine einzige Tochter achtzehn Jahre hindurch im Keller seines eigenen Hauses eingesperrt. Sein Sohn hatte ihm dabei Helfershelferdienste geleistet. Er wurde kurz nachher ebenfalls verhaftet. Die Unglückliche, die nun vierzig Jahre alt ist, war halb verhungert, halb erblindet, gänzlich ohne Sprache und irrsinnig. Sie blieb eher einem Tiere als einem Menschen. Als die Polizei in den Keller eindrang, um sie herauszuholen, sprang sie mit einem wilden Aufschrei gegen ihre Mutter, um sie zu beißen und zu kränken. Die Szene machte einen erschütternden Eindruck auf die abgehärteten Polizisten.

### Gefangene als Versuchsanstehen!

Von 24 Gefangenen in Dilid (Manila), die zu Versuchszwecken mit Choleraerregern geimpft waren, starben zehn. Die Ärzte, die die Versuche angestellt hatten, erklären, der Choleraerregers sei durch Unbonenpeststoff infiziert gewesen. Der Generalgouverneur sprach die betreffenden Gelehrten von einem Verstande frei und gab bekannt, daß er Vorsorge treffen werde, daß die Familien vor Rot geschützt würden.



18. Ziehung 5.Kl. 215.Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1906, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

18. Ziehung 5.Kl. 215.Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

18. Ziehung 5.Kl. 215.Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

18. Ziehung 5.Kl. 215.Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. November 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkaufe. Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, part. 2. Teppiche mit farbentrichenem Fadenniederlage Große Frankfurterstraße 9, part. 2. Teppichdecken billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, part. 2.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Beschäftigung, leichte Handarbeit, sucht sofort oder später. Unter A. S. 34, Expedition Langenburgerplatz 14/15. 712\*

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.